Gabriele Vogt und
Paul Johann Kramer (Hrsg.)

Politische Verantwortung in der Dauerkrise

Ein japanisch-deutscher Dialog

Wehrhahn Verlag

Politische Verantwortung
in der Dauerkrise



Kleine Reihe
des Sonderforschungsbereichs 1369
Vigilanzkulturen
Band 8

Politische Verantwortung in der Dauerkrise

Ein japanisch-deutscher Dialog

Herausgegeben von
Gabriele Vogt und Paul Johann Kramer

Wehrhahn Verlag

Gefördert durch die
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
Projektnummer 394775490 – SFB 1369





Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar
über LMU Open Access https://epub.ub.uni-muenchen.de
DOI: 10.5282/ubm/epub.137217



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
https://portal.dnb.de abrufbar.

Erste Auflage 2026
Wehrhahn Verlag
www.wehrhahn-verlag.de
Satz und Gestaltung: Wehrhahn Verlag
Satz (japanischer Teil): Hikaru Takata und Sofarobotnik.
Büro für Gestaltung
Druck und Bindung: Sowa, Piaseczno

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Europe
© bei den Autorinnen und Autoren, für diese Ausgabe
beim Wehrhahn Verlag, Hannover
ISBN 978–3–98859–208–8

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Gabriele Vogt

Verantwortung in Japans Politik.
Demokratische Transformation
im Kontext der Corona-Pandemie 11

Ein Podiumsgespräch zwischen Karl-Rudolf Korte (KRK) und Koichi Nakano (KN), moderiert von Gabriele Vogt (GV), zwischen dem Japanischen und Deutschen konsekutiv gedolmetscht von Mai Rapsch (MR)

»Regieren in der Dauerkrise – deutsche
und japanische Perspektiven« 23

Masato Takahashi

Expertokratie und Verantwortungslosigkeit
im japanischen Regierungssystem 53

Masahiro Noguchi

Max Webers Einfluss auf Politiker:innen in Japan und Deutschland – »Politik als Beruf« im liberalen Flügel der Liberaldemokratischen Partei Japans 95

Paul Johann Kramer

Wachsame Demokratie in der Dauerkrise 141

Vorwort

In diesem Band sind Beiträge versammelt, die zum Thema der politischen Verantwortung in Japan zwischen 2023 und 2025 an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München gehalten wurden. Konkret handelt es sich um eine Podiumsdiskussion zwischen Koichi Nakano (Sophia Universität, Tokyo) und Karl-Rudolf Korte (Universität Duisburg-Essen) sowie um zwei Gastvorträge von Masahiro Noguchi (Seikei Universität, Tokyo) und von Masato Takahashi (Kyūshū Universität, Fukuoka).

Dem Sonderforschungsbereich (SFB1369) »Vigilanzkulturen: Transformationen – Räume – Techniken« und dem Japan-Zentrum der LMU sind wir für die vielfältige Unterstützung dieser Veranstaltungen ebenso wie auch für die umfassende Begleitung der Drucklegung zu größtem Dank verpflichtet.

›Unsere‹ Autoren haben sich über ihre Vorträge hinaus auf einen intensiven Austausch über ihre Thesen und Konzepte mit uns eingelassen – dieser hätte nicht erfrischender verlaufen können und erfüllt uns mit großer Freude. Wir verneigen uns ferner vor der Sprachkunst der Übersetzerinnen Mai Rapsch, Ilka Hagiwara und Mayumi Uesugi, ohne die dieser Band nicht in der vorliegenden zweisprachigen Form hätte entstehen können. Martina Heger und Hitomi Inaba Kramer gebührt unser Dank für ihre umfassende Un-

terstützung bei der Erstellung der Redaktionsfassung der hier versammelten Kapitel und dem SFB 1369 für die ermöglichte Drucklegung in der »Kleinen Reihe des Sonderforschungsbereichs Vigilanzkulturen«.

Wir hoffen, gerade mit der Zweisprachigkeit dieses Bandes einen Beitrag zum japanisch-deutschen Dialog über die Verortung politischer Verantwortung in krisenhaften Zeiten zu leisten und den Austausch zwischen den Amtsträger:innen und Bürger:innen dieser geografisch entfernten, einander strukturell und kulturell jedoch erstaunlich nahestehenden Ländern zu intensivieren.

München und Tokyo, im Juni 2026

Gabriele Vogt und Paul Johann Kramer

Politische Verantwortung in der Dauerkrise

Gabriele Vogt (LMU München)

Verantwortung in Japans Politik

Demokratische Transformation im Kontext der Corona-Pandemie

Die Frage nach Verantwortung gehört zu den Grundkategorien moderner politischer und rechtlicher Ordnungen. Demokratische Systeme beruhen darauf, dass politische Entscheidungen zurechenbar sind. Bürger:innen müssen Verantwortung einfordern, bewerten und durch Wahlen sanktionieren können. Amtsträger:innen müssen sich jederzeit für ihre Handlungen rechtfertigen können. In dieser scheinbaren demokratischen Selbstverständlichkeit liegt jedoch ein Problem, das in den letzten Jahrzehnten deutlich an Schärfe gewonnen hat. Je komplexer die Strukturen von *Governance* und die politischen Entscheidungsprozesse darin werden, je globaler die Risiken sind und je beschleunigter die öffentliche Kommunikation verläuft, desto schwieriger wird es, Verantwortung im politischen Handeln klar zuzuordnen. Desto dringlicher ist es in der Konsequenz für Bürger:innen und Amtsträger:innen gleichermaßen sich diesen Herausforderungen zu stellen und in einen

»Modus des Veränderns«[1] – auch im öffentlichen Leben – einzutreten.

Der vorliegende Band geht von der These aus, dass Verantwortung in der Gegenwart eine tiefgreifende Transformation durchläuft. Die Verpflichtung, Entscheidungen öffentlich zu begründen, ist im Zuge einer neuen Aufmerksamkeit gegenüber *Governance*-Modellen und *Governance*-Praktiken sowie gegenüber administrativen Reformen und einer zunehmend medialisierten Politik stark gewachsen. Gerade dadurch wird Verantwortung auch zu einer dauerhaften kommunikativen Anforderung: Entscheidungen müssen nicht nur getroffen, sondern kontinuierlich erklärt, begründet und womöglich im Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit revidiert werden. Die Effektivität von demokratischer *Governance* gerät angesichts dieser Komplexitätssteigerung zusehends unter Druck, ein Vertrauensverlust in staatliche Institutionen wird wahrscheinlicher und die Demokratie selbst stößt allem Anschein nach an ihre Grenzen.[2] Dies gilt in besonderem Maße für Zeiten von Krisen, umso mehr »in Zeiten der Krisenpermanenz«[3] wie wir sie derzeit erleben.

Diese Verschiebung lässt sich besonders produktiv im japanischen Kontext untersuchen. Japan verbindet ein formal modernes, stark von westlichen Rechtsmodellen geprägtes Verständnis indivi-

dueller Zurechnung mit einer politischen Praxis, in der kulturell geprägte Vorstellungen von Moral und Recht sich in symbolischer Verantwortungsübernahme, institutionell vermittelten Entscheidungsprozessen und Rücktritten von Amtsträger:innen zeigen.[4] Hinzu kommen eine hohe Bedeutung der öffentlichen Bewertung und (erhofften) Entschuldigung, die – befeuert durch die Verdichtung politischer Kommunikation durch Medien – einer Praxis der Verantwortungsübernahme folgen. Der so ritualisierte Umgang mit Verfehlungen und Skandalen mutet wie eine quasi-religiöse Praktik an, bei der durch tränenreiche tiefe Verbeugungen eine Reinwaschung erfolgt.[5]

Die Corona-Pandemie stellt einen besonders aufschlussreichen Fall für die Analyse von Verantwortung in Japans Politik und Recht dar. Sie verdichtet in exemplarischer Weise die Merkmale der Beck'schen Risikogesellschaft:[6] globale Interdependenz, zeitliche Dringlichkeit, Konflikte zwischen verschiedenen Gütern, wissenschaftliche Unsicherheit und die Schwierigkeit eindeutiger Zurechnung von Entscheidungen. Gerade in einer solchen Situation wird sichtbar, wie Verantwortung organisiert, verteilt und subjektiv erlebt wird. Auffällig war im japanischen Fall die zurückhaltende rechtliche Ausgestaltung verbindlicher Zwangsmaßnahmen. Zwar konnten Not-

standsregelungen ausgerufen werden, doch setzte die Politik über weite Strecken auf Empfehlungen, Appelle und indirekte Steuerung.[7] Statt umfassender repressiver Durchsetzung dominierte ein Regime, das unter dem Schlagwort *jishuku* (Selbst-Zurücknahme) auf Einsicht, Kooperation und soziale Selbstregulierung in Form von Selbst- und Fremd-Wachsamkeit der Bürger:innen setzte. Damit wurde die Verantwortung für die Pandemiebewältigung in erheblichem Maße auf die Bevölkerung verlagert.

Dieser Schritt ist demokratietheoretisch ambivalent. Einerseits kann er als Ausdruck von Vertrauen in die Urteilskraft der Bürger:innen gelesen werden. Andererseits verschiebt er das Gewicht von rechtlich klaren Pflichten zu moralisch und sozial codierten Erwartungen. Verantwortung nimmt dann die Form einer internalisierten Verpflichtung an: Man soll sich angemessen verhalten, Rücksicht nehmen, Kontakte vermeiden und seinen Beitrag zur Pandemie-Eindämmung leisten, ohne dass diese Verpflichtungen immer vollständig rechtlich durchsetzbar wären. Aus der Perspektive der *Governance*-Forschung lässt sich dies als Modus der indirekten Steuerung lesen. Wenn die politische Führung Bürger:innen aktiviert, damit sie sich selbst regulieren, wird Verantwortung nicht primär als Gehorsam gegenüber dem Recht or-

ganisiert, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Individuen erfahren dabei eine Responsibilisierung,[8] infolge derer sie sich als verantwortlich begreifen und das eigene Verhalten im Horizont kollektiver Risiken modifizieren sollen. Konkret heißt dies, dass lokale Praktiken von Vigilanz, wie sie im nachbarschaftlichen Miteinander in der Krisenpermanenz der Pandemie gelebt wurden, eine deutliche politische Nutzbarmachung erfuhren.

Die Pandemie zeigt damit exemplarisch, wie Verantwortung in der Risikogesellschaft organisiert wird: mit einem starken Element der Selbststeuerung, ganz im Sinne einer Foucault'schen Gouvernmentalität.[9] Verantwortung ist nicht nur eine juristische Frage der Zuständigkeit, sondern eine antizipative Struktur, in der sowohl Regierende als auch Regierte ihr Handeln unter dem Vorbehalt möglicher Kritik, Schuldzuweisung und öffentlicher Bewertung organisieren. Die demokratietheoretische Bedeutung von Verantwortung reicht weit über die Frage hinaus, wer im Einzelfall für welche Entscheidung haftet oder Rechenschaft ablegen muss. Demokratie lebt davon, dass politische Macht nicht anonym bleibt. Wahlen, parlamentarische Kontrolle, investigative Medien, öffentliche Debatten und zivilgesellschaftliche Kritik setzen voraus, dass politisches Handeln adressierbar und bewertbar ist. Verantwortung ist daher ein Kern-

begriff demokratischer Legitimität und des guten Regierens (*Good Governance*).

Gerade deshalb ist Verantwortung jedoch auch ein neuralgischer Punkt demokratischer Krisen. Wenn politische Entscheidungen zu komplex, zu technokratisch oder zu intransparent erscheinen, schwindet die Resonanz;[10] es entsteht ein Gefühl von Entfremdung. Bürger:innen haben dann den Eindruck, dass zwar Macht ausgeübt wird, aber niemand wirklich dafür einsteht. Populistische Bewegungen greifen häufig genau an diesem Punkt an. Sie versprechen, Verantwortung dort wieder sichtbar zu machen, wo sie aus ihrer Sicht in Institutionen, politischen Verfahren und Expertendiskursen verschwunden ist. Dabei operiert Populismus oftmals mit einer radikalen Vereinfachung von Verantwortung. Auch Japan ist inzwischen nicht mehr immun gegenüber populistischen Trends. Die Oberhauswahlen im Juli 2025 brachten den populistischen Parteien große Wahlerfolge ein.[11] Diese jüngsten Entwicklungen – auch in Japan – lassen sich als Teil einer breiteren Transformation demokratischer Politik interpretieren, in der Verantwortung selbst zunehmend zum Gegenstand politischer Auseinandersetzung wird.

Die theoretischen und empirischen Analysen dieses Bandes legen nahe, dass eine zukunftsfähige demokratische Ordnung Formen der Verantwor-

tungsverteilung entwickeln muss, die sowohl der strukturellen Komplexität moderner Gesellschaften als auch den zunehmenden Belastungen der politischen und gesellschaftlichen Akteur:innen Rechnung tragen. Dies erfordert nicht nur institutionelle Reformen, sondern auch eine Reflexion der kulturellen und kommunikativen Praktiken, durch die Verantwortung hergestellt und verhandelt wird. Im vorliegenden Band tauschen sich Nakano und Korte in ihrem Podiumsgespräch genau darüber aus. Wie gingen die Politiker:innen mit der Krisensituation der Pandemie in Japan und Deutschland um, und wie und zu welchem Grad nahmen sie die Büger:innen als Krisenmanger:innen in die Pflicht – übertrugen ihnen also die Verantwortung für das gesamtgesellschaftliche Wohl? Noguchi liefert Überlegungen zu Webers Verantwortungsethik und Gesinnungsethik und erörtert, wie diese in den politischen Parteien der beiden Länder Spuren als Kompass hinterlassen haben, an dem Politiker:innen bis heute ihr Handeln ausrichten. Takahashi analysiert in seinem Beitrag, wie in einer von Expert:innen dominierten Blackbox-Politik die Verantwortung so lange verschoben wird, bis sie quasi unauffindbar wird. Während das Land so nur noch durch akute politische Krisen schlingern kann, manövriert sich die Demokratie selbst dabei weiter in eine fundamentale System-

krise hinein. Basierend auf einer popkulturellen Darstellung der Corona-Pandemie in Japan liefert Kramer schließlich Schlussgedanken zum Band und zur wachsamen Demokratie gleichermaßen.

Insgesamt zeigt sich in den Beiträgen dieses Bandes, dass Verantwortung in Japans Politik und Recht – und darüber hinaus in modernen Demokratien allgemein – als ein dynamisches, konflikthaftes und zunehmend reflexives Feld verstanden werden muss. Die Perspektive der *Governance*-Forschung ermöglicht es, diesen Wandel theoretisch zu erfassen, während die Analyse konkreter politischer Entwicklungen ihre empirische Relevanz etwa für Parteien oder für Strukturen des Regierens eröffnet. Einblicke in die Alltagspraktiken der Selbst- und Fremdwachsamkeit erlauben uns zudem ein konkretisiertes Verständnis für die Dynamiken der Responsibilisierung von Bürger:innen und der Verantwortungsübernahme auf einer nachbarschaftlichen Ebene.[12]

Es zeigt sich, dass Verantwortung in modernen Demokratien eine doppelte und potenziell widersprüchliche Rolle spielt. Einerseits ist sie unverzichtbar. Ohne die Möglichkeit der Zurechnung gibt es keine wirksame demokratische Kontrolle, keine Rechenschaftspflicht und letztlich keine politische Legitimität. Andererseits kann dieselbe Verantwortung unter Bedingungen hoher Kom-

plexität und populistischer Zuspitzung selbst zu einem Gegenstand der politischen Auseinandersetzung werden. Dies äußert sich insbesondere dann, wenn Verantwortung im politischen Dunkel gleichsam verschwindet oder aber übermäßig aus dem Politischen in das Gesamtgesellschaftliche hinein verschoben wird und dort zu einem möglicherweise über-starken Treiber vigilanter Praktiken und daraus resultierender sozialer Spannungen wird.[13] Im Idealfall jedoch ermöglichen gerade die vigilanten Praktiken der nachbarschaftlichen Ebene eine Einbeziehung von Bürger:innen in eine als Selbstwirksamkeit erfahrene verantwortungsvolle Gestaltung des öffentlichen Raums und des öffentlichen Lebens und stellen somit neben den ebenso verantwortungsvoll agierenden Amtsträger:innen die zweite starke Säule einer den gegenwärtigen Herausforderungen gewachsenen, gleichsam wachsamen Demokratie dar. Japan kann im Hinblick auf diese Synthese der Verantwortungsgestaltung auf historisch gewachsene Strukturen zurückgreifen und ist dennoch, wie auch andere demokratischen Systeme, gefordert, diese Strukturen einer Gegenwart der Krisenpermanenz anzupassen.

Anmerkungen

1 Korte, Transformatives Regieren, S. 414.
2 Peters et al., *Research Agenda* und Knill et al., Failing through success?
3 Korte, Transformatives Regieren, S. 413.
4 Kagan, Introduction.
5 Prusa, *Scandal*.
6 Beck, *Risikogesellschaft.*
7 Effinowicz, Grenzen des Kollektivs.
8 Gadebusch Bondio et al., *Techniken der Responsibilisierung.*
9 Foucault, *Geburt der Biopolitik* und Foucault, *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung.*
10 Rosa, *Resonanz.*
11 Eder-Ramsauer, Populistischer Moment?
12 Verhandlungen möglicher Interessenskonflikte im Umgang mit Maßnahmen der Pandemie-Eindämmung, wie sie unter Privatpersonen angesichts dieses hohen Responsibilisierungsgrades auftraten, werden für Japans lebhafte Restaurantszene empirisch-analytisch adressiert in: Kramer et al., COVID-19.
13 Während der Corona-Pandemie trat in Japan das Phänomen der *jishuku keisatsu* (wörtlich: Selbst-Zurücknahme-Polizei) auf. Damit wurden Bürger:innen benannt, die deviantes Verhalten von Nachbar:innen, d.h. Verhalten, das gegen die Verhaltensnorm des *jishuku* (Selbst-Zurücknahme) verstieß, aktiv bestraften. Dies geschah entweder durch direkte Konfrontationen durch die überaus wachsamen Bürger:innen oder aber – häufiger – durch das Anschwärzen bei Dritten. Zum Phänomen der *jishuku keisatsu* und verwandten Diskursen auch: Vogt/Qin, Sanitizing.

Literaturverzeichnis

Beck, Ulrich: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main 1986.

Eder-Ramsauer, Andreas: Ein populistischer Moment? Populistische Parteien und die Wahlen 2024 und 2025. In: Chiavacci, David/Wieczorek, Iris (Hrsg): *Japan 2025. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft*. München 2025, S. 39–61.

Effinowicz, Ruth: Die Grenzen des Kollektivs. Japanische Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie. In: Kurishima, Tomoaki/Wolff, Daniel/Kaspar, Johannes (Hrsg): *Individualität und Kollektivität. Deutsche und japanische Perspektiven auf Recht Kultur und Rechtskultur*. Tübingen 2025, S. 127–147.

Foucault, Michel: *Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernmentalität II*. Frankfurt am Main 2006.

Foucault, Michel: *Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernmentalität I*. Frankfurt am Main 2006.

Gadebusch Bondio, Mariacarla/Hengerer, Mark Sven/Kölbel, Ralf/Lepsius, Susanne (Hrsg): *Techniken der Responsibilisierung. Historische und gegenwartsbezogene Studien*. Hannover 2023.

Kagan, Robert A.: Introduction. Comparing National Styles of Regulation in Japan and the United States. In: *Law & Policy* 22/3–4 (2000), S. 225–244.

Knill, Christoph/Kruck, Andreas/Rittberger, Berthold/Seelkopf, Laura/Zangl, Bernhard: Failing through success? How stable liberal orders become self-destabilising. In: *Journal of European Public Policy* (2025), DOI: 10.1080/13501763.2025.2580519.

Korte, Karl-Rudolf: Transformatives Regieren in Zeiten der Krisenpermanenz. In: *Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management* 15/2 (2022), S. 413–429.

Kramer, Paul Johann/Vogt, Gabriele/Farrer, James: COVID-19 and the Restaurant Business in Japan. The

Social and Economic Dimensions of Public Health Self-Governance. In: *Contemporary Japan* (2026), DOI: 10.1080/18692729.2026.2688323.
Peters, B. Guy/Pierre, Jon/Sorensen, Eva/Torfing, Jacob: *A Research Agenda for Governance*. Cheltenham 2022.
Prusa, Igor: *Scandal in Japan. Transgression, Performance and Ritual*. London 2023.
Rosa, Hartmut: *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Frankfurt am Main 2019.
Vogt, Gabriele/Qin, Sian: Sanitizing the national body. COVID-19 and the revival of Japan's ›Closed Country‹ strategy. In: *Asian and Pacific Migration Journal* 31/3 (2022), S. 247–269.

»Regieren in der Dauerkrise – deutsche und japanische Perspektiven«

Ein Podiumsgespräch zwischen Karl-Rudolf Korte (KRK) und Koichi Nakano (KN), moderiert von Gabriele Vogt (GV), zwischen dem Japanischen und Deutschen konsekutiv gedolmetscht von Mai Rapsch (MR)

Stiftung Lyrik Kabinett München, 18.12.2023

GV: Wir wollen in diesem Podiumsgespräch diskutieren, wie Regierungshandeln in Zeiten multipler Krisen funktionieren kann.

Wenn wir auf die verschiedenen Varianten von Regierungshandeln während der Pandemie blicken, welches Potenzial zeigte sich in dem, was Professor Korte »kuratiertes Regieren« nennt? Wo liegen die Wirkmächtigkeiten von appellativen Anordnungen, die darin eine Rolle spielen, wo die Grenzen?

Im Vergleich: Professor Nakano hat sich sehr kritisch positioniert zum Regierungshandeln in Japan während der Pandemie. Welche Rolle nahm die japanische Regierung in der Krise ein? Welche Bedeutung kam dem bekannt gewordenen Appell zur Selbstzurücknahme, zum *jishuku* (自粛) zu?

KRK: Man hat schon den Eindruck, dass dieser Krisenmodus des Regierens nicht aufhört. Insofern ist immer die Frage, was eigentlich das Besondere ist: Entweder die Wahrnehmung, dass wir als Bürger so empfinden, dass wir in einer Krise sind, oder dass *Governance* eben eine spezifische Form, einen spezifischen Modus erreicht.

Vielleicht kann man zumindest für den Modus des Regierens sagen, dass er sich doppelt verändert. Da ist zum einen das Tempo, also die Zeitlichkeit, der Druck, schnell eine Entscheidung herbeizuführen und ferner, im Blick auf eine Hierarchisierung, eine Priorisierung von extremster Art, sodass dann erwartet wird, dass schnell und eben von der Spitze her Entscheidungen fallen. Das ist durchaus ein Kennzeichen, um eine Krise der *Governance* zu definieren.

Die Erinnerung an die Corona-Krise zeigt nochmal, dass es etwas ganz Außergewöhnliches war, einen Feind zu haben, den man nicht sieht, den man nicht kennt, und von dem man nicht weiß, wie man mit ihm umgehen soll. Und trotzdem als Regierung, natürlich unter gesundheitssichernden Maßnahmen, die Aufgabe hat, möglichst zu verhindern, dass immer mehr Menschen sterben – eine Situation, in der keine Bundesregierung jemals zuvor war.

Wenn wir uns das nochmal genau ansehen, gab es natürlich sehr viele unterschiedliche Pha-

sen, in denen das Regierungshandeln mit der Krise konfrontiert war. Man kann für den Staat schon sagen, dass nichts eine Regierung so adelt wie diese Krise. Über Nacht wurden Politik und Politiker zu Lebensrettern, nicht nur zu Krisenlotsen. Man ist ihnen auch sehr klar gefolgt, in der Erwartung, dass sie eine Entscheidung herbeiführen.

Da sind wir uns auch sehr treu. Wir sind Super-Etatisten, also nach wie vor sehr obrigkeitsstaatlich. Wir setzen auf den Staat, dass er uns rettet. Die Unternehmen setzen auch darauf, dass sie sofort gerettet werden, wenn es nicht gut läuft.

Vieles hat nur funktioniert, weil wir auf Distanz geblieben sind. Wir haben freiwillig die Masken angelegt, wir haben freiwillig Distanz gehalten, wir sind freiwillig zu Hause geblieben. Es hätte nicht durchgesetzt werden können, jeden Einzelnen zu überwachen. Also haben wir uns schon solidarisch dabei gezeigt, den Anordnungen zu folgen.

Wir haben auch sehr gerne gute Verwaltungen oder haben unsere Verwaltungen sehr gerne, viel lieber als Regierungen. Daher sind wir auch diesem »kuratierten Regieren«, wie ich es nenne, ganz gerne gefolgt. Das heißt, es gab eine Auswahl informierter, transparenter Maßnahmen, die man uns vorgeschlagen hat, aber doch darum gebeten hat, dass wir denen auch folgen. Deswegen die Form von appellativer Anordnung, was mehr ist als nur

einfache *Nudges*. Die Richtung ist schon klarer vorgegeben, aber wir sind dem, weil es erklärt worden ist, auch gerne gefolgt.

Eine letzte Beobachtung noch dazu, wie wir uns in Krisen verhalten. Gerade wenn es um das Impfen ging, kann man die Unterschiede sehr gut erkennen, auch politisch, kulturell. Da bin ich auch an der japanischen Sicht sehr interessiert. Die Angelsachsen haben alles, was flüssig war, weggeimpft. Egal wann, egal bei wem, egal ob es gewirkt hat oder nicht. Alles, was flüssig zur Verfügung stand, haben sie weggeimpft. Also Abenteurer-Nation, Seefahrer-Nation. »Wir machen das! Loslegen! Nicht drüber nachdenken!« Das waren die Engländer zum Beispiel.

Wir sind risikoaverser als andere. Wir sind sicherheitsorientierter, sicherheitskonservativ, geradezu stabilitätsfanatisch unterwegs, und deswegen haben wir erst mal Impfzentren gebaut. Deutsche Ingenieurkunst. Und die waren auch weitgehend rechtzeitig fertig. Zu einem bestimmten Termin hatte jede Kommune überall ein sehr schönes Impfzentrum. Und ich bin ganz sicher, dass jedes dieser Impfzentren eine eigene Brandschutzordnung hatte. Was sie nicht hatten: Impfstoff.

Wir können *impf-priorisieren*, aber nicht improvisieren. Drei Buchstaben, die Weltunterschiede zeigen an diesem einen Krisenphänomen.

GV: Vielen Dank für all die Gedanken, mit denen wir jetzt schon in die Diskussion geleitet wurden. Im Vergleich dazu nun, wie sah *Governance* in Japan während der Pandemie aus? War Japan eine Seefahrernation?

KN: Ich glaube, man kann sagen, dass es einige ähnliche Punkte gab zwischen der Krisenbewältigung in Japan und Deutschland, aber auch eben Verschiedenheiten. Japan ist eine Seefahrernation, wenn man so will; andererseits sind wir ein Staat, der oft als Nachzügler der Modernisierung bezeichnet wird. Deutschland hat föderalistische Strukturen aufgebaut, doch Japan hat seit der Meiji-Zeit eher zentralistische Strukturen, auch in der Regierungsführung. Sie haben den Begriff Etatismus genannt. Ich glaube, dass Japan eigentlich eine Nation ist, die traditionell viel stärker etatistisch geprägt ist.

Doch obwohl diese Tradition des Etatismus in Japan eigentlich so stark und verbreitet ist, wurden vor diesem Hintergrund für mich sehr überraschende und gleichzeitig auch enttäuschende Ankündigungen gemacht. Zu Beginn der Pandemie, Ende März 2020, an einem Freitagabend trat der damalige Premierminister Abe[1] vor die Kameras und hielt eine Pressekonferenz. Er sagte, ab Montag sollen die Schulen im ganzen Land geschlossen

werden. Also eine sehr, sehr kurzfristige Ankündigung.

Ich glaube, die Idee des Premierministers war, irgendwas müssen wir machen, und wenn jetzt die Kinder überall rumlaufen, dann wird sich das Infektionsgeschehen wahrscheinlich noch viel schneller und viel großflächiger ausbreiten. Deswegen: Schulschließungen. Das war wahrscheinlich seine Logik dahinter. Das wirtschaftliche Handeln konnte man aber nicht einfach auf Eis legen, sondern den ersten Ansatzpunkt boten für ihn die Schulen, die geschlossen werden sollten.

Die Maßnahme war entsprechend unbeliebt, wie Sie sich auch vorstellen können. Wenn man einfach am Freitagabend ankündigt, ab Montag bleiben alle Schulen geschlossen, sind Eltern natürlich erst einmal vor den Kopf gestoßen und wissen nicht, was sie mit ihren Kindern machen sollen. Aber ich glaube, in den Augen konservativer Politiker, wie auch Abe einer war, war der Gedanke wahrscheinlich: »Naja, bleibt eben die Mutter zu Hause und passt auf die Kinder auf.« Daran zeigt sich ein völlig realitätsfremdes Denken der damaligen Regierung und der Politiker. Wir haben uns oft gefragt, ob die Realität der japanischen Gesellschaft von der Politik überhaupt richtig wahrgenommen wird.

Es wurde eingangs ja auch schon erwähnt, dass der Begriff des *jishuku* (自粛), also der Selbst-

zurücknahme, in Japan von der Regierung sehr schnell und sehr fundamental eingeführt wurde. Das heißt, dass die Regierung davon ausging, die Pandemie müsse erst einmal zu Hause bekämpft werden. Die Leute sollten zu Hause bleiben und sich zunächst innerhalb des Haushalts, innerhalb der Familie, der Bekämpfung der Pandemie widmen. Auch viele regierungsnahe Fachleute, gaben entsprechende Slogans heraus wie: »Lasst uns die Pandemie zu Hause auskurieren!« Das hieß, dass man zum Beispiel bei Fieber nicht zu einem Arzt oder ins Krankenhaus ging, sondern die ersten vier Tage erst einmal zu Hause bleiben sollte, um sich dort auszukurieren.

Der erste Schutzwall sollte also zu Hause gebaut werden, in den Familien. Erst wenn man dort nicht mehr weiterkam, durfte man sich dann an medizinische Einrichtungen – und später an den Staat wenden. Das war die Idee der Regierung.

Was mich einerseits überrascht, aber eben auch enttäuscht hatte, war, wie tief die staatlichen Kompetenzen in Japan gesunken waren. Ursprünglich war nach der Meiji-Zeit[2] eigentlich der Gedanke, dass der japanische bürokratische Staat die Bürger, die nicht viel wussten, erst einmal modernisieren und aufklären musste. Innerhalb dieses Modernisierungs- und Aufklärungsbestrebens entstand auch das Konzept der *Public Health*: das heißt, die

japanische Bevölkerung musste zunächst zu Hygienemaßnahmen aufgeklärt werden.

Das geschah vor allem unter der Federführung des damaligen japanischen Innenministeriums, des *Naimushō* (内務省), das später abgeschafft wurde. Gerade die Kompetenzen im Bereich »Hygiene und Gesundheit« sind später ans japanische Gesundheitsministerium übergegangen. Dabei ging es zunächst um ganz grundlegende Dinge wie Haarewaschen oder Fingernägel schneiden. Das wurde den Menschen in den Schulen beigebracht. Weil das *Naimushō* auch die Polizei unter seiner Federführung hatte, gingen Polizisten – etwa von den kleinen *kōban* (交番), den Polizeihäuschen, wo der Freund und Helfer den Menschen zur Seite steht – in die Schulen, um dort Aufklärungsunterricht in Sachen »Hygiene und öffentliche Gesundheit« zu geben.

Heutzutage ist Japan als sauberes, hygienisches und medizinisch gut aufgeklärtes Land bekannt, doch traditionell war das gar nicht selbstverständlich. Mich hat sehr erstaunt, dass ausgerechnet der konservative Regierungspolitiker Abe sich dieser Tradition offenbar gar nicht bewusst war. Es hat mich enttäuscht, aber andererseits dachte ich auch, das spiegelt die aktuelle Lage der japanischen Regierung vielleicht sehr gut wider.

Um auf das Beispiel der Impfungen in Japan einzugehen, zeigt sich auch hier wieder der Grund-

gedanke der japanischen Regierung: »Bitte nicht gleich zu den medizinischen Einrichtungen kommen«; »Bitte nicht das System belasten, sondern erst mal zu Hause auskurieren«. Das erste Gut, das man dabei eigentlich schützen wollte, waren nicht unbedingt die Menschen in der Gesellschaft, sondern der Staat.

Deswegen hat man versucht, sich die Menschen so lange wie möglich vom Leib zu halten, später auch mit sehr unpopulären Maßnahmen, wie der *Abe no masuku* (アベノマスク).[3]

PCR-Tests waren zudem praktisch nicht verfügbar. Ich bin selbst jemand – und das ist kein untypisches Beispiel in Japan – der noch keinen einzigen PCR-Test in Japan gemacht hat, weil das von der Regierung schlicht nicht vorgesehen war. Allenfalls galt: Wenn man einen Antikörpertest gemacht hatte, der anschlug, sollte man zu Hause bleiben. Aber es war hier nicht unbedingt das Ziel, möglichst viele Daten wissenschaftlich zu sammeln und zu beobachten, wie sich die Pandemie entwickelte.

Japan und Deutschland sind ja eigentlich beides führende Forschungs- und Entwicklungsnationen. Vielleicht ist es auch bezeichnend, dass in Japan letztlich kein Corona-Impfstoff entwickelt werden konnte. Auch hat die japanische Regierung in diesem Bereich nicht investiert, um die Forschung voranzubringen.

Außerdem war Impfstoff in Japan erst sehr spät verfügbar, was sicher auch mit der Tatsache zu tun hat, dass in Japan v. a. seit Beginn der 2000er-Jahre im Zuge neoliberaler Reformen enorme Einsparungsmaßnahmen im Gesundheitswesen durchgeführt wurden und es dadurch nur noch wenige Gesundheitszentren gab. Das heißt, selbst wenn sich viele Menschen gerne hätten impfen lassen, fehlten häufig die Möglichkeiten, weil die Impfzentren nicht gut ausgestattet waren und die notwendige Infrastruktur entweder gar nicht vorhanden war oder erst sehr spät aufgebaut wurde. Als der Impfprozess dann einmal ins Rollen kam, ging es allerdings relativ schnell – das muss man schon dazu sagen.

Der erste Ansatzpunkt war also zunächst, dass sich die Bevölkerung zurücknehmen sollte und selbst dafür verantwortlich war, sich vor der Pandemie zu schützen. Innerhalb der G7-Staaten gilt Japan zwar als ein Land, das sehr erfolgreich mit der Pandemie umgegangen ist, weil die Zahl der Corona-Infektionen sehr niedrig war. Ich glaube aber, dass in Japan niemand denkt, dies sei der Regierung zu verdanken, sondern vielmehr den eigenen Selbstzurücknahme-Maßnahmen: dass man Maske getragen, sich regelmäßig die Hände gewaschen hat und so weiter. Das Vertrauen in die Regierung ist während der Corona-Zeit jedenfalls

sicherlich nicht gewachsen.

Eine Sache noch: Japan hatte während der Corona-Pandemie nie einen harten Lockdown. Zwar wurde der sogenannte Notstand ausgerufen, was aber eher eine softe Maßnahme war. Und das auch drei bis vier Mal erst, nachdem innerhalb der Gesellschaft schon Stimmen laut wurden, die fragten: »Sollte man jetzt nicht mal den Notstand ausrufen? Sollte man nicht dafür sorgen, dass die Leute zu Hause bleiben?« Es waren einerseits Stimmen aus der Bevölkerung, aber natürlich auch von der Opposition, die die Regierung dazu drängten, einen Notstand auszurufen.

Anders als in Deutschland waren die Corona-Maßnahmen in Japan also nicht wirklich vorausschauend, und es kann nicht von einem kuratierten Regierungshandeln gesprochen werden. Vielmehr erfolgte eigentlich immer alles erst im Nachhinein, auf Zuruf, spontan und erst nachdem darauf gedrängt wurde. Im August 2020 trat Premierminister Abe schließlich zurück; die Corona-Maßnahmen, bzw. die fehlenden Corona-Maßnahmen, spielten dabei sicher auch eine Rolle. Seine Zustimmungswerte waren stark gesunken. Er war einer der Ersten innerhalb der Industrienationen, den die Corona-Pandemie das Amt kostete.

GV: Wir haben eben gehört, in dieser Zeit hat sich der japanische Staat als einer erwiesen, der sich die Bürger eigentlich vom Leib halten möchte. Das fand ich sehr interessant. Wie sah das in Deutschland aus? Oder, anders gefragt, wie hat sich *Governance* verändert in dieser Zeit, so dass es bis heute nachwirkt?

KRK: Es gibt ja nicht nur eine Politikverdrossenheit bei uns als Bürgern, es gibt auch eine Bevölkerungsverdrossenheit bei dem einen oder anderen Politiker, hat man den Eindruck. Das ist vielleicht eine verzerrte Realitätswahrnehmung. In den Blasen der Berliner Republik, vielleicht auch in der Münchner Republik ist die Wahrnehmung immer wieder anzutreffen. Wir haben den Buchtitel *Coronakratie*[4] damals gewählt aus dem Bewusstsein heraus, dass etwas bleibt.

Diese Distanzdemokratie ist nach wie vor messbar. Viele haben damals den Eindruck gehabt, dass sie eben zu Hause allein sind, dass aber in der Konsequenz auch niemand mehr auf sie hört. Und das hat nicht nur dazu geführt, dass sich schlechte Stimmung gehalten hat, sondern seitdem auch so eine »Corona-Kauzigkeit« als Gereiztheit erkennbar ist. Aber im Hintergrund ist praktisch dieses Gefühl einer Gesprächsstörung. Und das hat Corona einfach verdichtet, verstärkt, intensiviert: eine

Gesprächsstörung zwischen Regierenden und Regierten.

Es gibt ja diesen Drehtüreffekt. Wenn man in große Gebäude reingeht, kommt man durch den Drehtüreffekt in die Gebäude rein oder raus. Die heißen im Baudeutsch »Vereinzelungsanlagen«. Diese Metapher war treffend. Wir haben uns vereinzelt, um zu überleben. Aus der Distanz heraus haben wir überlebt, das war eigentlich das Muster. Aber eine Demokratie kann nicht überleben, wenn jeder vereinzelt ist. Gemeinwesen, Gemeinwohl, Räume der Überschneidung, Austragung von Argumenten, all das setzt voraus, dass man nicht vereinzelt, sondern zusammen ist. Wer fügt die Vereinzelten wieder zusammen? Das ist eigentlich die Frage, die dahinter geblieben ist.

Es gibt offenbar nach wie vor eine Resonanzstörung zwischen uns und der Politik. Resonanzdrähte sind aber extrem wichtig, um überhaupt etwas auslösen zu können, sowohl von uns als Bürger auf die Politik als auch umgekehrt. Ohne eine Resonanzbindung kann sich kein Steuerungselement entwickeln, auch kein Zugehörigkeitsgefühl. Diese Resonanzstörung ist einfach größer geworden durch die Pandemie und es ist aus meiner Sicht die Hauptaufgabe, diesen Resonanzdraht wiederherzustellen, weil man dann eine Verbindung hat zwischen Bürgern und Politik, und vielleicht auch

zurückkehren kann zu dem, was diese Gesellschaft politisch groß gemacht hat, nämlich die große politische Mitte auch als eine Mitte, die immer wieder gewählt und stabilisiert worden ist, wieder zu konstruieren.

GV: Hier ist jetzt auch eine Entwicklung angesprochen, die vielleicht erklären kann, warum wir eine Zunahme von Populismus oder auch Extremismus gerade in der deutschen politischen Landschaft sehen. Ich würde noch einmal um den Vergleich mit Japan bitten, im Hinblick auf die Entwicklungen für das Regierungshandeln und das Bürger-Staat-Verhältnis nach der Pandemie.

KN: Nach diesen Ausführungen muss ich sagen, dass es vielleicht doch auch viele Ähnlichkeiten gibt, auch wenn das Regierungshandeln in Deutschland und Japan unterschiedlich ausgefallen ist während der Pandemie. Dennoch: die Demokratie in unseren beiden Ländern steht großteils vor den gleichen Herausforderungen. In Japan versucht man vielleicht wieder eine Einheit herzustellen, indem man einen Feind im Außen projiziert. Das heißt, dass man China und sein Erstarken jetzt sehr in den Vordergrund stellt, und somit versucht, nochmal eine starke Mitte zu erreichen. Infolge des Verhältniswahlsystems bekommen zudem

populistische Tendenzen oder auch nicht-wissenschaftliche Stimmen ein immer höheres Gewicht. Vielleicht kann man auch anführen, dass die japanische Zivilgesellschaft ohnehin nicht so stark wie die deutsche Zivilgesellschaft war. Tatsache ist jedenfalls: die Gesellschaft wird mehr und mehr gespalten. Diese Gefahren sehe ich auch in Japan und bin da natürlich auch entsprechend in Sorge und alarmiert darüber.

Q&A

Frage aus dem Publikum: Ich habe darüber nachgedacht, was bedeutet die Corona-Krise für die Demokratie und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und würde gerne die Panelisten auf dem Podium fragen, ob nicht insbesondere die Übergänge das Spannende sind. Also einerseits: rein in den Krisenmodus, wenn man bestimmte demokratische Prozesse außer Kraft setzt, weil man eben in der Krise ist. Das scheint mir noch nachvollziehbar, auch aus Bürger:innen-Perspektive. Aber dann: raus aus dem Krisenmodus. Das ist, glaube ich, doch ein spannender Punkt. Ich erinnere mich auch, als wir uns plötzlich wieder frei bewegen konnten: »Dürfen wir das jetzt wirklich?« fragten wir uns. Es herrschte also eine gewisse Unsicherheit. Da hatte ich auch das Gefühl, dass uns

die Politik nicht wirklich gut drauf vorbereitet hat. Gleichzeitig frage ich mich, im japanischen Fall, ob das nicht diesen Vertrauensverlust, der ohnehin gegenüber der Regierung schon da war, noch einmal vertieft hat – weil man sich eben noch einmal stärker allein gelassen fühlte.

KRK: Ja, am Ende hatten wir dann Scholz,[5] nicht wahr? Das war das Ergebnis. Der hatte das ›merkeligste‹ Sicherheitsgefühl und Merkel[6] stand nicht mehr zur Verfügung. Die hätten wir am liebsten nochmal gewählt, damit sie uns weiter beschützt. Und dann blieb der übrig, der am ähnlichsten zu sein schien, mit seiner kühlen Art, bis zur Schmerzgrenze eben auch nüchtern aufzutreten und letztlich noch weniger zu sagen als Frau Merkel.

Die meisten jungen Wähler hatten die Grünen und die Gelben; die FDP vor allem, weil sie sich sehr stark dafür eingesetzt hat, den Lockdown zu verkürzen, alles zu öffnen. Was junge Menschen natürlich fasziniert hat, weil wir die, genau wie alle Schüler, auch vollkommen vergessen hatten, vor lauter Industriesorgen, die wir ja hatten. Das Bundestagswahlergebnis[7] ist nur erklärbar durch die vorausgegangene Corona-Krise.

Zu diesen Übergängen, die nachgefragt worden sind, kann man nochmal drei verschiedene Antworten geben, außer dem Wahlergebnis. Das

eine ist zu sagen, wie entwickelt sich eine resiliente Demokratie? Welche Bausteine, welche *Tools* haben wir? Beispielsweise epistemische *Tools*, die wir ja haben, als Wissenschaftler ohnehin. Fragt uns, wir lösen jede Krise. Wir wissen doch alles. Mit Wissen – nur mit Wissen! – konnten wir diese Krise lösen. Ohne Wissen wären wir tot. Also ist doch die Nachfrage der Bedarf nach Wissen und Wissenschaft umso größer. Sicherlich auch die Verwerfung, uns zu missbrauchen. Aber es ist erstmal eine epistemische Herausforderung, die wir meistern mussten. Und das ist ein wichtiger Punkt für resiliente Demokratien, die sich entwickelt haben.

Man könnte auch daran anknüpfen, die ungeheure Kraft von Solidarität, die uns auch gerettet hat, zu unterstreichen. Nur weil wir zusammengehalten haben, uns eben zusammengenommen haben, letztlich, die Distanz gehalten haben, uns nicht vereinigt haben usw., haben wir es solidarisch geschafft, aus dieser Pandemie herauszukommen.

Das dritte ist eher eine dialektische Herangehensweise: Die Wertschätzung von Freiheit hat zugenommen. Mir hat in meinem Leben niemals zuvor jemand Freiheit genommen. Ich habe sie einfach geschenkt bekommen. Als Westdeutscher war das kein besonderer Kampf, den ich führen musste. Erstmals hat mir aber einer – die Bundesregierung – zu Recht ganz viele Rechte genommen:

mich zu bewegen, irgendwohin zu gehen, mich zu versammeln. Und auch als Professor keine Lehrfreiheit, wir konnten nur noch online lehren. Also elementare Eingriffe in die Freiheit. Insofern werde ich jetzt darauf achten: »Wer versucht wieder, mir Freiheit zu nehmen? Oder wer gibt sie mir nicht vollständig zurück?« Diese Sensibilität, für diese Form von Freiheit, die ist da. Und daran können wir auch anknüpfen.

KN: Zu Japan ist vielleicht noch zu sagen, dass hier auch unterschiedliche Lebenssituationen eine Rolle spielten. Also, ich habe ja gesagt, dass die Regierung sehr an die Haushalte und die Familien appelliert hat, um die Pandemie zu bekämpfen, aber dass hier vor allem z.B. die Frauen eine sehr große Last tragen mussten. Vor allem alleinerziehende Mütter, oder auch Familien, die eher in Armut leben, oder auch alleinstehende Menschen. Die hatten eigentlich die größten Sorgen und Lasten zu tragen.

Andererseits gab es auch Menschen, die nicht so hart von der Pandemie betroffen waren. Das habe ich auch in meinem Studierendenkreis gesehen. Es gab Studierende, die aus gutem Hause kamen, die Zugang zu Internet hatten, einen PC – also, die ganz ohne Probleme am Online-Unterricht teilnehmen konnten, die vielleicht sogar froh

waren, dass sie nicht mehr in der überfüllten Bahn zur Uni fahren mussten. Auf der anderen Seite gab es aber auch die Studierenden, die eben keinen Job mehr hatten, ihr Studium nicht mehr gut finanzieren konnten, zu Hause kein gutes WLAN hatten, keinen Zugang zu einem PC.

So waren eben die Erfahrungen aus der Pandemie sehr unterschiedlich, was dann auch wieder zu einer Spaltung der Gesellschaft, oder eben einer Spaltung des Gefühls in der Gesellschaft beigetragen hat. Das trifft wahrscheinlich nicht nur auf Japan zu, aber ich glaube, auf Japan ganz besonders. Vielleicht auch, weil in Japan eben keine Hilfe von der Regierung in dieser Hinsicht erwartet werden konnte und entsprechend auch die Hoffnungen, die man in die Politik gehegt hat, relativ gering waren.

Die Corona-Pandemie hat also solche Erfahrungen, und auch solche Spaltungserfahrungen, vielleicht noch einmal gestärkt und das hatte sich eigentlich der aktuell amtierende Premierminister Kishida[8] scheinbar zu Herzen genommen. Nachdem zwei relativ konservative und aus gutem Hause stammende Politiker wie Abe und sein Nachfolger Suga[9] wenig Interesse an der Bevölkerung und an den Befindlichkeiten der Menschen gezeigt haben, hatte Kishida propagiert, dass er vor allem zuhören möchte, und dass das seine Stärke sei. Aber in den

zwei Jahren, seit er im Amt ist, sind seine Zustimmungswerte sehr stark zurückgegangen, was auch damit zu tun hat, dass die Bevölkerung das Gefühl hat: das ist ja doch nur ein Politiker, der auch wieder aus einer privilegierten Klasse kommt und sich eigentlich nicht für die wirklichen Interessen und Belange der Normalsterblichen interessiert.

Andererseits hatten auch Oppositionelle oder Bürgerbewegungen keine Chance, sich in der Pandemie gut auszutauschen. Vieles musste online stattfinden, man konnte keine Demonstrationen abhalten, sich nicht versammeln. Man hat versucht, das über Twitter oder Zoom und andere Online-Medien irgendwie auszugleichen, aber es war eben doch nicht das Gleiche und hat nicht zu einem so starken Zusammengehörigkeitsgefühl geführt. Im virtuellen Raum haben natürlich auch heftigere Auseinandersetzungen stattgefunden, die man jetzt vielleicht in einem Raum wie diesem hier gar nicht haben würde; dies hat dann auch wieder zu einem zwischenmenschlichen Bruch geführt. Ich merke, dass es jetzt nach Überwindung der Corona-Pandemie immer noch sehr schwierig ist, Menschen zusammenzubringen, dass viele zwischenmenschliche Beziehungen vielleicht sogar kaputtgegangen sind, dass die Menschen vielleicht auch zu träge geworden sind, sich zu versammeln. Das könnte vielleicht ein weiterer Grund dafür

sein, dass die japanische Opposition sich immer noch nicht wieder wirklich vereinigen konnte, immer noch sehr getrennt voneinander agiert und keine starke gebündelte Kraft sein kann. Man hat noch nicht wirkliche eine Alternative gefunden, wie man eine neue Art, oder eine stärkere Art der politischen Kommunikation gestalten kann.

GV: Ich möchte zum Ende unsere beiden Panelisten gerne noch darum bitten, den Blick nach vorne zu richten. Wir haben eben schon gehört, die Umfragewerte der aktuellen Kishida-Administration sind sehr schlecht – Woche für Woche schlechter. In Deutschland sieht das, glaube ich, auch gerade nicht viel anders aus. Wir sehen, dass die Regierenden keine Zustimmung mehr haben, für das, was sie da tun. Wo stehen wir denn heute und wie gehen wir voran?

Weder in Japan noch in Deutschland sehen wir, dass es einen echten Wechselwillen gibt, oder zumindest würde den anderen Parteien, in Deutschland vor allem der CDU/CSU, ja nicht attestiert werden, dass sie alles besser machen würden, sondern die Mehrheit sagt: »Naja, das wäre ungefähr genauso schlecht wie jetzt.« Also was sind denn unsere Wege nach vorne mit diesen Spielern, die wir haben, in unserer liberalen Demokratie?

KN: Ich glaube, es gibt zwei Szenarien, wie es in Japan weitergehen könnte. Wobei ich das eine Szenario als wahrscheinlicher einstufe, aber gleichzeitig auch als gefährlicher, und deswegen denke, es muss unbedingt aufgehalten werden.

Seit den 1980er Jahren lässt sich in Japan ein wiederkehrendes Muster erkennen: immer, wenn die konservative Regierung in eine Krise geriet, trat ein starker und neoliberalistischer Führer an die Macht. Das war beispielsweise so nach dem *Lockheed*-Skandal. Als der damalige Premierminister Tanaka[10] verurteilt wurde,[11] kam Nakasone[12] an die Macht, der Reformen ins Leben rief, die zu einer Privatisierungswelle in Japan führten. Diese schwächten zugleich die Gewerkschaften, wodurch Japan nicht unbedingt demokratischer geworden ist.

Es folgte der *Recruit*-Skandal,[13] in dessen Nachgang der neue Premierminister Hosokawa[14] mit Ōzawas[15] Unterstützung ein neues Wahlsystem eingeführt hat, was die Regierung dann noch stärker gemacht hat: mit kleineren Wahlkreisen und einer Verwaltungsreform, was ein noch hierarchischeres *top-down*-System initiiert hat.

Im Jahr 2000 fielen die Zustimmungswerte des damaligen Premierministers Mori[16] auf rekordverdächtige 8%. Das hat aber nicht verhindert, dass wieder aus der gleichen Partei ein Nachfolger an

die Macht kam, nämlich Koizumi,[17] der gesagt hat, ich werde jetzt die LDP kaputt hauen und die alten Strukturen auflösen. Er hat dann auch Nachwuchs herangezogen, der die gleiche Linie weiterführt: Abe in seiner ersten Amtszeit und auch Asō.[18]

Auch die aktuelle Krise, vor der Premierminister Kishida steht – dazu zählen erneut verschiedene Finanzskandale, die die Partei und die Regierung schwächen – führt wieder nur dazu, befürchte ich, dass eine noch härtere Linie gefahren wird. Dies könnte zu einem noch stärkeren Rechtsruck in der Regierung führen, zu noch mehr *top-down*-Handeln, und weniger zu einer Stärkung demokratischer Strukturen. Ich bin gerade dabei, darauf aufmerksam zu machen und zu alarmieren, aber wie sich das Ganze entwickelt, ist fraglich, und es ist auch ein bisschen zu befürchten, dass es keinen guten Ausweg nimmt.

Das zweite Szenario, auf das ich natürlich stärker hoffe und persönlich auch darauf hinarbeite, ist, dass wir bevor wieder *Hardliner* an die Macht kommen, noch eine andere Lösung finden. Da schaue ich natürlich auch nach Deutschland. Vor dem Hintergrund der Erfahrung, einem autoritären Führer gefolgt und in die Katastrophe geführt worden zu sein, hat Deutschland nach dem Zweiten Weltkriegs bewusst eine eher ›langweilige‹ Demokratie angestrebt. Langweilig, aber

trotzdem stabil und immer auf Konsensbildung ausgelegt.

Ich glaube, in Deutschland sind auch Vereine eine zentrale Grundlage für die Stärke der Demokratie. In Japan sind solche gesellschaftlichen Vereinigungen viel schwächer ausgeprägt. Hier sind neoliberale Tendenzen zur Vereinsamung und Vereinzelung innerhalb der Gesellschaft und innerhalb der Politik deutlich weiter fortgeschritten. Aber ich glaube, dass solche Bürgerbewegungen oder Vereine, und auch Vereinigungen, die sich z.B. innerhalb der Universitäten bilden, eine Art Festung für die Freiheit darstellen können. Man kann vielleicht keine Wunder erwarten, aber durch eine stetige Stärkung solcher Strukturen und auch durch verschiedene Kompromisslösungen, auf die man dort eingeht, lässt sich sicher wieder ein stärkeres Gefühl von »Wir gestalten die Politik!« erzeugen.

Das mag vielleicht ein langwieriger Weg sein, und ein Weg, der auch nicht perfekt ist, aber ich glaube einer, der dann doch eher zu gegenseitigem Respekt und zu Zusammenhalt der Gesellschaft führt. Ich glaube, wenn wir jetzt schon an so einem Tiefpunkt sind, wie wir es in Japan in der Politik sind, dann gibt es auch durchaus Chancen auf so einen langweiligen, aber vielleicht trotzdem etwas vielversprechenden Weg. Ich persönlich setze mich dafür ein und sehe auch viele Mitstreiter, sodass

ich jetzt noch nicht gänzlich ohne Hoffnung auf die Zukunft dastehe. Ich glaube, wir müssen an so eine Alternative glauben, denn sonst wäre eben das andere Szenario, dass wieder ein autoritäres Regime, geführt durch lauter *Hardliner*, an die Macht kommt – und das gilt es zu verhindern.

KRK: Das klingt wie ein Comeback der Zuversicht. Und es zeigt noch mal, dass in der Demokratie ja nicht einfach etwas passiert, sondern wir es gestalten. Wir haben es in der Hand. Und es liegt insofern an uns, ob wir freiheitlich bleiben oder nicht. Das würde ich nie unterschätzen. Wir sind zwar in Deutschland ein Langsam-Lade-Land und haben auch lange Kanzlerschaften. Ob deshalb Scholz so lange bleibt, wie die anderen, das ist natürlich nicht sicher. Aber trotzdem gibt es bestimmte Muster des Wählens, von denen ich jetzt nicht sehe, dass sie nicht mehr erreicht werden. Das heißt mittig, das heißt moderat, auch mittelmäßig. Und wir lieben bestimmte Typen, die eben unheroisch daherkommen. Diese Extremisten des Normalen mit dem Charme von Büroleitern. Die haben bei uns große Chancen, nicht die anderen.

Die letzten Wahlen haben das auch nochmal wieder bestätigt.[19] Unabhängig von Umfragen, die die AfD natürlich großmachen, ist da dieses Langweilige, was wir eben hörten, was aber erst mal die

Mitte zentralisiert, und nochmal klarmacht, dass selbst in unruhigen Zeiten diese Besinnung auf die Mitte nicht weg ist.

Letzte Einschätzung dazu: zur Halbzeit der Legislaturperiode sind die Werte von Regierungen immer schlecht. Auch das ist ein Muster. Das ist nicht ungewöhnlich. Wir Deutschen sind sehr am funktionierenden Staat interessiert – wie viele Menschen. Aber wir wählen eben problemlösungsorientiert. Also Problemlösungskompetenz unterstellt bei Parteien, bei Politikern, ist für uns das wichtigste Kriterium, warum wir eine Partei wählen.

Deswegen kann man sagen, wenn Probleme sichtbar gelöst werden – und die zwei wichtigsten Probleme sind Migration/Zuwanderung und auch Energieversorgung – wenn sich im Frühjahr herausstellt, dass wir den Eindruck haben, die irreguläre Migration wird eingehegt, wenn die Energieversorgung weiterhin geklärt ist, auch bezahlbar ist, vielleicht auch sozial ausgeglichener wird, dann sind wichtige Probleme, die die Deutschen bewegen, zwar nicht gelöst, aber sie sind eher bewältigt, kann man sagen. Dann ist die Inflation gering, die Wirtschaft kann wieder vielleicht etwas dynamischer werden. Viele haben Gehaltserhöhungen, die sich im kommenden Jahr auszahlen. Wir haben eine Steuersenkung für viele in der politischen

Mitte. Und ich schließe nicht aus, dass diese Regierung auch einen klassischen Kniff anwendet: das Klimageld, das uns versprochen ist, ganz zufällig im Wahljahr doch auszuzahlen, 2025 es doch irgendwie hinzubekommen.

Also, alles Faktoren, die dafürsprechen würden, am Ende doch die Ampel wieder für wählbar zu halten, wenn diese größeren Probleme eingehegt sind und man gar nicht mehr so unzufrieden ist mit der Regierung. Das schließe ich nicht aus. Und ich wehre mich dagegen, dass wir völlig neue Muster des Wählens haben und alles nur bergab geht. Dafür sehe ich auch viel zu zuversichtliche Gesichter hier, das geht nicht.

GV: Ich bin sehr froh, dass wir dieses Podiumsgespräch jetzt mit zuversichtlichen Schlussworten beenden konnten. Dann darf ich an dieser Stelle das Panel schließen und mich ganz herzlich bedanken bei Koichi Nakano, bei Karl-Rudolf Korte, und nicht zu vergessen bei Mai Rapsch, ohne die das Gespräch nicht möglich gewesen wäre. Vielen Dank!

Anmerungen

1 Abe Shinzō, Premierminister: 2006–2007 und 2012–2020.
2 1868–1912.
3 Premierminister Abe ließ pro Haushalt zwei Stoffmasken verteilen, mit denen sich die Menschen vor dem Virus schützen sollten.
4 Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hg.): *Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt am Main 2021. https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/coronakratie-16531.html.
5 Olaf Scholz, Bundeskanzler: 2021–2025.
6 Angela Merkel, Bundeskanzlerin: 2005–2021.
7 Gemeint ist das Ergebnis der Bundestagswahl vom 26.09.2021, https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021.html.
8 Kishida Fumio, Premierminister 2021–2024.
9 Suga Yoshihide, Premierminister 2020–2021.
10 Tanaka Kakuei, Premierminister: 1972–1974.
11 1983 wegen Bestechlichkeit im *Lockheed*-Skandal, bei dem der Konzern in West-Deutschland, Italien, den Niederlanden und Japan Politiker bestach, um die Verkäufe seiner Kampfjets zu steigern, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.
12 Nakasone Yasuhiro, Premierminister: 1982–1987.
13 Der *Recruit*-Skandal war eine der größten Korruptionsaffären in Japans Nachkriegszeit, bei der Politiker:innen und Geschäftsleute bestochen wurden, indem sie kurz vor dem Börsengang günstig Aktien einer Tochtergesellschaft des Medien- und Personaldienstleisters Recruit erwarben und beim anschließenden Kursanstieg enorme Gewinne erzielten.
14 Hosokawa Morihiro, Premierminister: 1993–1994.
15 Ōzawa Ichirō, LDP-Generalsekretär: 1989–1991.
16 Mori Yoshihirō, Premierminister: 2000–2001.

17 Koizumi Jun'ichirō, Premierminister: 2001–2006.
18 Asō Tarō, Premierminister: 2008–2009.
19 Gemeint sind die Landtagswahl in Hessen am 08.10.2023, https://wahlen.hessen.de/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-in-hessen und die Landtagswahl in Bayern am 08.10.2023, https://www.landtagswahl2023.bayern.de/.

Masato Takahashi (Kyūshū Universität)

Expertokratie und Verantwortungslosigkeit im japanischen Regierungssystem

Eine heftige Welle des Populismus erfasst inzwischen nicht nur Europa und die Vereinigten Staaten, sondern zunehmend auch Japan. Selbst hierzulande, wo angesichts der Insellage das Ausmaß migrationspolitischer Herausforderungen im Vergleich zu Europa und den USA eigentlich begrenzt sein müsste, stellt diese Entwicklung keine Ausnahme dar. Populismus neigt dazu, wissenschaftlich belegte Fakten mit vermeintlich ›demokratischem‹ Elan über Bord zu werfen und neue ›Tatsachen‹ zu schaffen. Radikale Falschinformationen schüren Emotionen und dringen dadurch immer stärker in den politischen Raum vor.

Traditionell galt – zumindest dem ***offiziellen Selbstverständnis*** nach, wobei bereits das Aufrechterhalten dieses ***Anspruchs*** als Ausdruck politischer Verantwortung galt – dass Politik auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen und rationale Entscheidungen treffen sollte. Diese Prämisse ist jedoch mittlerweile von Grund auf ins Wanken geraten.

Darin manifestiert sich eine Krise des Expertenwissens.[1] Japans gegenwärtige Situation lässt sich zweifellos auch auf die mangelnde Verlässlichkeit der herrschenden Politik und auf ein ausgeprägtes Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien zurückführen. Noch schwerer wiegen jedoch die Erfahrungen der vergangenen Jahre, in denen die japanische Politik mit mehreren gravierenden Risiken konfrontiert war. Als besonders prägende Wendepunkte erweisen sich dabei zwei große Krisen der jüngeren Vergangenheit: die nukleare Katastrophe von Fukushima und die Corona-Pandemie. In diesen Phasen tiefgreifender Verwerfungen gelang es der japanischen Politik nicht, ein angemessenes Verhältnis zu wissenschaftlicher Expertise herzustellen. Zugleich war auch das Recht nicht in der Lage, diese Beziehung hinreichend zu regulieren.

All dem liegt, so lässt sich annehmen, ein strukturelles, historisch verankertes Problem der japanischen Politik zugrunde. Der vorliegende Beitrag untersucht entlang der spezifischen Merkmale der politischen Struktur Japans, welche institutionellen und strukturellen Schwierigkeiten entstehen, wenn Experten in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Der Begriff »Experten« wird dabei in einem weiten Sinn verstanden und umfasst Wissenschaftler, Forschende, Gelehrte,

Ärzte sowie weitere Vertreter natur-, geistes- und sozialwissenschaftlicher Disziplinen, die der Regierung bei politischen Entscheidungen fachliche Einschätzungen und beratende Unterstützung bereitstellen.

Vorwegnehmend lässt sich festhalten: Politische Entscheidungen werden in Japan tendenziell innerhalb einer Blackbox aus »Autorität« oder »externem Druck« getroffen. Dies führt zu einer Verwässerung politischer Verantwortung und begünstigt die Herausbildung einer Struktur der Verantwortungslosigkeit. Die Einbindung von Experten in die Regierungspraxis sollte eigentlich rationale Entscheidungsfindungen ermöglichen. Tatsächlich läuft sie jedoch Gefahr, Verantwortung zu verwischen und der Politik als Vorwand zu dienen, eigene Entscheidungen zu umgehen.

Der Aufbau des vorliegenden Beitrags gliedert sich wie folgt:

Abschnitt 1 ordnet die Verknüpfung von »direkter Ansprache des Volkes« und »Expertenpolitik« unter der Koizumi-Administration (2001–2006) als institutionelle Urform eines spezifisch japanischen Populismus ein. Darüber hinaus wird die Abhängigkeit der politischen Struktur Japans von »externem Druck« und »Autorität« historisch nachgezeichnet und die daraus resultierenden Problemdimensionen einer Aushöhlung demokra-

tischer Prinzipien herausgearbeitet. Abschnitt 2 untersucht am Beispiel der staatlichen Corona-Maßnahmen exemplarisch den Prozess der Entkopplung von Expertenwissen und politischer Verantwortung. Abschnitt 3 beleuchtet schließlich aus rechtlicher Perspektive, nach welchen organisations- und verfahrensrechtlichen Grundsätzen die Einbindung von Experten in private Beratungsgremien demokratisch legitimiert werden könnte.

1 Strukturelle Probleme der japanischen Politik

1.1 Japanischer Populismus heute

Die zunehmenden populistischen Tendenzen in der japanischen Politik sind kein plötzlich entstandenes Phänomen. Am deutlichsten trat die moderne Ausprägung des japanischen Populismus während der Regierung von Jun'ichirō Koizumi zutage. Die im Jahre 2001 formierte Koizumi-Administration entstand vor dem Hintergrund institutioneller Reformen der 1990er Jahre im Bereich von Politik und Verwaltungsrecht. Mit der Reform des Gesetzes über die Wahlen zu öffentlichen Ämtern[2] wurde ein Mehrheitswahlrecht mit Einmandatswahlkreisen eingeführt, in dessen Folge sich die Macht

innerhalb der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP)[3] zunehmend auf die Parteiführung konzentrierte, die über die Kandidatenaufstellung entschied. Parallel dazu hatten die Verwaltungsreformen die Kompetenzen des Premierministers institutionell gestärkt. Infolge dieser Reformen wurde die politische Koordinationsfunktion des Kabinetts zunehmend im Amt des Premierministers[4] gebündelt, sodass der politische Entscheidungsprozess insgesamt deutlich stärker von dort aus gesteuert wurde. Die Koizumi-Administration nutzte diese institutionellen Rahmenbedingungen konsequent, um unter Einsatz der gestärkten Kompetenzen einen eigenen Politikstil zu etablieren.

Hinter diesem Bild eines ›starken Premierministers‹ verbarg sich jedoch die Realität einer innerparteilich schwach abgesicherten politischen Führung. Tatsächlich war die Machtbasis der Koizumi-Administration innerhalb der LDP von Beginn an keineswegs gefestigt, sondern vielmehr fragil. Um diese Schwäche zu kompensieren, etablierte Koizumi gewissermaßen eine Doppelstruktur aus Machtkonzentration und direkter Legitimation. Der mangelnde innerparteiliche Rückhalt wurde durch ein Berufen auf den Volkswillen kompensiert. Der direkte Zuspruch aus der Bevölkerung diente so als Mittel, um parteiinternen Widerstand zu unterdrücken. Auf diese Weise bildete

sich ein Führungsstil heraus, der auf der direkten Verbindung zum Volk basierte – ein Vorgehen, das zum charakteristischen Merkmal des japanischen Populismus wurde.

Schon damals wurde zwar kritisiert, dass die gestärkten Befugnisse des Premierministers eine Marginalisierung des Parlaments mit sich brächten. Dieses Problem ließ sich jedoch auch als bloße Folge der Wahlergebnisse verstehen, also der gesunkenen Anzahl an Sitzen der Oppositionsparteien bzw. deren schwindender Einflusskraft. Angesichts des haushohen Wahlsiegs der LDP im Jahr 2001 erschien die formale demokratische Legitimation auf den ersten Blick als ausreichend.

Aus der Perspektive der repräsentativen Demokratie offenbarte sich darin jedoch eine gravierende »institutionelle Pathologie«. Denn die Koizumi-Administration stützte ihre Entscheidungen nicht auf eingehende parlamentarische Debatten, sondern etablierte ein Modell, in dem regierungsnahe Intellektuelle als »Experten« hinzugezogen wurden, um über zentrale politische Weichenstellungen zu beraten – und faktisch auch mitzuentscheiden. Ein prägnantes Beispiel für diese Struktur ist der »Wirtschafts- und fiskalpolitische Rat«.[5]

Bei diesem Gremium handelt es sich um ein auf Grundlage des Gesetzes zur Errichtung des Kabinettssekretariats[6] geschaffenes, dem Premierminister

unmittelbar unterstelltes Kollegialorgan. Es dient der Beratung und Koordinierung grundlegender wirtschafts- und fiskalpolitischer Leitlinien sowie der Haushaltsplanung. Jährlich fasst es seine Empfehlungen in den sogenannten »Grundlegenden Leitlinien für Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie Strukturreformen« (den sog. *Honebuto no hōshin*[7]) zusammen. Den Vorsitz führt der Premierminister selbst, weitere Mitglieder sind relevante Minister wie der Chefkabinettssekretär oder der Minister für Wirtschafts- und Fiskalpolitik sowie mehrere externe Sachverständige aus dem privaten Sektor. Der Rat bildet damit den institutionellen Kern des vom Premierministeramt gesteuerten Politikmodells.

Besonders im Prozess der Haushaltsaufstellung spielte dieses Gremium eine entscheidende Rolle. Auf Grundlage seiner Untersuchungen und Beratungen legte der Rat seine Empfehlungen in Form der »knochenstarken Leitlinien« vor, auf deren Basis das Kabinett anschließend den Haushaltsrahmen für das kommende Jahr beschloss. Premierminister und Ratsmitglieder konzipierten so gemeinsam die Wirtschaftspolitik; der zu ihrer Umsetzung erforderliche Haushalt wurde dabei in einem einheitlichen Prozess geformt. Die politische Entscheidungsfindung wurde dadurch zunehmend unter der Führung des Premierministeramts zentralisiert und integriert.

Auf diese Weise etablierte sich eine Struktur, in der nicht mehr die vom Volk gewählten Abgeordneten, sondern vom Premierminister ernannte Experten zentrale politische Weichenstellungen trafen.[8] Diese Verlagerung politischer Entscheidungsmacht – von gewählten Abgeordneten über den Premierminister hinweg zu ernannten Sachverständigen – führte zu einer erheblichen Schwächung demokratischer Legitimation. Gewiss kann fachliche Beratung zur Rationalisierung politischer Maßnahmen beitragen. Je nach institutioneller Ausgestaltung birgt sie jedoch die Gefahr, die politische Verantwortungsträgerschaft auszuhöhlen und der Politik als Mittel zu dienen, eigene Entscheidungen zu umgehen.

Gegenstand der Kritik dieses Beitrags ist nicht die Beteiligung von Experten an der Politikgestaltung als solche. Vielmehr geht es um die Frage, unter welchen politischen Strukturen diese Beteiligung institutionalisiert wurde und auf welche Weise sie die Zuschreibung politischer Verantwortung verändert.

Die Verbindung von »direkter Volksansprache« und »Expertokratie« unter der Koizumi-Administration verkörperte geradezu exemplarisch die institutionellen Merkmale eines japanischen Populismus. Die Aushöhlung politischer Autonomie und Verantwortung unter dem Deckmantel

des Expertenwissens – darin liegt der Ausgangspunkt jenes strukturellen Problems, mit dem die japanische Politik seither dauerhaft konfrontiert bleibt.

1.2 Aushöhlung der Demokratie

Mit dem in diesem Beitrag verwendeten Begriff der »Aushöhlung der Demokratie« ist die Verlagerung politischer Entscheidungslegitimation auf externe Autoritäten gemeint – ein Vorgang, durch den deliberative Prozesse des Abwägens und Beratens ebenso wie die parlamentarische Rechenschaftspflicht aus dem institutionellen Gefüge verdrängt werden. Der japanischen Politik liegt dabei eine Struktur zu Grunde, die sich auf »Autorität« stützt und gegenüber externen Einflüssen besonders anfällig ist. So wurde die politische Entscheidungsfindung in Japan immer wieder durch »äußeren Druck«[9] bestimmt, der jenseits demokratischer Diskurse und institutionalisierter Verantwortung operiert.

Während der Geltungszeit der sog. Meiji-Verfassung (Verfassung des Japanischen Kaiserreichs[10]) stand mit dem *Tennō*[11] eine absolute Autorität im Zentrum des Systems. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs bestimmte hingegen Druck aus

den Vereinigten Staaten, insbesondere durch das GHQ,[12] die politische Ausrichtung des Landes. Auch in der Folgezeit übten unterschiedliche »Autoritäten« wie etwa Wirtschaftsverbände, religiöse Organisationen oder einzelne Wissenschaftler faktischen Einfluss aus, obwohl sie formell keine politische Funktion innehatten.

Diese Struktur hat der japanischen Politik ein Merkmal aufgeprägt, das sich als »Abwesenheit eines Zentrums« bezeichnen lässt. Der Politik fehlt eine kohärente Achse, sodass sie sich teils an ökonomischer Rationalität orientiert, teils dem Einfluss von Hinterbliebenenverbänden[13] oder religiösen Kräften unterliegt und sich wiederum teils den Präferenzen der jeweils amtierenden US-Regierung unterordnet. Durch das gleichzeitige Einwirken unterschiedlicher externer Faktoren verliert die Politik ihre wesentliche »schützenswerte Linie« aus den Augen und büßt langfristig auch das Vertrauen der Bevölkerung ein.

Aus dem Schatten dieser Struktur treten gelegentlich auch vormoderne Elemente hervor. Ein Beispiel dafür ist die staatliche Einflussnahme auf Schreine, die an den Staats-Shinto der Vorkriegszeit erinnern, etwa in Form öffentlicher Beteiligung an Zeremonien zur Einschreinung verstorbener Seelen, Grundsteinlegungsritualen sowie die Kostenübernahme von Opfergaben oder Votivlaternen aus öffentlichen Mitteln.[14][15]

All dies sind Erscheinungsformen einer Politik, der es an eigenständigen normativen Prinzipien fehlt und die ihre Entscheidungen in Abhängigkeit von externen »Autoritäten« trifft.

Kurz vor seinem Tod im Jahre 1970 wies Yukio Mishima [16] scharf auf diese Form der »leeren Politik« hin. Er sprach vom Fortbestehen der »Nachkriegsdemokratie und dem daraus hervorgehenden schrecklichen Bazillus namens Heuchelei« und prognostizierte den Untergang Japans – an dessen Stelle eine anorganische und hohle Wirtschaftsmacht am Rande des Fernen Ostens zurückbleiben würde. Die von Mishima kritisierte »Nachkriegsdemokratie« war für ihn eine bloße Scheinform, in der Ideale wie Freiheit und Gleichheit durch wirtschaftlichen Wohlstand ersetzt worden waren. Eine Gesellschaft, die Bildungsgleichheit und ökonomischen Erfolg als Bedingungen des Glücks begreift, mag auf den ersten Blick geordnet wirken; tatsächlich erscheint sie jedoch als eine »Aushöhlung der Demokratie«, der der Geist der öffentlichen Debatte abhandengekommen ist. Was heute nach dem Rückgang des wirtschaftlichen Wohlstands bleibt, ist letztlich nur diese »Leere«.

Auch nach der Aushöhlung der Ideale der Nachkriegsdemokratie wirken diese Strukturen fort, wenngleich in veränderter Gestalt. Während der Abe-Administration (2006–2007, 2012–2020)

manifestierte sich dies besonders deutlich im Phänomen des »vorauseilenden Gehorsams«.[17] Gemeint ist ein unsichtbarer sozialer Druck, der außerhalb demokratischer Diskurse entsteht, aus einer unausgesprochenen kollektiven Atmosphäre erwächst und politische Prozesse im heutigen Japan wie eine Blackbox verhüllt.

Die während der Corona-Pandemie beobachtbaren Formen gesellschaftlicher Konformität und der Druck zur Selbstbeschränkung standen einerseits in Kontinuität mit diesem »unsichtbaren sozialen Druck«. Andererseits wurden sie in einer Phase politischer Verunsicherung zu einer Form gesellschaftlicher Selbstdisziplin innerhalb einer sich zunehmend selbstregulierenden Gesellschaft.[18] Hinzu kommt der in jüngerer Zeit weltweit erstarkende Rechtspopulismus, welcher die Gefahr birgt, unter dem Deckmantel eines vermeintlichen »Volkswillen« als neue Form äußeren Drucks politischen Einfluss zu gewinnen.

Legt man diese Struktur der japanischen Politik zugrunde, so lässt sich die daraus folgende Aufgabe klar benennen: Es gilt, Stärken und Schwächen der japanischen politischen Kultur nüchtern zu analysieren und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihre Defizite institutionell ausgleichen. Ziel ist es, eine Form des Regierens zu ermöglichen, die sich von äußerem Druck

und autoritativer Legitimation löst und stattdessen auf bürgerlichem Dialog und politischer Rechenschaftspflicht beruht. Darin liegt die zentrale Aufgabe des Rechts angesichts der populistischen Transformation der japanischen Politik.

1.3 Verfassungsrechtliche Fragestellungen zur Beteiligung von Experten

Was vermag die Verfassungsrechtswissenschaft angesichts dieser spezifisch japanischen politischen Struktur zu leisten? Wie lässt sich das Verhältnis zwischen Politik und Experten rechtlich einordnen, und welche Möglichkeiten der rechtlichen Regulierung lassen sich hierbei aufzeigen? Die folgenden Überlegungen stützen sich auf eine Analyse, die sich an den Grundprinzipien der geltenden Verfassung orientiert. Ziel ist es, aus dem Inneren der Verfassungsstruktur heraus Wege aufzuzeigen, wie die Rolle von Experten eingeordnet und zugleich kontrolliert werden kann.

Ausgangspunkt ist die Rückbesinnung auf ein grundlegendes demokratisches Prinzip, wonach die Legitimation politischer Herrschaft nicht in Tradition, Charisma oder transzendenter Autorität gesucht wird, sondern im Willen der Bürger selbst. Die Verfassung ist eben jene Norm, die dieses de-

mokratische und rechtsstaatliche Prinzip institutionell verankert. Sie legitimiert politische Gewalt und begrenzt sie zugleich. Zwar legt die Verfassung die Ausgestaltung staatlicher Organe nicht bis ins Detail fest, doch fordert sie eine institutionelle Ordnung, in der demokratisch legitimierte Entscheidungen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen getroffen werden. Innerhalb dieses Rahmens finden staatliche Institutionen ihre Rechtfertigung – und zugleich ihre Grenzen.

Werden Experten an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt, muss daher geprüft werden, welche rechtlichen Kontrollmechanismen erforderlich sind, um sicherzustellen, dass diese Prozesse mit demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien in Einklang stehen. Die Aufgabe der Verfassungsrechtswissenschaft besteht dabei nicht darin, die Nutzung von Expertenwissen grundsätzlich in Frage zu stellen. Vielmehr gilt es – unter sorgfältiger Wahrung der Wissenschaftsfreiheit der Experten – institutionelle Strategien zu entwickeln, die verhindern, dass deren Deutungsautorität die politische Verantwortung verschleiert.

Allerdings haben sich die japanische und die deutsche Staatsrechtswissenschaft lange Zeit nur unzureichend mit Fragen der staatlichen Organisation befasst. Seit den 1990er Jahren hat sich jedoch in Deutschland das Organisationsrecht als

ein zentrales Feld etabliert, in dem verfassungsrechtliche Werte konkretisiert werden. Es hat sich zu einem grundlegenden Forschungsbereich entwickelt, der die funktionale Legitimation des Staates untermauert. Diese Entwicklung ist auch für die japanische Verfassungsrechtswissenschaft überaus aufschlussreich, wenn es darum geht, das Verhältnis von Politik und Expertenwissen neu auszugestalten.

Tatsächlich hat auch die japanische Rechtsprechung in jüngerer Zeit begonnen, ihre Angemessenheitsprüfung in Gesetzgebungs- und Verwaltungsprozessen zu verschärfen. Während der Legislative früher ein weitrechender Ermessensspielraum eingeräumt wurde und eine gerichtliche Kontrolle nur begrenzt stattfand, mehren sich heute die Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs, in denen dieses Ermessen kontrolliert und als verfassungs- oder rechtswidrig eingestuft wird. Hinter dieser Entwicklung steht eine stärkere Gewichtung der rationalen Willensbildung in legislativen und administrativen Abläufen. Das heißt, dass sich die Frage nach der Berücksichtigung und dem Einfluss von Expertenwissen in der Phase der Politikgestaltung zu einem wesentlichen Kriterium der gerichtlichen Überprüfung entwickelt.

Daran zeichnet sich ein neues Verhältnis zwischen Expertenwissen und Recht ab. Ausgehend

von der Annahme, dass Expertenwissen zur Rationalisierung politischer Entscheidungen beiträgt, unterzieht das Recht nun auch den politischen Entscheidungsprozess einer Kontrolle. Gleichzeitig muss sich die Verfassungsrechtswissenschaft jedoch auch mit den damit einhergehenden Risiken auseinandersetzen. Wenn nämlich die Expertise von Fachleuten selektiv genutzt oder Beurteilungen unkritisch übernommen werden, droht der Verlust der politischen Entscheidungsautonomie, mit der Folge einer Aushöhlung demokratischer Herrschaft.

Dieses doppelte Risiko – die Verzerrung von Expertenwissen einerseits und die übermäßige Abhängigkeit von ihm andererseits – stellt eine hochsensible verfassungsrechtliche Herausforderung im modernen Verfassungsstaat dar.

2 Expertenwissen in Krisenzeiten – Die Corona-Pandemie

In den vergangenen 15 Jahren wurde in Japan zweimal der »Notstand« ausgerufen. Der erste Anlass war der Unfall im Atomkraftwerk Fukushima, der zweite stand im Zusammenhang mit der Ausbreitung des SARS-CoV-2 Virus ab dem Jahr 2020. Beide Ereignisse warfen die fundamentale

Frage auf, wie sich der Staat gegenüber Experten positionieren soll und wie in Krisenzeiten die Legitimität staatlichen Handelns aufrechterhalten werden kann. Passend zur Thematik des vorliegenden Bandes wird im Folgenden auf die Corona-Pandemie Bezug genommen.

2.1 Institutionelle Aspekte der Verzahnung von Experten und Politik in der frühen Phase der Pandemie

Zu Beginn der Corona-Pandemie stand Japan unter dem Eindruck der zweiten Amtszeit von Shinzō Abe, die von einem autoritären Stil der politischen Entscheidungsfindung und ihrer Umsetzung geprägt war. Doch gerade im Zusammenspiel mit Experten bei der Entwicklung von Corona-Schutzmaßnahmen war die Regierung frühzeitig ins Straucheln geraten. Während der H1N1-Pandemie im Jahre 2009 waren medizinische Beamte (sog. *ikei gikan*,[19] d.h. Beamte mit ärztlicher Approbation) im Kern des bürokratischen Apparats maßgeblich an den Eindämmungsmaßnahmen unter der damaligen Regierung der Demokratischen Partei[20] beteiligt. Nach der Rückkehr der LDP an die Regierung im Jahr 2012 wurden diese Fachbeamten jedoch aus den Karrierewegen der Verwaltung verdrängt. Folglich fehlten beim Ausbruch der Coro-

na-Pandemie jene medizinischen Beamten, die als Bindeglied zwischen Politik und Gesundheitswesen hätten fungieren können. Dadurch entstand eine Konstellation, in der externe Fachleute direkt in das Zentrum der politischen Entscheidungsfindung eingebunden wurden.

Auslöser dafür, dass die Ausbreitung des Virus als gesellschaftliche Krise wahrgenommen wurde, war eine Masseninfektion an Bord eines Kreuzfahrtschiffes, das im Hafen von Yokohama angelegt hatte. Am 14. Februar 2020 richtete das Ministerium für Gesundheit, Arbeit und Soziales[21] einen »Expertenrat zur Eindämmung der Covid-19-Infektionen«[22] ein. Dabei handelte es sich um ein privates Beratungsgremium des Ministers. (Später wurde mit der Einsetzung des »Unterausschusses für Covid-19-Maßnahmen«[23] ein öffentliches Beratungsgremium auf Grundlage von Art. 15 des Gesetzes über Sondermaßnahmen gegen die neuartige Influenza u.a.[24] eingerichtet, das dem »Sachverständigenrat für Maßnahmen gegen die neuartige Influenza und ähnliche Infektionskrankheiten«[25] nachgeordnet war.) Auf diese Weise sollte die Beratungsstruktur institutionell abgesichert werden. Zunächst war dieses Gremium auf die Bewältigung der Situation auf dem Kreuzfahrtschiff ausgerichtet, entwickelte sich jedoch rasch zu einem zentralen Beratungsgremium für die Regierung insgesamt.

Zu diesem Zeitpunkt war das Gesundheitsministerium selbst mit der unmittelbaren Krisenbewältigung überfordert und nicht in der Lage, zielführende Maßnahmen anzuordnen. Zudem fehlten Beamte mit Erfahrung in der Pandemiebekämpfung. Nach anfänglichem Zögern, Experten die Federführung zu überlassen, sah sich die Regierung schließlich gezwungen, ihre Politik so zu gestalten, dass der Minister die Stellungnahmen des Expertenrats lediglich im Nachhinein bestätigte. In dieser Phase verkam das formale Verfahren der »Anhörung« von Experten zur bloßen Formsache und es festigte sich eine Struktur, in der die Pandemiebekämpfung zunehmend von Experten geleitet wurde.

Dieses Bild einer von Experten geführten Krisenpolitik wurde maßgeblich durch die öffentlichen Auftritte von Shigeru Omi geprägt. Omi, der als ehemaliger Leiter des Regionalbüros für den Westpazifik der World Health Organization (WHO) die Maßnahmen gegen SARS koordiniert hatte, trat am 24. Februar 2020 in den Abendnachrichten des öffentlich-rechtlichen Senders NHK auf und hielt unmittelbar im Anschluss eine Pressekonferenz des Expertenrats im Gesundheitsministerium ab. In der Folge wuchsen die Reichweite und Anziehungskraft dieses Gremiums rasch, während der Einfluss des Premierminister-

amts spürbar zurückging. Für die Abe-Regierung, die Krisenmanagement und Sicherheitspolitik bis dahin zu ihren zentralen Stärken gezählt hatte, markierte dies einen entscheidenden Wendepunkt. Von diesem Zeitpunkt an verlor sie erkennbar an politischem Momentum.

2.2 Prozessuale Aspekte der Aushöhlung der Rechenschaftspflicht

Die Regierung handelte überstürzt. Ende Februar 2020 ordnete sie eine landesweite Schließung aller Grund-, Mittel- und Oberschulen an, ohne zuvor Experten konsultiert zu haben. Die Maßnahme war zunächst für die Dauer eines Monats bis zum Ende der Frühlingsferien angelegt und folgte weniger wissenschaftlichen Erkenntnissen als politischen Erwägungen. Schon zu diesem Zeitpunkt war bekannt, dass Schulkinder keine zentrale Rolle bei der Ausbreitung der Infektion spielten. Diese rational kaum begründbare Entscheidung brachte erhebliche Belastungen für berufstätige Eltern mit sich und verursachte spürbare Störungen des alltäglichen Lebens im ganzen Land.

Hinzu kamen weitere, vor allem symbolische aber wenig wirksame Maßnahmen wie etwa die landesweite Verteilung von Stoffmasken. Deren Qualitätsmängel und die damit einhergehenden

Rückrufaktionen erschütterten das Vertrauen der Bevölkerung zusätzlich.

Hier trat deutlich zutage, was die Krisenpolitik kennzeichnete: ein Defizit an Transparenz und Rechenschaftspflicht bei politischen Entscheidungen – und damit einhergehend eine spürbare Lockerung der demokratischen Kontrolle über die Ausübung staatlicher Gewalt.

Am 7. April rief die Regierung den Notstand zunächst für sieben Präfekturen aus und vollzog damit einen Kurswechsel von ihrer bisherigen »Cluster-Strategie«[26] hin zu einer Politik, die primär auf Verhaltensbeschränkungen setzte. Bei den diesbezüglichen Pressekonferenzen des Premierministers trat auch Shigeru Omi als externer Experte auf, um die wissenschaftlichen Grundlagen der Maßnahmen zu erläutern. Wenngleich es sich formal um politische Entscheidungen handelte, oblag die Überzeugungsarbeit gegenüber der Bevölkerung faktisch den Experten, wodurch die Zuordnung politischer Verantwortung zunehmend diffus wurde.

Am 16. April wurde der Notstand auf das gesamte Land ausgeweitet. Im Zentrum der Politikgestaltung stand weiterhin der »Expertenrat«, ein privates Beratungsgremium also, das jeglicher gesetzlichen Grundlage entbehrte. Da dessen Empfehlungen rechtlich nicht bindend waren, stand

es der Regierung frei, sie nach eigenem Ermessen selektiv zu berücksichtigen.

Die Konstellation, in der Experten öffentlich in den Vordergrund traten, vermochte zwar kurzfristig den Vertrauensverlust gegenüber der Politik auszugleichen, führte jedoch andererseits zu einer weiteren Aushöhlung der Strukturen politischer Rechenschaftspflicht.

Auch nach Auflösung des Expertenrats hielt der nachfolgende »Unterausschuss für Covid-19-Maßnahmen« an der Linie fest, der Politik fachliche Expertise zur Verfügung zu stellen. Ein Verfahren, nach dem politische Entscheidungsträger diese Empfehlungen transparent und verantwortungsvoll in eigenständige politische Maßnahmen hätten überführen können, wurde jedoch nicht etabliert. Infolgedessen entstand die paradoxe Situation, dass sich die Politik durch selektive Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse ihrer Verantwortung entzog, während das Expertenwissen faktisch die Externalisierung demokratischer Entscheidungsprozesse beförderte. Als nun Experten aus einer kritischen Reflexion dieser Problematik heraus davon Abstand nahmen, sich öffentlich zu äußern, trat die Orientierungslosigkeit der Politik umso deutlicher zutage.

In diesem Vakuum gewannen politische Akteure mit engen Verbindungen zur Tourismus-

branche an Einfluss und forcierten die sog. »Go-To-Kampagne«.[27] Das Projekt wurde ungeachtet der Bedenken hinsichtlich einer Infektionsausbreitung durchgeführt und trug letztendlich zu einer »zweite Welle« der Infektionen bei. Shigeru Omi trat daraufhin eigenständig vor die Presse und appellierte an die Bevölkerung, von Heimatreisen abzusehen.[28] Zu diesem Zeitpunkt war das Kooperationsgefüge zwischen Politik und Experten bereits zusammengebrochen.

2.3 *Governance*-Aspekte der mangelnden Rückbindung politischer Verantwortung

Die Reformen der Regierungs- und Verwaltungsstrukturen in den 1990er Jahren waren ein Ergebnis der Lehren aus dem Großen Hanshin-Awaji-Erdbeben,[29] bei dem erhebliche Defizite staatlicher Krisenreaktionsfähigkeit offen zu Tage getreten waren. Ziel dieser Reformen war es, politische Steuerungskompetenzen im Premierministeramt zu bündeln. In deren Folge erhielt der Premierminister umfassende Kontrollbefugnisse insbesondere in den Bereichen der Verwaltungsaufsicht, des Haushalts und der Personalpolitik. Während der Corona-Pandemie zeigte sich jedoch, dass diese institutionellen Kompetenzen trotz ihres formalen Fortbestehens nicht wirksam zur Geltung kamen.

Die Krisenwahrnehmung und politischen Entscheidungen des Premierministers erfolgten vielfach verspätet und blieben hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurück.

Auch nach dem abrupten Ende der Abe-Administration führte die folgende Regierung unter Yoshihide Suga (2020–2021) den wirtschaftsorientierten Kurs konsequent fort. Sowohl im Rahmen der »Go-To-Kampagne« als auch im Umgang mit der Austragung der Olympischen Spiele in Tokio 2021 wurden die Ratschläge der Experten weitgehend ignoriert.[30] Problematisch war dabei insbesondere, dass die Anforderungen an Transparenz und Rechenschaftspflicht nicht hinreichend erfüllt wurden und die Politik ihrer Verantwortung nicht nachkam, ihre Entscheidungen gegenüber der Bevölkerung nachvollziehbar rational zu begründen.[31] Zwar muss die Entscheidung darüber, ob den Empfehlungen von Experten gefolgt wird oder nicht, letztlich der demokratisch legitimierten Politik überlassen bleiben. Wenn diese jedoch ihren Entscheidungsprozess nicht transparent gestaltet und die Annahme oder Zurückweisung fachlicher Einschätzungen ohne Angabe nachvollziehbarer Gründe erfolgt, so lässt sich das Vertrauen in staatliches Handeln nicht aufrechterhalten. Die Pandemie hat gezeigt, dass das Problem weniger an einer Machtkonzentration innerhalb der staatlichen

Steuerungsstrukturen liegt, sondern vielmehr ein institutioneller Rahmen fehlt, der Expertenwissen systematisch mit politischer Verantwortung verbindet. Erforderlich ist daher eine Ordnung, die fachliche Beratung angemessen in politische Entscheidungen einfließen lässt und zugleich auch eine normativ verankerte Pflicht der Regierung enthält, hinreichend zu begründen, ob und weshalb sie entsprechenden Empfehlungen Folge leistet.

3. Ansatzpunkte zur Problembewältigung

Rückblickend existierten bereits unter der Meiji-Verfassung Akteure wie die *genrō* (Staatsälteste) oder *jūshin* (hochrangige Staatsräte),[32] die ohne gesetzliche Grundlage gleichsam »überverfassungsrechtlich« handelten und den *Tennō* durch sogenannte *hohitsu*[33] (Beratung und Unterstützung) zur Seite standen. Unter *hohitsu* verstand man die Praxis, den Willen des *Tennō* zu antizipieren und ihm durch begleitende Ratschläge eine konkrete Gestalt zu geben. Dabei entstand ein Verhältnis wechselseitiger Abhängigkeit (ein gegenseitiges Stützen und Gestütztwerden), das die Gefahr in sich trug, in eine »Struktur politischer Verantwortungslosigkeit« abzugleiten. In einer solchen Konstellation trafen weder der *Tennō* noch die *genrō* eigenständi-

ge Entscheidungen und übernahmen folglich auch keine politische Verantwortung.[34]

Die »japanische politische Struktur«, bei der politische Entscheidungen innerhalb einer Blackbox mit der Aufschrift »Autorität« getroffen werden, kann insofern als Fortführung dieser historischen Konstruktion der Verantwortungslosigkeit verstanden werden. Selbst wenn mit der japanischen Nachkriegsverfassung formal die Ideale eines westlich geprägten Konstitutionalismus übernommen wurden, können sich bei falscher Anwendung dieser Verfassungsprinzipien die tradierten politischen Handlungsmuster rasch wieder durchsetzen. In einem solchen Fall würden alle Akteure – ob im Hinblick auf Erkenntnisgewinn, Verantwortungsübernahme oder Ordnungsbildung – die Bereitschaft verlieren, sich aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen, wodurch staatliche Herrschaft faktisch ausgehöhlt werden würde.

Die japanische Nachkriegsverfassung hätte eigentlich im Lichte einer kritischen Reflexion über die Meiji-Verfassung interpretiert und angewendet werden müssen. Tatsächlich übernehmen jedoch Institutionen ohne klare gesetzliche Grundlage eine zentrale Rolle in staatlichen Entscheidungsprozessen. Dadurch wird sowohl die Autonomie politischer Entscheidungsträger untergraben, als auch die eindeutige Zuweisung politischer Ver-

antwortung unmöglich gemacht. Hierin liegt die Gefahr, dass sich erneut eine umfassende »Struktur politischer Verantwortungslosigkeit« herausbildet.

Der Kern des Problems liegt darin, dass die Verfassung, die einen Handlungsrahmen für die Staatsgewalt definiert, nicht entsprechend verfassungsrechtlicher Grundprinzipien interpretiert und angewendet wird. Um derartigen Abweichungen entgegenzuwirken, bedarf es institutioneller Vorkehrungen, die politischen Entscheidungsprozessen rechtliche Schranken setzen. Übertragen auf das Hauptthema der gegenwärtigen Diskussionen geht es um nichts anderes als um eine rechtliche Regulierung privater Beratungsgremien und um eine organisations- und verfahrensrechtliche Ausgestaltung, die sowohl die Stellung von Experten als auch die Verantwortlichkeit der Regierung klar definiert. Die institutionellen Ansätze, die in Deutschland diesbezüglich in Angriff genommen wurden, bieten hierfür einen wichtigen Bezugspunkt. Dieser Aspekt bedarf zwar weiterer vertiefender Forschung, doch sollen im Folgenden grundlegende Gedanken dazu skizziert werden, um die vorliegenden Überlegungen zu einem Abschluss zu führen.

3.1 Japans Herausforderungen

Japan hat sich bei der Ausgestaltung seines modernen Staates auf verfassungsrechtliche Ideen nach westlichem Modell berufen. Damit ist grundsätzlich auch die Vorstellung verbunden, dass der Regierung demokratische Verantwortung zuzuweisen ist und politische Entscheidungen entsprechend eigenverantwortlich von ihr zu treffen sind. Doch selbst wenn die institutionelle Ordnung entsprechend angelegt ist, folgt die politische Praxis nicht zwangsläufig diesem Ideal. Wie bisher dargelegt, haben externe Einflüsse, etwa aus den USA, von internationalen Organisationen oder von Experten, immer wieder maßgeblich auf politische Entscheidungen eingewirkt. Gewiss bemühen sich politische Akteure, entsprechendem Druck zu widerstehen, doch in der Realität setzt sich der Einfluss von außen meist durch. Entscheidend ist es vor diesem Hintergrund möglicherweise, den Prozess selbst, in dem politische Entscheidungen unter Druck zustande kommen, sichtbar und transparent zu machen. Gerade dadurch könnte die Integrität demokratischer Entscheidungsprozesse sichergestellt werden.

Hinsichtlich der Stellung von Experten ist in Deutschland die Auffassung verbreitet, dass die Auswahl und Aufsicht über externe Experten de-

mokratischer Kontrolle unterliegen und zugleich gezielt Foren der Beratung und des Austauschs eingerichtet werden sollten. Auf diese Art und Weise könnten Risikoeinschätzungen breit geteilt, die gesellschaftliche Akzeptanz politischer Entscheidungen erhöht und Entscheidungsprozesse ermöglicht werden, die der Pluralität von Expertise Rechnung tragen.

Theoretisch gesehen ist dieser Ansatz äußerst überzeugend und lässt sich als institutionelle Ausgestaltung verstehen, die zur Reifung der Demokratie beiträgt. Fraglich ist jedoch, ob ein solches Modell auch im japanischen Kontext wirksam sein kann. Denn selbst wenn »Konsultationen« formell stattfinden, könnten die eigentlichen Entscheidungen von anderen Faktoren beeinflusst werden. Zugleich ist die japanische Gesellschaft von einer politischen Kultur geprägt, in der sich ein gewisses Maß an **freiwilliger Ordnung** auch ohne ausdrückliche rechtliche Regelung solcher Konsensbildungsprozesse – gleichsam als gelebte »Harmonie« – herausbilden kann.

Dass während der Pandemie Ausgangsbeschränkungen auch ohne staatliche Zwangsmaßnahmen freiwillig befolgt wurden und sich das Tragen von Masken nahezu selbstverständlich etablierte, spricht in dieser Hinsicht für sich. Die zentrale Herausforderung in Japan besteht daher

nicht darin, institutionelle Modelle nach deutschem Vorbild zu imitieren. Vielmehr geht es darum, unter der Voraussetzung einer solchen Kultur freiwilliger Harmonie sichtbar zu machen, wie äußere Einflüsse und Expertenwissen auf politische Entscheidungsprozesse einwirken, und diese Einflüsse innerhalb eines Systems demokratischer Rechenschaftspflicht angemessen zu verorten. Darin liegt – so meine Auffassung – eine der zentralen künftigen Aufgaben des Konstitutionalismus.

3.2 Der faktische Einfluss externer Experten

Da private Beratungsgremien keine gesetzliche Grundlage besaßen, fungierten sie bislang als freie und flexible Akteure. Wie die bisherigen Erfahrungen jedoch zeigen, birgt in Japan eben diese »Ungebundenheit« und »Flexibilität« die Gefahr, in mangelnder Verantwortungsübernahme der Politik zu münden. Daher ist es notwendig, einen institutionellen Mechanismus zu entwickeln, der die Unkompliziertheit und Reaktionsfähigkeit dieser Gremien bewahrt, zugleich aber verhindert, dass sie zur Umgehung politischer Verantwortung instrumentalisiert werden. Der Staat sollte Informationen über die Einbindung von Experten – etwa wer in welchen Ausschuss nach welchen Kriterien und mit welcher Vergütung berufen wurde – of-

fenlegen und dadurch die Entscheidungsprozesse transparent gestalten. Dass Regierungshandeln parteipolitisch geprägt ist, kann als solches durch Wahlen demokratisch legitimiert werden. Werden politische Entscheidungen jedoch faktisch durch einen »unsichtbaren äußeren Druck« beeinflusst, der sich demokratischer Kontrolle entzieht, ist dies mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Ein Ausstieg aus einer Struktur verantwortungsloser Herrschaft kann daher nur gelingen, wenn politische Blackboxes geöffnet und Entscheidungsprozesse transparent gemacht werden.

In Deutschland gilt staatliches Handeln, das gegen das Demokratieprinzip (Art. 20 Abs. 2 GG) verstößt, als verfassungswidrig. In Japan hingegen ist eine Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit auf der Grundlage derartiger objektiver Rechtsprinzipien institutionell nicht vorgesehen. Umso dringlicher ist es daher, Mechanismen zu schaffen, die es ermöglichen, das Handeln von Experten ohne demokratische Legitimation dem Regierungshandeln zuzurechnen und staatliche Verantwortung wirksam zu überwachen und zu überprüfen.

Für eine künftige institutionelle Ausgestaltung lassen sich aus meiner Sicht zwei Thesen formulieren.

Erstens: Wann immer Experten an bedeutenden politischen Entscheidungsprozessen beteiligt

sind, muss ein Höchstmaß an Transparenz gewährleistet werden. Konkret bedarf es klarer gesetzlicher Vorgaben zur Offenlegung der Auswahlkriterien von Experten, ihrer institutionellen Zugehörigkeiten und möglichen Interessenkonflikten, ihrer Vergütung und der eingesetzten Haushaltsmittel sowie zur Veröffentlichung von Sitzungsprotokollen und Stellungnahmen. Hinzu kommt eine Pflicht der Regierung, ihre Gründe für das Befolgen oder Ablehnen fachlicher Empfehlungen in Form einer nachvollziehbaren schriftlichen Stellungnahme darzulegen. Auf diese Weise ließe sich der Einfluss von Expertenwissen auf politische Entscheidungsprozesse sichtbar und einer demokratischen Kontrolle zugänglich machen.

Zweitens ist eine Ordnung zu schaffen, in der die Rechtmäßigkeit von Expertenbeteiligung einer strengen gerichtlichen Kontrolle unterliegt. Durch eine intensivere gerichtliche Prüfung verfahrensrechtlicher Mängel bei der Auswahl von Experten und im Beratungsprozess kann die Regierung dazu angehalten werden, ihre Entscheidung über die Annahme oder Zurückweisung fachlicher Empfehlungen rational zu begründen. Auf diese Weise ließe sich die Legitimität staatlichen Handelns im Sinne des Rechtsstaatsprinzips wiederherstellen.

Dies würde keineswegs eine Einschränkung der Nutzung von Expertenwissen bedeuten. Viel-

mehr ist diese Konzeption als institutionelle Ergänzung zu verstehen, die die Rationalität politischer Entscheidungen unterstreicht und mittelbar auch ihre demokratische Legitimation stärkt. Wie diese Ansätze dogmatisch und gesetzessystematisch zu fassen sind, bleibt künftiger Forschung überlassen.

Ein derartiges Unterfangen ist auch angesichts des in den letzten Jahren zunehmenden »Misstrauens gegenüber der Wissenschaft« sowie der Verbreitung von »Falschinformationen« von entscheidender Bedeutung. Wie die Regierung mit »Wissen« umgeht, ist in einer Zeit des erstarkenden Populismus eine Schicksalsfrage für den Fortbestand des demokratischen Rechtsstaats.

Schluss

Im vorliegenden Beitrag wurde die strukturelle Problematik der Einbindung von Experten in die japanische Politik im Kontext des fortschreitenden Populismus sowie angesichts der Herausforderung rechtlicher Kontrolle untersucht. Mit jeder Krise festigte sich die Praxis, politische Entscheidungen unter Rückgriff auf den Rat externer Experten zu treffen. Als intellektuelle Grundlage rationaler Regierungsführung hat dies an sich durchaus eine eigene Legitimität. Andererseits birgt ein

institutionell intransparent gestalteter Entscheidungsfindungsprozess die Gefahr, dass politische Verantwortlichkeit verwischt und demokratische Kontrolle Schaden nimmt. Soll Fachexpertise in politische Entscheidungen einfließen, ohne dabei zu einem »Instrument zur Verantwortungsvermeidung« zu degradieren, bedarf es klarer institutioneller Rahmenbedingungen. In diesem Sinne wurden zwei richtungsweisende Thesen aufgestellt. Erstens die Institutionalisierung von Transparenz bei der Beteiligung von Experten und zweitens eine verstärkte gerichtliche Kontrolle ihrer Einbindung in das politische Geschehen.

Die Herausforderungen im Umgang mit Expertenwissen beschränken sich dabei nicht auf Anwendungsfelder wie Wissenschafts- und Technologiepolitik oder den Umgang mit Pandemien. Sie berühren vielmehr die fundamentale Frage, wie der moderne Staat das Spannungsverhältnis zwischen »Wissen« und »Demokratie« institutionell austariert.

Was gegenwärtig Not tut, ist eine normative Ordnung, die über jene politischen Strukturen hinausweist, die in Japan bislang stark von äußerem Druck und autoritativer Legitimation geprägt waren. Durch die institutionelle Verankerung von Rechenschaftspflicht und Transparenz soll Politik ermöglicht werden, die souverän und aus eigener

Verantwortung heraus handelt. Die beiden in diesem Beitrag entwickelten Thesen bilden hierfür einen ersten Rahmen. Ihre Überführung in konkrete Gesetzgebung und Verfassungsauslegung bleibt weiterführender Forschung vorbehalten.

Anmerkungen

1 Der Autor hat sich entschieden, zur besseren Lesbarkeit in diesem Beitrag das generische Maskulinum zu verwenden. Dieses umfasst hier gleichermaßen alle Geschlechter.

2 公職選挙法*Kōshoku senkyo-hō.*

3 自由民主党 *Jiyū minshutō.*

4 官邸 *Kantei.*

5 経済財政諮問会議 *Keizai zaisei shimon kaigi*. In der offiziellen englischsprachigen Übersetzung des Kabinettssekretariats: »Council on Economic and Fiscal Policy«. https://www5.cao.go.jp/keizai-shimon/index_en.html [letzter Zugriff:16.03.2026].

6 内閣府設置法 *Naikakufu secchi-hō.*

7 骨太の方針 etwa »knochenstarke Leitlinien«.

8 Nach der deutschen Lehre von der demokratischen Legitimation der Verwaltung folgt aus dem in Art. 20 Abs. 2 GG verankerten Demokratieprinzip die verfassungsrechtliche Anforderung, dass sowohl die personelle und organisatorische als auch die sachlich-inhaltliche Legitimation ein jeweils »hinreichendes Niveau« erreichen müssen. Ein Defizit auf der einen Seite kann dabei durch ein höheres Maß der jeweils anderen Legitimationsform ausgeglichen werden.
Wird eine Kabinettsentscheidung ihrem verfassungsrechtlichen Leitbild entsprechend auf der Grundlage eines Kabinettsbeschlusses getroffen, so müssen die beteiligten Minister die Entscheidung inhaltlich selbst verantworten und tragen. Werden die maßgeblichen Entscheidungen jedoch faktisch von vorgelagerten Experten getroffen, droht eine Aushöhlung des Kabinettsprinzips – indem die eigentliche Entscheidungsmacht auf Akteure ohne demokratische Legitimation übergeht. Zur demokratischen Legitimation in diesem Kontext siehe Takahashi, *Tagenteki gyōsei no kenpō riron*.

9 外圧 *gaiatsu.*

10 明治憲法 *Meiji kenpō* bzw. 大日本帝国憲法 *Dainihon teikoku kenpō.* Benannt nach der Regierungsära des japanischen Kaisers Meiji (1868–1912). Sie galt von 1890 bis zum Inkrafttreten der Nachkriegsverfassung 1947. [Anm. d. Ü.].

11 天皇 Japanischer Begriff für den Kaiser. Wörtlich etwa »Himmelsfürst« oder »Himmlischer Herrscher«. Während der *Tennō* in der Vormoderne auch politische und religiöse Funktionen innehatte, definiert die japanische Verfassung von 1947 ihn als »Symbol des Staates und der Einheit des Volkes« (Art. 1) ohne exekutive Entscheidungsbefugnisse. [Anm. d. Ü.].

12 General Headquarters, das Hauptquartier des Oberbefehlshabers der alliierten Besatzungsmächte (1945-1952). [Anm. d. Ü.].

13 遺族会 *Izokukai.* Politisch einflussreiche Organisationen der Hinterbliebenen japanischer Kriegstoter. [Anm. d. Ü.].

14 Im Jahr 1997 erklärte der Oberste Gerichtshof Japans die von der Präfektur Ehime an einen Shintō-Schrein geleisteten rituellen Gaben und finanzielle Zuwendungen für verfassungswidrig. Siehe 最 大判平成 9・4・2 民集 51 巻 4 号, S. 1673.

15 合祀 *gōshi,* 地鎮祭 *jichinsai,* 玉串料 *tamagushi ryō,* 献灯料 *kentō ryō.*

16 三島由紀夫 (1925–1970) Japanischer Schriftsteller und Nationalist. Nach einem gescheiterten Versuch, die Selbstverteidungsstreitkräfte zu einem Putsch aufzurufen, beging er öffentlich rituellen Selbstmord.

17 忖度 *sontaku.*

18 Wobei Appelle zur freiwilligen Selbstbeschränkung nicht ausschließlich durchgängig befolgt werden und etwa »Anti-Masken-Bewegungen« auch in Japan existieren. Vgl. Effinowitz, Grenzen des Kollektivs, S. 129–137.

19 医系技官 *ikei gikan*.

20 民主党 *Minshutō* 1998 gegründete japanische Opposi-

tionspartei, die mit ihrem Wahlsieg 2009 erstmals die langjährige Dominanz der LDP brach und bis 2012 die Regierung stellte. Nach internen Zerwürfnissen und der Dreifachkatastrophe von 2011 zerbrach die Partei und wurde 2016 aufgelöst. [Anm. d. Ü.].

21 厚生労働省 *Kōsei rōdōshō.*

22 新型コロナウィルス感染症対策専門家会議 *Shingata korona uirusu kansenshō taisaku senmonka kaigi.*

23 新型コロナウィルス感染症対策分科会 *Shingata korona uirusu kansenshō taisaku bunkakai.*

24 新型インフルエンザ等対策特別措置法第１５条に基づく公的諮問機関 *Shingata infuruenza tō taisaku tokubetsu sochi hō dai 15 jō ni motozuku kōteki shimon kikan.*

25 新型インフルエンザ等対策有識者会議 *Shingata infuruenza tō taisaku yūshikisha kaigi.*

26 Die japanische Clusterstrategie zielte darauf ab, COVID-19 durch möglichst schnelle Kontaktnachverfolgung und gezielte Eindämmung von Infektionsclustern (v. a. in geschlossenen, dicht besetzten Räumen) zu kontrollieren, statt flächendeckende Lockdowns zu verhängen [Anm. d. Ü.], vgl. https://www.mhlw.go.jp/content/000676463.pdf [letzter Zugriff: 16.03.2026].

27 Für Programme zur Ankurbelung der Nachfrage in den Bereichen Tourismus, Gastronomie u.a. wurden Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 1,6794 Billionen Yen bereitgestellt; die Durchführung von »Go To Travel« wurde einem Konsortium aus einschlägigen Branchenverbänden (»Gemeinsame Vorschlagsorganisation der Tourismusindustrie«) übertragen. Später wurde bekannt, dass aus Kreisen der an diesem Konsortium beteiligten Organisationen Spenden in Höhe von mindestens insgesamt 42 Millionen Yen an 37 Abgeordnete der Liberaldemokratischen Partei, darunter auch an den LDP-Generalsekretär Toshihiro Nikai, geflossen waren. Siehe:「Go To キャンペーン受託団体が 二階幹

事長らに 4200 万円献金」週刊文春 2020 年 7 月 30 日号 https://bunshun.jp/articles/-/39127
Allgemeine Informationen zur »Go-To-Kampagne« in englischer Sprache: https://www.ntainbound.com/headlines/go-to-travel-campaign/ [Anm. d. Ü., letzter Zugriff: 16.03.2026].

28 Gemeint sind insbesondere die in Japan üblichen saisonalen Rückreisen in die Herkunftsregionen (帰省, *kisei*), etwa während des Ahnenfestes *obon* im Sommer. [Anm. d. Ü.].

29 Großes Erdbeben im Großraum Kobe und auf der Insel Awaji im Januar 1995. [Anm. d. Ü.].

30 Es handelte sich zugleich um ein Problem auf Seiten der Expertenorganisationen selbst. Im Zuge einer organisatorischen Neuordnung wurde der bisherige Expertenrat aufgelöst und durch den »Unterausschuss für Covid-19-Maßnahmen« ersetzt. Dieser übernahm ausdrücklich die Grundhaltung, dass politische Entscheidungen und deren öffentliche Kommunikation der Politik oblägen, während sich die Experten auf eine beratende Funktion zu beschränken hätten. In der Folge gelang es den Experten jedoch nicht, auf eine Regierung einzuwirken, die in der Corona-Politik der Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Aktivitäten Vorrang vor der Begrenzung der Mobilität einräumte. Zwar brachten die Experten ihre Empfehlungen gegenüber der Regierung wiederholt vor, doch wurde die Verantwortung für unpopuläre Entscheidungen zwischen den Ministern wechselseitig weitergereicht, sodass eine rasche und kohärente Reaktion ausblieb.

31 Auch im Zusammenhang mit der Austragung der Olympischen und Paralympischen Spiele legte der Unterausschuss etwa im März 2021 neue Infektionsindikatoren vor, um der Regierung eine fundierte politische Entscheidungsfindung zu erleichtern. Der damalige Premierminister Yoshihide Suga wich jedoch konkreten Erläuterungen und Entscheidungen aus

und priorisierte die Durchführung der Olympischen Spiele in Tokio. Letztlich wurde deren Austragung faktisch durch Äußerungen des Vizepräsidenten des Internationales Olympisches Komitee entschieden.

32 元老 Staatsälteste bzw. 重臣 hochrangige Staatsräte.

33 輔弼 Beratung und Unterstützung.

34 Maruyama, *Nihon no shisō*, S. 38f.

Literaturverzeichnis*

Effinowicz, Ruth: Die Grenzen des Kollektivs. Japanische Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie. In: Kurishima, Tomoaki/Wolff, Daniel/Kaspar, Johannes (Hrsg.): *Individualität und Kollektivität. Deutsche und japanische Perspektiven auf Recht Kultur und Rechtskultur*. Tübingen 2025, S. 127–147.

Maruyama, Masao 丸山眞男: *Nihon no shisō*『日本の思想』[Denken in Japan]. Iwanami Shoten 1961.

Shūkan Bunshun 週刊文春: *Go To kyanpēn jutaku dantai ga Nikai kanjichō-ra ni 4200-man-en kenkin*「Go Toキャンペーン受託団体が二階幹事長らに4200万円献金」[Mit der Go-To-Kampagne beauftragte Organisationen spendeten 42 Millionen Yen an Generalsekretär Nikai und andere]. In: *Shūkan Bunshun*『週刊文春』(30.07.2020), https://bunshun.jp/articles/-/39127 [letzter Zugriff: 06.07.2026].

Takahashi, Masato 高橋雅人: *Tagenteki gyōsei no kenpō riron: Doitsu ni okeru gyōsei no minshuteki seitōkaron*『多元的行政の憲法理論――ドイツにおける行政の民主的正当化論』[Verfassungstheorie einer pluralistischen Administration – Zur Debatte über die demokratische Rechtfertigung der Administration in Deutschland]. Hōritsu Bunkasha 2017.

* Das Literaturverzeichnis wurde vom Redaktionsteam in der deutschen Fassung editiert. Die Originalfassung der Quellen ist in der japanischen Version zu finden.

Masahiro Noguchi (Seikei Universität)

Max Webers Einfluss auf Politiker:innen in Japan und Deutschland

»Politik als Beruf« im liberalen Flügel der Liberaldemokratischen Partei Japans[1]

Einleitung

Max Webers Vortrag »Politik als Beruf« ist nicht nur unter Soziolog:innen und Politikwissenschaftler:innen, sondern auch in der Öffentlichkeit weithin bekannt. In Zeitungsartikeln findet Webers Vortrag ebenfalls von Zeit zu Zeit Erwähnung, und nicht selten zitieren Politiker:innen daraus. Bekannt sind vor allem die Begriffe Verantwortungsethik und Gesinnungsethik, die drei für Politiker:innen erforderlichen Qualitäten – Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß – sowie die am Ende des Vortrags verwendete Formulierung »Bohren von harten Brettern«.

Tatsächlich ist dieser Vortrag nicht so leicht verständlich, wie man vielleicht annehmen könnte. Max Weber hielt ihn am 28. Januar 1919 in Mün-

chen. Im November des vorangegangenen Jahres hatte mit dem Aufstand der Matrosen im Kriegshafen von Kiel die deutsche Revolution begonnen. In München wurde die »Bayerische Republik« ausgerufen und Kurt Eisner zum ersten Ministerpräsidenten gewählt. Einen Monat nach Webers Vortrag fiel Eisner dem Terroranschlag eines jungen Rechtsextremisten zum Opfer. In dieser turbulenten politischen Lage sprach Weber über die »Politik als Beruf«,[2] wobei er an konkrete Persönlichkeiten wie Eisner oder den jungen Dramatiker Ernst Toller dachte. Der Vortrag war sowohl eine allgemeine Betrachtung der Frage, was Politik ist, als auch eine Stellungnahme zur damaligen Situation. Zum Verständnis des Textes ist eine grundlegende Kenntnis des zeitgenössischen Kontexts unerlässlich.[3]

Gleichwohl wurde Webers Vortrag häufig losgelöst vom historischen Kontext auf unterschiedlichste Weise gedeutet – im Kontext anderer Epochen oder vor dem Hintergrund der Verhältnisse in anderen Ländern als Deutschland. Nach streng akademischer Logik mögen die verschiedenen Interpretationen vielleicht Fehldeutungen sein. Es gibt jedoch auch durchaus »produktive Fehlinterpretationen«, die falsche Lesarten sein mögen, aber dennoch Auslegungen mit einer eigenen Bedeutung hervorgebracht haben.

Unterschiedliche Interpretationen und Schwer-

punkte bieten darüber hinaus einen weiteren Vorteil: Die Fokussierung auf diese Unterschiede eröffnet einen Einblick in die Denkweise und Logik der Leserschaft des Textes. In den Interpretationen von Politiker:innen spiegeln sich häufig deren politische Überzeugung und Stellung in der Politik wider. In Interviews für Zeitungen oder Zeitschriften werden Politiker:innen mitunter gefragt, wie sie »Politik als Beruf« verstehen – eine durchaus berechtigte und sinnvolle Frage.[4]

Grundsätzlich muss ein Text, um zu einem Klassiker zu werden, gewisse Leerstellen (Interpretationsspielräume) aufweisen. Diese Leerstellen erschweren eine eindeutige Interpretation des Textes und würden daher nach heutigen wissenschaftlichen Maßstäben auf Kritik stoßen. Doch sind es gerade diese Lücken, die die Leser:innen dazu anregen, den Text auf sich zu beziehen, ihn zu lesen, darüber nachzudenken und ihre eigenen Kommentare zu ergänzen. Klassische Literatur erlangt nicht nur durch den gedruckten Text an Tiefe und Fülle, sondern auch durch die vielfältigen Lesarten nachfolgender Epochen. Insbesondere in Webers berühmtesten Werk »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« finden sich Leerstellen. Dass diese Abhandlung zu einem Klassiker wurde, verdankt sie diesen Lücken und den daraus resultierenden vielfältigen Interpretationen.

Der vorliegende Beitrag behandelt die Frage, wie deutsche und japanische Politiker:innen den Vortrag »Politik als Beruf« rezipiert haben. Zunächst werden in Abschnitt 1 relevante Informationen zur Übersetzung und Rezeption von »Politik als Beruf« in Japan vorgestellt. Anschließend wird in den Abschnitten 2 und 3 untersucht, wie deutsche und japanische Politiker:innen Weber gelesen haben. Beim Vergleich der Interpretationen durch deutsche bzw. japanische Politiker:innen wird sich der Fokus auf die Lesart des liberalen Flügels innerhalb der Liberaldemokratischen Partei (LDP)[5] richten. Die Betrachtung dieser Entwicklung bildet das Hauptthema dieses Beitrags.

1 Übersetzung und Rezeption von »Politik als Beruf«

Wie bereits erwähnt, werden klassische Werke gerade deshalb zu Klassikern, weil sie vielfältige Interpretationen zulassen. In Bezug auf die Rezeption der Werke von Max Weber hat die japanische Weber-Forschung dazu beigetragen, die Bandbreite der Interpretationen zu erweitern. Seit Wolfgang Schwentkers *Max Weber in Japan* (japanische Übersetzung: *Makkusu Wēbā no Nihon*)[6] ist diese Weber-Forschung, die sich in Japan auf eine

ganz eigene Art und Weise entwickelt hat, auch Menschen außerhalb des japanischen Sprachraums bekannt geworden. Ausgehend von Schwentkers Studien gewann die Forschung der Weber-Rezeption in verschiedenen Ländern und Denkschulen erheblich an Dynamik.[78]

In diesem Beitrag kann nicht im Detail auf Webers politische Theorie oder die Rezeption seiner Werke in Japan eingegangen werden.[9] Er beschränkt sich auf die Rezeption von »Politik als Beruf« in Japan. Zunächst wird ein Überblick über die Geschichte der Übersetzung von Webers Werken gegeben, bevor anschließend die japanische Übersetzung des Ausdrucks »als Beruf« näher betrachtet wird.

Bemerkenswert bei den Übersetzungen von Webers Werken ist, dass die meisten seiner Werke früher ins Japanische als ins Englische übersetzt wurden. Wie die Zeittafel (Tabelle 1) veranschaulicht, wurden Webers Hauptwerke in den 1930er Jahren ins Japanische übersetzt, während die englischen Übersetzungen meist aus der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg stammen. Die einzige Ausnahme bildete »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus«. Dieses renommierte Werk wurde 1930 vom Soziologen Talcott Parsons, der von 1925 bis 1927 in Heidelberg Nationalökonomie studiert hatte, ins Englische übersetzt.

	Deutsch (Original)
1904	»Objektivität« (Abhandlung, Zeitschrift)
1904/05	»Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« (Zeitschrift)
1915	»Konfuzianismus und Taoismus« (Zeitschrift)
1917	»Wissenschaft als Beruf« (Vortrag)
1919	»Politik als Beruf« (Vortrag)
1930	
1936	
1938	
1939	
1940	
1946	
1949	
1951	

Tabelle 1: Zeittafel der Originalwerke Max Webers und ihrer englisch- sowie deutschsprachigen Übersetzungen

Englische Übersetzung	Japanische Übersetzung
»The Protestant Ethic and the Spirit of Capitalism« (translated by Talcott Parsons)	
	職業としての学問 (Wissenschaft als Beruf) 「客観性」(Objektivität) プロテスタンティズムの倫理と資本主義の精神 (Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus) 職業としての政治 (Politik als Beruf) 儒教と道教 (Konfuzianismus und Taoismus)
»Science/Politics as a Vocation« »Objectivity« »The Religion of China«	

Weber starb 1920. In Deutschland geriet sein Werk in der Krisenzeit der Weimarer Republik zunehmend in Vergessenheit, in Japan hingegen wurden Webers Texte in den 1930er Jahren sehr intensiv gelesen. Der sogenannte Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke in der Nähe von Peking 1937 wurde zum Auslöser des Japanisch-Chinesischen Krieges. Während des Krieges wurde die akademische Freiheit zunehmend eingeschränkt – auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit marxistischen Schriften an Universitäten gestaltete sich allmählich schwieriger. Genau in dieser Zeit wurden Webers Werke in Japan entdeckt.

Der u.a. durch sein Werk *Doitsu shakai seisaku shisō-shi* (übersetzt: Geschichte des sozialpolitischen Denkens in Deutschland) bekannte Ökonom Kazuo Ōkōchi reflektierte nach dem Krieg über die Situation während des Krieges und schrieb dazu:

> Die Menschen rückten einen Schritt von Marx Linie ab und schlossen sich Webers Linie an. Phänomenologisch repräsentierte dies eine »wertfreie« […] »Objektivität« gegenüber den Sozialwissenschaften. De facto war es jedoch die wirksamste Form der Kritik am Krieg […] und sozusagen die Mindestanforderung, um den sozialwissenschaftlichen Standpunkt zu wahren. Daher wurden Devisen wie »Webers Linie verteidigen« oder »bis zu Webers Linie vorrücken« zur Parole derjenigen, die sich damals den Sozialwissenschaften verschrieben hatten.[10]

In einer Situation, in der marxistisch motivierte Kritik an Regierung und Krieg unterbunden wurde, wurde Webers »Wertfreiheit« als Argumentation für die Kritik an ideologischer Propaganda herangezogen. Im Deutschland jener Zeit gingen viele kritische Intellektuelle ins Exil in die USA. Theodor Adorno, Max Horkheimer und andere Vertreter der Frankfurter Schule sowie Hannah Arendt setzten ihre Forschungen in Amerika fort.

In Japan dagegen kam das Lesen von Weber laut Schwentker einer »inneren Emigration« gleich.[11] Webers Schriften wurden als Argumentation für den Widerstand gegen autoritäre Regime und Krieg rezipiert. Vor diesem Hintergrund bildete sich in Japan unter liberalen und linken Intellektuellen die Tradition heraus, Max Weber affirmativ zu rezipieren. Karl Marx und Max Weber werden oft als sich gegenseitig ausschließend verstanden, in Japan jedoch gibt es eine Reihe von Forschungsarbeiten, die es sich zum Ziel gesetzt haben, beide miteinander in Verbindung zu bringen. Hisao Ōtsuka, ein Vorreiter der Weber-Forschung in Japan, bemühte sich als Wirtschaftshistoriker, eine Brücke zwischen Marx und Weber zu schlagen.[12] Seine beiden an ein breites Publikum gerichteten Bände aus der *Iwanami-Shinsho*-Reihe haben Marx und Weber zum Thema.[13]

»Politik als Beruf«, der Hauptgegenstand des vorliegenden Beitrags, wurde 1939 übersetzt und unter dem Titel »Shokugyō toshite no seiji« (übersetzt: ›Politik als Beruf‹) herausgebracht. Interessanterweise wurde Webers »Politik als Beruf« zusammen mit Carl Schmitts »Der Begriff des Politischen« in einem Sammelband mit dem Titel *Seiji no honshitsu* (übersetzt: ›Das Wesen der Politik‹) publiziert.[14] Unter dem Kriegsregime war man sich der Probleme von politischer Macht und Krisen sehr bewusst. Sowohl Weber, dessen Fokus bei der Politik in erster Linie auf der Macht liegt, als auch Schmitt, der »das Politische« durch die Unterscheidung zwischen Freund und Feind definierte, waren dem allgemeinen politischen Verständnis in Japan recht fremd. Diese »Fremdartigkeit« tritt besonders im Vergleich zur damals weit verbreiteten Literatur in Japan deutlich zutage. Als Beispiel sei hier das Werk von Tetsurō Watsuji *Ningen no gaku toshite no rinrigaku* (übersetzt: ›Ethik als Wissenschaft vom Menschen‹) genannt, dessen Augenmerk auf dem Zwischenmenschlichen liegt.[15]

Seit den ersten Übersetzungen in den 1930er Jahren kennt man in Japan Webers beide Vorträge zum Thema »Beruf« unter den Titeln »Shokugyō toshite no gakumon« (übersetzt: ›Wissenschaft als Beruf‹)[16] und »Shokugyō toshite no seiji« (übersetzt: ›Politik als Beruf‹).[17] Beide Vorträge erschie-

nen in der *Iwanami-Bunko*-Reihe, dem japanischen Pendant zur deutschen Reclam-Bibliothek, und zählen zu den Longsellern.[18]

Nicht zuletzt beeinflusst durch die Übersetzungen von Webers Werken, wird der Ausdruck *shokugyō toshite* (übersetzt: ›als Beruf‹) häufig in japanischen Buchtiteln verwendet. Zahlreiche Beispiele belegen dies: »Shokugyō toshite no jānarisuto« (übersetzt*:* ›Journalist:in als Beruf‹),[19] »Shokugyō toshite no henshūsha*«* (übersetzt: ›Redakteur:in als Beruf‹)[20] oder »Shokugyō toshite no kanryō*«* (übersetzt: ›Bürokrat:in als Beruf‹).[21]

Auch der in Deutschland wohlbekannte Schriftsteller Haruki Murakami schrieb ein Werk mit dem Titel »Shokugyō toshite no shōsetsuka« (direkte Übersetzung: ›Schriftsteller:in als Beruf‹).[22] Es handelt sich dabei nicht um einen Roman, sondern um einen Essay über das Schreiben von Romanen. Zwar ist auch der Inhalt interessant, aber das Interesse des Autors des vorliegenden Beitrags gilt natürlich der Formulierung »als Beruf«. Auch wenn nicht sicher ist, ob Murakami Weber gelesen hat, ist anzunehmen, dass er (oder sein Lektor) bei der Wahl des Buchtitels den Titel der japanischen Weber-Übersetzung im Kopf hatte.

Der besagte Essay wurde, ebenso wie die anderen Werke Murakamis, ins Deutsche übersetzt und publiziert. Der Titel der deutschen Ausgabe lautet

allerdings nicht »Schriftsteller als Beruf«, sondern »Von Beruf Schriftsteller«.

Mit dem japanischen Begriff *shokugyō* (›Beruf‹) werden zum Beispiel Berufe wie Mittelschullehrer:innen, IT-Ingenieur:innen, Krankenpfleger:innen, Besitzer:innen eines Ramen-Nudelladens, Immobiliengutachter:innen etc. assoziiert. Diese Berufsbezeichnungen enden im Japanischen oft auf Suffixen wie -in員, -sha者, -shi師, -ya屋oder -shi士.

Im Gegensatz dazu wird im Titel von Webers Vorträgen nicht von »*Wissenschaftler:in* als Beruf« oder »*Politiker:in* als Beruf« gesprochen, sondern von »*Wissenschaft* als Beruf« bzw. »*Politik* als Beruf«. Da der Titel »shokugyō toshite« (›als Beruf‹) in Japan so fest etabliert ist, wird er in der Regel nicht infrage gestellt, doch tatsächlich decken sich der japanische Ausdruck *shokugyō toshite* und die deutsche Formulierung »als Beruf« nicht vollständig.

Die Bedeutung von »Beruf« im Sinne einer »göttlichen Berufung« ist in der geistigen Tradition Japans nicht leicht zu verstehen. Als Übersetzung für Beruf wird mitunter der Begriff 天職 (*tenshoku)* (übersetzt: ›Berufung‹; ›Beruf, für den man besonders geeignet ist‹) verwendet. In der japanischen Übersetzung von »Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus« von Hisao Ōtsuka findet man je nach Kontext die Begriffe 職業

(*shokugyō,* ›Beruf‹) und 天職 (*tenshoku*, ›Berufung‹) als Übersetzungen für »Beruf«.[23] Im Hinblick darauf, dass 天職 (*tenshoku*) eine normative Bedeutung beinhaltet, die über die bloße profitorientierte Tätigkeit hinausgeht, kann der Begriff als angemessene Übersetzung für »Beruf« angesehen werden. Gegen die Verwendung des konfuzianischen Begriffs 天 (*tian,*[24] übersetzt: ›Himmel‹) könnten jedoch Einwände angebracht werden. Das Konzept des Himmels, das eine harmonische Ordnung voraussetzt, stimmt nicht unbedingt mit dem »Beruf« überein, der mit der Beherrschung und Umgestaltung der gegenwärtigen Welt verbunden ist. Zumindest hob Weber den Gegensatz zwischen beiden hervor.[25]

Neben diesen Schwierigkeiten bringt die Verwendung des japanischen Begriffs 職業 (*shokugyō*, übersetzt: ›Beruf‹, ›Profession‹) ein weiteres Problem mit sich. Natürlich wird *shokugyō* nach wie vor in Verwaltungsdokumenten wie beispielsweise Volkszählungsformularen verwendet. Im Kontext der typischen Karriereplanung gewöhnlicher Menschen wird dieses Wort jedoch deutlich seltener verwendet. Durch die zunehmende Mobilität der Gesellschaft ist die Wahrscheinlichkeit gesunken, dass man ein Leben lang in derselben Branche tätig ist oder im selben Geschäftszweig arbeitet. Dies ist mit ein Grund dafür, dass der Ausdruck *shokugyō* schwieriger zu verwenden ist. Der Be-

griff vermittelt unweigerlich einen starren Eindruck. In Büchern und Zeitschriftenartikeln für Studierende während der Arbeitssuche (*shūkatsu*) wird tendenziell anstelle von 職業 (*shokugyō*) eher das Wort 仕事 (*shigoto,* übersetzt: ›Arbeit‹, ›Beruf‹) verwendet, wie z.B. in Ausdrücken wie »erfüllende Arbeit« oder »eine Arbeit, bei der man spürt, wie man sich weiterentwickelt«. Dasselbe gilt auch für Formulierungen von Politiker:innen.[26]

Vor diesem Hintergrund hat der Autor des vorliegenden Beitrags die Titel der beiden Vorträge Webers über den »Beruf« als »Shigoto toshite no gakumon« (›Wissenschaft als Beruf‹) bzw. »Shigoto toshite no seiji« (›Politik als Beruf‹) übersetzt und seine Neuübersetzung unter diesem Titel herausgebracht.[27] Bezüglich der Wortwahl – *shigoto* anstelle von *shokugyō* – gibt es geteilte Meinungen. Da der Begriff *shigoto* häufig auch als Übersetzung für den englischen *job* verwendet wird, ergibt sich die Schwierigkeit, dass mit diesem Begriff ein deutlich weniger gewichtiger Eindruck vermittelt wird als mit *shokugyō*. Gleichzeitig kann 仕事 (*shigoto*) aber auch die Bedeutung einer Verpflichtung haben, »einer Sache (事) zu dienen (仕える)«. In der Übersetzung des Autors[28] lag die Betonung auf diesem zweiten Aspekt.

Es geht hier nicht darum, eine Rangordnung der Übersetzungen zu erstellen. Die obigen Aus-

führungen dienen lediglich als ergänzende Erklärung zur japanischen Übersetzung von Webers Vorträgen zum Thema »Beruf«.

2 Deutsche Politiker:innen

2019 markierte das 100-jährige Jubiläum des Vortrags »Politik als Beruf« und 2020 jährte sich der Todestag Webers zum 100. Mal, weshalb insbesondere deutsche Politiker:innen Webers Namen in diesen Jahren häufig erwähnten.

Zum Beispiel Angela Merkel (Bundeskanzlerin 2005–2021): Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2019 zitierte die damalige Bundeskanzlerin in ihrer Rede Max Weber. Sie thematisierte darin die Tendenz, Nationalismus vor Multilateralismus zu stellen und verwies in diesem Zusammenhang auf Webers Konzept der »Verantwortung«: »der Kompromiss ist ein Ergebnis verantwortlichen Handelns von Politikern«.[29] Ihre Rede richtete sich im Wesentlichen gegen die *America First*-Politik von US-Präsident Donald Trump. Angesichts der unverhohlenen Durchsetzung nationaler Interessen und des unkooperativen Verhaltens der USA drängte Merkel unter Berufung auf die Verantwortung zu Kompromissen.

Zweifellos bietet die Verantwortungsethik im Vergleich zur Gesinnungsethik[30] mehr Möglichkeiten für Kompromisse. »Der Politiker soll und *muß* Kompromisse schließen. Aber ich bin von Beruf: *Gelehrter*«.[31] Weber äußerte sich wiederholt in gleicher Weise und unterschied dabei strikt zwischen Wissenschaft und Politik. In seiner Auffassung vom Politiker ist der Kompromiss ein unerlässliches Element.

Allerdings ließe sich wahrscheinlich darüber streiten, ob Webers Verantwortungsethik mit dem Kompromiss als Schlüsselbegriff verstanden werden soll. Die japanische Politikwissenschaft der Nachkriegszeit begann mit einer Reflexion darüber, wie man in eine Situation geraten konnte, in der der *Status quo* prinzipienlos akzeptiert wurde, ohne dass klar war, wer die Entscheidungsträger waren.[32]

Wer den Schwerpunkt auf diese Perspektive legt, dürfte sehr zurückhaltend dabei sein, im Namen der Verantwortungsethik die Bedeutung von Kompromissen zu betonen. Je mehr man sich bemüht, die Verantwortung für Ergebnisse zu übernehmen, desto wahrscheinlicher werden Fälle, in denen es notwendig wird, Kompromisse abzulehnen. Die Bewertung von Kompromissen hängt stark von der jeweiligen Situation und dem jeweiligen Gegenstand ab. Aus diesem Grund hängen Verantwortung und Kompromiss nicht unbedingt

unmittelbar zusammen. Trotz dieser Argumente kam im oben genannten Vortrag von Bundeskanzlerin Merkel von 2019 deutlich ein Weber-Verständnis zum Ausdruck, das mit ihrer politischen Haltung in Einklang stand.

Auch Wolfgang Schäuble, eine der Führungspersonen der Christlich-Demokratischen Union (CDU), der in seiner Laufbahn u.a. das Amt des Finanzministers (2009–2017) und das Amt des Bundestagspräsidenten (2017–2021) bekleidete, befasste sich mit Max Weber. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 17. Januar 2019 erschien ein Aufsatz Schäubles mit dem Titel »Die Balance halten. Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Augenmaß – was uns Max Weber noch immer zu sagen hat.«[33] Darin erörtert er Weber im Zusammenhang mit der Sozialen Marktwirtschaft.

Weber in der Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft oder des Ordoliberalismus zu interpretieren, wäre in Japan praktisch undenkbar. Fest steht jedoch, dass es weniger die Texte von Weber selbst waren als vielmehr die Ideen derjenigen, die Weber in Deutschland rezipierten, die dieser Genealogie nahestanden. Vor dem Hintergrund dieser geistigen Tradition entwickelt Schäuble seine Interpretation von Weber. Auch über die Beziehung zwischen Weber und dem Ordoliberalismus ließe sich diskutieren.[34] Aber auch in diesem Fall

zeigt sich, dass Schäubles politische Haltung als Politiker seinem Verständnis von Weber zugrunde liegt.

Die Liste der Äußerungen von Politiker:innen zu Weber ließe sich ad hoc noch beliebig fortsetzen, aber es ist an der Zeit, zum eigentlichen Thema dieses Beitrags zu kommen:

Unter den deutschen Politiker:innen war es vor allem Helmut Schmidt, Bundeskanzler von 1974 bis 1982, der über ein besonders tiefgehendes Verständnis Max Webers verfügte. Schmidt galt als höchst intellektueller Politiker, der nicht nur auf Weber, sondern auch auf Immanuel Kant und Karl Popper und viele weitere Bezug nahm. Nach seinem Rücktritt als Bundeskanzler engagierte sich Schmidt auch als Mitherausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*.

Schmidt verwies insbesondere im Zusammenhang mit der Debatte um die nukleare Aufrüstung auf Max Weber. Er charakterisierte das Denken der Friedensaktivisten als Gesinnungsethik und argumentierte, dass die Frage der nuklearen Aufrüstung »nur mit Kategorien der Verantwortungsethik beantwortet werden kann«.[35] Selbstverständlich ging es ihm dabei nicht darum, Atomwaffen zu preisen. Seine Betonung lag vielmehr darauf, dass mit einem gesinnungsethischen Pazifismus allein der Frieden realistisch nicht bewahrt werden könne. In diesem Kontext bezog er sich auf Weber.

Schmidts Verständnis der Verantwortungsethik kann als klassisch bezeichnet werden. Webers Vortrag von 1919 zielte unter anderem darauf ab, die radikalen Pazifisten seiner Zeit zu kritisieren. In »Politik als Beruf« bezieht sich Weber auf Friedrich Wilhelm Foerster, der zu jener Zeit Philosoph und Pädagoge an der Ludwig-Maximilians-Universität München war. Als Weber den Begriff »Gesinnungsethik« verwendete, bezog er sich damit u.a. auf Foerster. Weber äußerte sich wie folgt:

> Der von mir der zweifellosen Lauterkeit seiner Gesinnung nach persönlich hochgeschätzte, als Politiker freilich unbedingt abgelehnte Kollege F. W. FOERSTER glaubt, in seinem Buch um die Schwierigkeit herumzukommen durch die einfache These: aus Gutem kann nur Gutes, aus Bösem nur Böses folgen.[36]

Als radikaler Pazifist wirkte Foerster als Botschafter auch an der Außenpolitik von Kurt Eisner mit, der an der Spitze der Revolutionsregierung in München stand. Im Gegensatz dazu war Weber der Auffassung, dass Widerstand gegen den Krieg nicht automatisch Frieden bringe. Webers Position entspricht der Haltung Helmut Schmidts gegenüber den Gegnern der nuklearen Aufrüstung. Schmidt, ein Mitglied des rechten Flügels der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD), hatte eine starke Affinität zu Webers Verantwortungsethik.

Schmidt diskutierte »realistisch« über Atomwaffen und verwies dabei auf Weber. Wenn man eine Haltung, die sich darum bemüht, sich dem Problem der Gewaltanwendung in der Politik direkt zu stellen, als »Realismus« bezeichnet, dann fallen sowohl Weber als auch Schmidt in diese Kategorie. Allerdings lebten beide in unterschiedlichen Epochen. Weber verstarb 1920 und gehörte daher der Generation aus der Zeit vor dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki an. Ob er in einer Zeit, in der ein Atomkrieg die gesamte Menschheit vernichten könnte, die Verantwortungsethik ebenso vertreten hätte, wie er es in seinem Vortrag 1919 tat, darüber dürften die Meinungen auseinandergehen.

Weber forderte von Politiker:innen, dass sie Verantwortung für die Folgen ihres Handelns übernehmen. Das steht außer Frage. Hinsichtlich der Frage, was unter den »Folgen« zu verstehen ist, besteht allerdings ein sehr weiter Interpretationsspielraum.

Auch nach dem Reaktorunfall im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi fördert die japanische Regierung grundsätzlich weiter die Kernenergie, u.a. mit der Begründung, dass diese Politik »realistisch« sei. Zur Deckung des derzeitigen Energiebedarfs auf Kernkraftwerke zu setzen, mag eine Form der Verantwortungserfüllung sein. Es scheint jedoch

höchst fraglich, ob man mit diesem Kurs der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gerecht wird.

Aus Webers Texten lässt sich auf solche Fragen wohl kaum eine eindeutige Antwort ableiten.

Als Weber im Januar 1919 über die »Politik als Beruf« sprach, betrachtete er Verantwortung im Bewusstsein der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der Entwicklung der deutschen Revolution. Er legte seine Verantwortungsethik im Hinblick auf den Versailler Vertrag und die Weimarer Verfassung dar. Mit einer Verantwortung in diesem Sinne lässt sich nicht über Atomwaffen oder Kernenergie diskutieren.

Wie bereits erwähnt, können Webers Äußerungen zur Verantwortungsethik jedoch im Kontext verschiedener politischer Situationen diskutiert werden. In Iris Marion Youngs *Responsibility for Justice* fordert sie eine zukunftsgerichtete gemeinsame Lösung für strukturelle Ungerechtigkeiten.[37] Solche Argumente gehen weit über Webers eigene Intentionen hinaus. Überdies ist gerade seine Argumentation, die einen Nationalstaat voraussetzt, Gegenstand der Kritik der »Global Justice«-Vertreter. Dennoch lässt sich ein Bezug zwischen Youngs Theorie und Webers Text herstellen. Youngs Verantwortungsansatz lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass wir auf den ersten Blick unschuldig er-

scheinen mögen, aber dass unser Alltag auf den Opfern anderer beruht. Dieser Ansatz lässt sich mit Webers Argumentation der »Wertfreiheit« verbinden, die verlangt, sich »unbequemen Tatsachen« zu stellen[38] und Wertekonflikte zu akzeptieren.

Ambiguität ist sowohl ein Vor- als auch ein Nachteil. Die Mehrdeutigkeit von Webers Verantwortungsbegriff mag Politikern gelegen kommen, da sie ihn auf ihre eigene Situation beziehen und weitgehend frei zitieren können. Für Wissenschaftler:innen allerdings, von denen eine präzise Argumentation gefordert wird, ist diese Mehrdeutigkeit nicht wünschenswert. Vorsichtig ausgedrückt ist es schwer, mit Mehrdeutigkeit umzugehen. Es gibt also durchaus Gründe, warum sich moderne Wissenschaftler:innen von Webers normativer politischer Theorie distanzieren.[39]

Trotz dieser Vielfalt an Interpretationsmöglichkeiten lässt sich sagen, dass Helmut Schmidts Auslegung weitgehend den Intentionen Webers entspricht. Schmidt verstand Webers Gesinnungsethik bezogen auf die Friedensbewegung seiner Zeit und stellte sie der Verantwortungsethik gegenüber.

3 Politiker:innen in Japan

Auch in den Debatten im japanischen Parlament wird Weber häufig zitiert. Das Suchsystem für Parlamentsprotokoll[40] ermöglicht die Suche in allen Sitzungsprotokollen seit der ersten Parlamentssitzung im Jahr 1947. Die Suche nach »Max Weber« ergab 133 Treffer (Stand: 27. Dezember 2025). Da es keinen Sinn ergibt, Personennamen oder Buchtitel zu zitieren, die das Gegenüber nicht kennt, lassen Sie mich zumindest den Rückschluss ziehen, dass die hohe Zahl an Weberzitaten darauf hindeutet, dass unter den japanischen Parlamentsabgeordneten gewisse Kenntnisse über Weber vorhanden sind.

Tadamori Ōshima ist LDP-Politiker und bekleidete von 2015 bis 2021 das Amt des Unterhaus-Präsidenten, womit er der bisher am längsten amtierende Präsident in der Geschichte des Unterhauses war. In einem Interview der *Nikkei*-Zeitung äußerte er sich einmal wie folgt:

> Ich kaufe oft mehrere Exemplare von Büchern, die mir gefallen, und verschenke sie an Menschen in meinem Umfeld. Früher habe ich Max Webers »Politik als Beruf« an junge Menschen verteilt und ihnen gesagt: »Lest das.« Aber ich bin mir nicht sicher, ob ich es selbst verstanden habe. Vielleicht wollte ich nur Eindruck schinden.[41]

Ōshima sagte, er habe »Eindruck schinden« wollen. Das mag die für konservative Politiker

in Japan typische Bescheidenheit sein, aber es kann auch tatsächlich so gewesen sein. Auf jeden Fall zeigt diese Episode, dass Webers Werke in politischen Kreisen Japans verbreitet waren. Ein weiterer Punkt ist in diesem Zusammenhang anzumerken: Viele der japanischen Politiker, die gerne aus Webers Werk zitieren, gehören dem liberalen Flügel der Liberaldemokratischen Partei an. Während sich in Deutschland Helmut Schmidt vom rechten Flügel der SPD auf Weber bezog, war es in Japan vor allem der liberale Flügel der LDP. Auch der eben erwähnte Ōshima stand in der Tradition der Faktion des ehemaligen Premierministers Takeo Miki (1974–1976), eines Vertreters des gemäßigten Lagers der LDP.

Unter den Abgeordneten der LDP ist es wahrscheinlich Makoto Koga, der sich am häufigsten auf Max Weber bezogen hat. Sicherlich ist sein Name nur wenigen der deutschen Leser:innen bekannt. Koga war über 30 Jahre lang Abgeordneter des Unterhauses und bekleidete unter anderem das Amt des Verkehrsministers (1996–1997). Eine besonders aktive Rolle spielte er jedoch weniger auf öffentlicher Bühne als vielmehr in Verhandlungen und Abstimmungen innerhalb der LDP und zwischen den politischen Parteien. Er war Vorsitzender des LDP-Ausschusses für Parlamentsangelegenheiten und Generalsekretär der Partei,[42] daher

ist es nachvollziehbar, dass Koga selten in ausländischen Medien erwähnt wurde. Das bedeutet jedoch nicht, dass seine Rolle in der japanischen Politik unbedeutend war.

Natürlich liegt das Interesse dieses Beitrags nicht auf Kogas politischen Aktivitäten oder seiner Karriere, sondern auf seinem Verständnis Max Webers. An dieser Stelle sei auf ein Interview Kogas in der Sonderreihe einer japanischen Zeitung hingewiesen, die den Titel trug: »Bücher, an die man sich erinnert – Bücher, die man nicht vergisst«. Darin wurden prominente Persönlichkeiten zu Büchern interviewt, die Ihnen wichtig sind. Kogas Wahl fiel auf »Politik als Beruf«.[43]

Koga führt im Interview aus, dass er das Buch anlässlich seiner ersten Wahl ins Parlament von einem älteren LDP-Abgeordneten erhalten habe. Bei dem besagten Abgeordneten handelte es sich um Rokusuke Tanaka von der Kōchikai,[44] einer gemäßigten Faktion innerhalb der LDP. Tanaka war dafür bekannt, dass er häufig über Weber sprach und Weber auch für die Definition des »konservativen Mainstreams« (*hoshu honryū*) herangezogen hatte.[45]

Tanaka soll damals zu Koga gesagt haben: »Lies das, am besten dutzende Male.« Koga selbst äußerte später, dass er das Buch hunderte Male gelesen habe. Der oben erwähnte Ōshima arbeitete

als stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Parlamentsangelegenheiten unter Koga, als dieser zur Zeit der Regierung Keizō Obuchi (1998–2000) dessen Vorsitzender war. Es war eine Zeit, in der die LDP die absolute Mehrheit verloren hatte und schwierige Abstimmungsgespräche erforderlich waren. Aussagen von Ōshima zufolge, trug »Herr Koga Max Webers ›Politik als Beruf‹ stets bei sich«.[46]

Im erwähnten Interview hob Koga die Passage »wer […] mit diabolischen Mächten einen Pakt schließt« aus Webers Vortrag besonders hervor. Es handelt sich um folgende Textstelle: »Wer Politik […] betreiben will, […] läßt sich […] mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewaltsamkeit lauern«.[47] Weber betonte, dass Politik Gewaltsamkeit als Mittel einsetzt und deshalb unweigerlich »ethische Paradoxien« mit sich bringt.

Vertreter des früheren linken Flügels der Sozialistischen Partei Japans behaupteten, die Selbstverteidigungskräfte Japans seien verfassungswidrig. Man könnte sagen, dass sie damit eine Gesinnungsethik vertraten, die ethische Paradoxien, die mit Gewaltsamkeit verbunden sind, ablehnt.[48]

Im Gegensatz dazu akzeptiert Koga ethische Paradoxien. Er richtet das Augenmerk nicht nur auf den Einsatz von Gewalt oder die Ausübung militärischer Macht, sondern auf die Macht im All-

gemeinen und leitet aus der erwähnten Textstelle bei Weber die Schlussfolgerung ab, dass es wichtig sei, bei der Ausübung von Macht Zurückhaltung zu üben:

> Macht! Ja, das ist etwas Beängstigendes. Denn es gibt unzählige Situationen, in denen man eine Sache entscheiden könnte, indem man Zurückhaltung und Geduld über Bord wirft und einfach entscheidet. Aber, wie Weber sagt, darf man sich nicht nur von Leidenschaft leiten lassen, sondern sollte einen kühlen Kopf bewahren – dazu habe ich mich immer wieder ermahnt.[49]

Der Artikel trägt die Überschrift: »Macht ist etwas Beängstigendes – immer wieder Ermahnung zur Selbstbeherrschung.«

Die LDP ist eine der konservativen Parteien Japans, und zahlreiche ihrer Abgeordneten fordern eine Revision von Artikel 9 der Verfassung (Friedensklausel) sowie eine Stärkung der Verteidigungsfähigkeit des Landes. Ein Vertreter dieser Position war der ehemalige Premierminister Shinzō Abe (2006–2007 und 2012–2020). Im Gegensatz dazu gilt Koga als Verfechter der gegenwärtigen Verfassung. Sein Vater fiel während des Krieges auf der philippinischen Insel Leyte, die aufgrund der dort ausgetragenen grausamen Kämpfe auch »Insel des Todes« genannt wurde. Als konservativer Politiker lehnte Koga den Krieg stets ab. Hinsichtlich der Ausübung von Macht war er äußerst zurück-

haltend. Dass dieser Aspekt auch den Schwerpunkt seiner Weber-Interpretation bildet, hängt mit seiner politischen Überzeugung zusammen.

Auf die Frage des Interviewers, wann Koga »das Beängstigende der Macht am stärksten gespürt habe«, antwortete er: »Jetzt«.[50] Unter der Regierung Abe wurde beschlossen, eine begrenzte Ausübung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung zu akzeptieren und den Einsatzbereich der Selbstverteidigungskräfte zu erweitern. Das Interview mit Koga erschien direkt nach dieser Entscheidung.

Kehren wir noch einmal zu Kogas Verständnis von Weber zurück. Als Weber von den »diabolischen Mächten« sprach, waren seine Worte an die gesinnungsethischen Pazifist:innen gerichtet. Foerster setzte er entgegen, dass es »nicht wahr ist: daß aus Gutem nur Gutes, aus Bösem nur Böses kommen könne, sondern oft das Gegenteil.«[51] Es gibt Situationen, in denen Versuche, mit friedlichen Mitteln Frieden zu schaffen, zu nichts führen. Manche Probleme lassen sich nur mit Gewalt lösen. »Wer das nicht sieht, ist in der Tat politisch ein Kind.«[52] Weber erteilte den Pazifist:innen damit eine Absage.

Zumindest in diesem Kontext fordert Weber von Politiker:innen nicht, sich bei der Machtausübung zurückzuhalten. Vielmehr verlangt er, dass

– »mit kühlem Augenmaß« – militärische Gewalt nur ausgeübt wird, soweit es notwendig ist. In dieser Hinsicht folgt Schmidt Webers Argumentation, indem er die Verantwortung für die Ausübung von Macht betont. Nach Kogas Verständnis von Webers politischer Theorie liegt der Schwerpunkt hingegen auf der Selbstbeherrschung der Machthaber bei der Machtausübung.

Fazit

Viele Politiker:innen, die sich auf Max Webers »Politik als Beruf« beziehen, zitieren daraus die Passage mit den »harten Brettern«.[53]

So beispielsweise der oben genannte ehemalige Premierminister Shinzō Abe. Als er in der Plenarsitzung des Unterhauses zu seiner Verantwortung hinsichtlich der umstrittenen Besuche am Yasukuni-Schrein[54] befragt wurde, bezog er sich auf Weber und antwortete: »Ich will weiterhin ein Politiker sein, der – wie Max Weber es am Ende von »Politik als Beruf« darlegt – Leidenschaft und Augenmaß einsetzt und in keiner Situation aufgibt«.[55]

In seinen Ausführungen ging Abe auch auf das Verhältnis zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik ein. Sein Schwerpunkt lag dabei erwartungsgemäß auf dem Aspekt »in keiner Situation

[aufzugeben]«. Im Gegensatz zu dieser Interpretation richteten Helmut Schmidt (rechter Flügel der SPD) und der liberale Flügel der japanischen LDP das Augenmerk auf das Dilemma zwischen Pazifismus und der Anwendung militärischer Gewalt. Für die Schaffung von Frieden ist ein gewisses Maß an Gewalt oder militärischer Macht notwendig. Allerdings kann der Einsatz militärischer Gewalt das Prinzip des Pazifismus gefährden. Die Logik einer Politik, die Gewalt als Mittel einsetzt, und die eines ethischen Pazifismus kollidieren unweigerlich. Es gibt nicht die *eine* optimale Lösung. Politische Akteure müssen dieses Dilemma in irgendeiner Form akzeptieren.

In diesem Punkt finden sich Parallelen zwischen dem rechten Flügel der SPD und dem liberalen Flügel der LDP.

Je nachdem, aus welcher Perspektive man dieses Dilemma betrachtet, ergeben sich jedoch unterschiedliche Standpunkte: Der Standpunkt, dass die Verteidigungsfähigkeit im Namen der Verantwortung gestärkt werden muss, oder die Position, dass Macht »mit Selbstbeherrschung« ausgeübt werden muss. Helmut Schmidt ist der ersten Gruppe zuzurechnen, Makoto Koga und andere Liberale der LDP in Japan der letzteren.

Das liberale Lager der LDP propagierte vor dem Hintergrund der Struktur des Kalten Krie-

ges weder eine unbewaffnete Neutralität – wie es beispielsweise der linke Flügel der japanischen Sozialistischen Partei Japans tat – noch forderte es nachdrücklich eine Verfassungsänderung und Aufrüstung – wie es die *Hardliner* der LDP taten. Vielmehr bemühten sie sich um ein Gleichgewicht zwischen beiden Positionen. In einem Fernsehinterview verwendete Makoto Koga nochmals die Formulierung »diabolische Mächte« und führte Folgendes aus:

> Wenn man sich mit diabolischen Mächten einlässt, um etwas zu erreichen, dann fällt das auch unter Verantwortungsethik – sagt Max Weber. Wenn man aber den diabolischen Mächten blind folgt, dann liefe dies dem ursprünglichen Zweck zuwider und wäre nicht hinzunehmen.[56]

Es gilt, stets das Spannungsverhältnis zwischen Zweck und Mittel zu bedenken und zu vermeiden, dem eigentlichen Zweck zuwiderzuhandeln, indem man annimmt, dass der Zweck jedes Mittel heiligt. Gerade wenn man über Macht verfügt, sollte man besonnen damit umgehen. Die Haltung der liberalen Faktion der LDP spiegelt sich in ihrem Verständnis von Weber wider, und die Lektüre von Webers Texten bestärkt sie in ihrer Haltung, Macht besonnen auszuüben.

Seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Februar 2022 wird sowohl in Deutschland

als auch in Japan häufig von einer »Zeitenwende« gesprochen. Das öffentliche Interesse an Sicherheitsfragen ist gestiegen; die Verteidigungshaushalte werden aufgestockt. Besonders in Japan hat sich diese Tendenz mit dem Amtsantritt der als *Hardlinerin* bekannten Sanae Takaichi als Premierministerin (seit 2025) verstärkt. Über diese Situation ließe sich viel diskutieren. Eines ist jedoch sicher: Angesichts dieser Entwicklungen geraten die Werte des liberalen Lagers der LDP allmählich in Vergessenheit. Wenn der »Ernstfall« zum Alltagsthema wird, stumpft die Sensibilität gegenüber der Macht unweigerlich ab. Natürlich kann man institutionelle Reformen nicht ausschließlich unter Gesichtspunkten wie Dilemma, Spannung und Selbstbeherrschung erörtern. Insofern gibt es gewisse Grenzen. Dennoch gibt es Situationen, in denen eine Betrachtung aus der Perspektive des Umgangs mit Macht erforderlich ist.[57] Wäre es nicht gerade in der heutigen Situation sinnvoll, die Lesart von Max Weber durch die liberale Faktion der LPD nochmals in den Fokus zu rücken? Aus diesem Interesse heraus entstand der vorliegende Beitrag.

Anmerkungen

1 Der vorliegende Beitrag ist eine umfassend erweiterte Fassung eines Vortrags, der am 19. Januar 2023 im Internationalen Begegnungszentrum (IBZ) in München anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung der Deutsch-Japanischen Gesellschaft (DJG) in Bayern e.V. und des Japan-Zentrums der LMU München gehalten wurde. Der Titel des Vortrags lautete »Max Webers ›Politik als Beruf‹ (1919) im Spiegel deutscher und japanischer Politiker:innen«. Im Zuge der Überarbeitung und Übertragung des Textes ins Japanische wurde der Titel in den oben angeführten Titel geändert. Mein herzlicher Dank gilt Frau Prof. Dr. Evelyn Schulz, der Organisatorin des Vortrags in München, sowie Frau Prof. Dr. Gabriele Vogt, die mir die Gelegenheit gegeben hat, diesen Beitrag zur *Kleinen Reihe* zu leisten.

2 Es waren Studierende des Freistudentischen Bundes, Landesverband Bayern, die Weber baten, einen Vortrag mit dem Titel »Politik als Beruf« zu halten. Zeitgenössischen Aussagen zufolge stimmte Weber nicht sofort zu. Als man jedoch drohte, andernfalls Kurt Eisner anzusprechen, willigte Weber schließlich widerstrebend ein (Birnbaum, *Erinnerungen*, S. 80–81; Andō, *Kaisō*, S. 133–141). Auch wenn Eisners Name kein einziges Mal im Vortragstext erwähnt wird, hatte Weber bei seinen Ausführungen Eisner zweifelsohne im Sinn.

3 Zu Webers späten Jahren in München vergleiche Graf/Hanke, *Bürgerwelt*.

4 So gab beispielsweise Olaf Scholz (Bundeskanzler 2021–2025) im Jahr bevor er die Nachfolge von Bundeskanzlerin Angela Merkel (Bundeskanzlerin 2005–2021) antrat, dem Magazin *Der Spiegel* ein Interview mit dem Titel »Olaf Scholz liest Max Weber« (Kurbjuweit, Olaf Scholz). In Japan führte der Politikwissen-

schaftler Kang Sang-jung im Rahmen eines Projekts einer Zeitung mit mehreren Politikern Gespräche über Webers Vortrag. Sein erster Gesprächspartner war Shigeru Ishiba (Premierminister 2024–2025) von der Liberaldemokratischen Partei (LDP), vgl. Ishiba/Kang, *seiji*.

5 Für Leser:innen des deutschsprachigen Raumes bedarf der Ausdruck »liberaler Flügel der LDP« wahrscheinlich einer etwas ausführlicheren Erläuterung. Die Parteipolitik der Nachkriegszeit in Japan war und ist von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) geprägt, die von 1955 bis in die 1990er Jahre hinein im Wesentlichen allein regierte. Aus diesem Grunde fanden sich in der LDP Politiker:innen mit unterschiedlichen und teils sich widersprechenden Leitideen und Interessen. Mit Otto Kirchheimers Worten ausgedrückt, war die Partei eine typische *Catch-all*-Partei (zu Kirchheimer vgl. Noguchi, *Hōkatsu seitō*). In der japanischen Politik galt lange Zeit das Schema »konservativ versus progressiv«. Nach dem Zusammenbruch der Strukturen des Kalten Krieges etablierte sich jedoch ab den 1990er Jahren die Dichotomie »konservativ versus liberal«. Dabei bezeichnet »liberal« eine ideologische Position, die der amerikanischen Demokratischen Partei nahesteht und ein breit gefächertes, locker geschnürtes Paket politischer Maßnahmen umfasst, einschließlich Umverteilung, Gleichstellung der Geschlechter und Wahrung der Verfassung (Pazifismus). Im Kontext der LDP-Faktionen werden als liberaler Flügel der LDP in der Regel die politischen Gruppierungen bezeichnet, die die politische Linie Shigeru Yoshidas (Premierminister 1946–1947 und 1948–1954) fortführen, der sich für leichte Bewaffnung und die Priorisierung der Wirtschaft einsetzte. Dazu gehören insbesondere die Gruppierungen, die sich von der *Kōchikai* (wirtschaftsfreundlich und zugleich wohlfahrtsstaatlich orientiert) ableiten. Im Gegen-

satz dazu findet man bei der Freien Demokratischen Partei (FDP) in Deutschland, die sich als »liberal« bezeichnet, stark neoliberale Tendenzen mit Schwerpunkt auf der Marktwirtschaft. Es ist also Vorsicht bei der Verwendung des Begriffs »liberal« geboten, da sich dessen Bedeutung in Japan und Deutschland erheblich unterscheidet.

6 Schwentker, *Max Weber in Japan*; japanische Übersetzung durch Noguchi et.al. (2013).

7 Ay, *Faszinosum Max Weber*; Max Weber Stiftung, *Max Weber in der Welt*; Schwinn/Bachmann, *Max Weber revisited*.

8 Auch der 2020 anlässlich des 100.Todestages von Max Weber erschienene Band aus der *Chūkō-Shinsho*-Reihe (Noguchi, Max Weber. Ein Denker im Ringen mit der Moderne) behandelt die Weber-Rezeption in Japan.

9 Zur Interpretation des Autors von Webers politischer Theorie siehe Noguchi, *Kampf und Kultur* (2005 in deutscher Sprache und 2006, in japanischer Sprache).

10 Ōkōchi, *Shakaikagaku*, S. 54.

11 Schwentker, Max Weber in Japan, S.141, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi et. al., S. 114.

12 Zu Hisao Ōtsuka, vgl. einstweilen Noguchi, Max Weber und das Narrativ.

13 Ōtsuka, *Shakaikagaku no hōhō* und *Shakaikagaku ni okeru ningen*.

14 Weber, *Politik als Beruf*, Übersetzung ins Japanische durch Shimizu (2017) (Erstausgabe 1939).

15 Watsuji, Ningen (Erstauflage 1934), Übersetzung ins Deutsche durch Krämer (2005).

16 職業としての学問.

17 職業としての政治.

18 Weber, *Wissenschaft als Beruf*, Übersetzung ins Japanische durch Odaka (Erstausgabe 1936); Übersetzung durch Waki (Erstausgabe 1980).

19 Honda, *Shokugyō toshite no jānarisuto* .

20 Yoshino, *Shokugyō toshite no henshūsha*.

21 Shimada, *Shokugyō toshite no kanryō*.
22 Murakami, *Shokugyō toshite no shōsetsuka*, 2018 ins Deutsche übersetzt durch Graefe.
23 Weber, *Protestantische Ethik*, 1989 ins Japanische übersetzt durch Ōtsuka.
24 *Tian* ist die chinesische Lesung des Schriftzeichens天 (japanische Lesung: *ten*). (Anm. d. Ü.)
25 Weber, Wirtschaftsethik, S.450–478, 1971 ins Japanische übersetzt durch Kimata, S. 377–413.
26 So zitierten beispielsweise Hayashi und Tsumura in ihrem Werk »国会議員の仕事« (»Kokkaigiin no shigoto«) explizit Webers »Politik als Beruf« und nahmen Webers Titel »Shokugyō toshite no seiji (Politik als Beruf)« als Untertitel auf. Im Haupttitel verwenden sie jedoch das Wort *shigoto*: »国会議員の仕事« (»Kokkaigiin no shigoto«, übersetzt: Der Beruf der Parlamentsabgeordneten).
27 Weber, *Politik als Beruf*, 2018 ins Japanische übersetzt durch Noguchi.
28 Noguchi, *Shigoto toshite*.
29 Merkel, Rede.
30 Als Übersetzung für Gesinnungsethik wurde seit der ersten Übersetzung von »Politik als Beruf« ins Japanische durch Ikutarō Shimizu (Weber, *Politik als Beruf*, Übersetzung ins Japanische durch Shimizu (Erstauflage 1939)) grundsätzlich der Begriff 心情倫理 *shinjō rinri* verwendet. Allerdings wird durch die Übersetzung mit 心情 *shinjō* (übersetzt: Gemüt, Gesinnung) die Nuance eines momentanen Gefühls oder einer Stimmung stark betont, sodass die Bedeutung der »dauerhaften Werteorientierung einer Persönlichkeit« verloren gehen könnte. Auch das im Englischen häufig für Gesinnung verwendete Wort *conviction* lässt sich mit 心情 *shinjō* kaum adäquat wiedergeben. Aus diesem Grund verwendet der Autor des vorliegenden Beitrags als Übersetzung für Gesinnungsethik 信条倫理 *shinjō rinri* (Anm. d. Ü.: es handelt sich um ein

Homophon; beide Übersetzungen werden *shinjo rinri* ausgesprochen, aber mit anderen Schriftzeichen wiedergegeben). (Weber, *Politik als Beruf*, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi). Bei der Überarbeitung der von Keihei Waki übersetzten *Iwanami-Bunko*-Ausgabe vor einigen Jahren wurde die Übersetzung von Gesinnungsethik ebenfalls von 心情倫理 in 信条倫理 geändert (Weber, *Politik als Beruf*, Übersetzung durch Waki).

31 Weber, *Briefe*, S. 986.

32 Maruyama, *Chōkokkashugi*, S. 30–31.

33 Schäuble, Balance halten.

34 Zu Weber und dem Ordoliberalismus, vgl. Kapitel 5 »Shinjiyūshugishatachi no Wēbā« (Die Neoliberalen und Weber), Noguchi, *Chūritsu*.

35 Schmidt, *Verteidigung oder Vergeltung*, S. 200.

36 Weber, *Politik als Beruf*, S. 240–241, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 200–201. Eine Zusammenfassung der Foerster-Kritik findet sich in Foerster, *Manifest*.

37 Young, *Responsibility for Justice*, Übersetzung ins Japanische durch Okano/Ikeda.

38 Weber, *Politik als Beruf*, S. 98, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 64.

39 Mitunter werden Gesinnungs- und Verantwortungsethik als Entsprechungen zu Deontologie und zu Konsequentialismus dargestellt. Die Einführung von Konzepten aus der modernen Ethik ermöglicht eine genauere Untersuchung von Webers Argumentation. Es scheint jedoch auch eine nicht unerhebliche Inkongruenz zu bestehen. Gewiss spricht Weber von der Verantwortung für vorhersehbare Folgen (des Handelns), daher kann die Verantwortungsethik durchaus als eine Form des Konsequentialismus betrachtet werden. Während der Konsequentialismus jedoch oft mit dem Utilitarismus in Verbindung gebracht wird, lehnt Weber den Utilitarismus ab und legt den

Schwerpunkt auf den Wertkonflikt. Ferner bestätigt Weber zwar den Gegensatz zwischen Gesinnungsethik und Verantwortungsethik, stellt jedoch auch fest, dass sie in einer »komplementären Beziehung« zueinander stehen (Weber, *Politik als Beruf*, S. 250, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 214). Diese Aspekte lassen sich anhand der Gegenüberstellung von Deontologie und Konsequentialismus nicht zufriedenstellend erörtern. Dennoch gibt es zahlreiche Aspekte, die sich auch mit Webers Begrifflichkeiten nicht präzise erläutern lassen. Zu Weberschen Themen, die sich mit seinen Konzepten nicht zur Genüge erklären lassen, siehe Matsumoto, *Seiji tetsugaku*.

40 Vgl. https://kokkai.ndl.go.jp/#/?back

41 Ōshima, *Shūin*.

42 Der Generalsekretär (*kanjichō*) der Liberaldemokratischen Partei entspricht dem Generalsekretär bei deutschen Parteien. Während jedoch der Generalsekretär – z.B. der SPD – eine wichtige Rolle als Sprecher seiner Partei erfüllt, zeigt sich die Macht des *kanjichō* der LDP eher bei der Nominierung der offiziellen Parteikandidaten für Wahlen sowie bei der Verteilung der politischen Gelder.

43 Koga, *Omoidasu hon*.

44 Siehe Endnote 5.

45 Tanaka, *Hoshu honryū*, S. 123.

46 Ōshima, *Jijikō renritsu*.

47 Weber, *Politik als Beruf*, S. 247, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 209.

48 Der Politologe Jirō Yamaguchi, der sich sehr in der (japanischen) Realpolitik engagierte, äußert in seinen Memoiren wiederholt Kritik an der »Gesinnungsethik« der Sozialistischen Partei Japans, Yamaguchi, *Minshushugi*, S. 58, 108, 133.

49 Koga, *Omoidasu hon*.

50 Ebd.

51 Weber, *Politik als Beruf*, S. 240–241, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 201.
52 Weber, *Politik als Beruf*, S. 242, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 202.
53 Weber, *Politik als Beruf*, S. 251, Übersetzung ins Japanische durch Noguchi, S. 217.
54 Der Yasukuni-Schrein ist ein Shintō-Schrein in Tokio, in dem gefallenen Militärangehörigen gedacht wird. Darunter befinden sich auch 14 in den Tokioter Prozessen verurteilte Kriegsverbrecher, weshalb Besuche japanischer Spitzenpolitiker am Yasukuni-Schrein äußerst umstritten sind und regelmäßig heftige Kritik bei den Nachbarländern auslösen. (Anm. d. Ü.)
55 Abe, *Dai-186-kai kokkai*.
56 TBS NEWS DIG, *Surechigau*. Der Ausdruck »Teufel (diabolische Mächte)« ist bekannt durch die Äußerung von Hiromu Nonaka, dem Kabinettsekretär des Kabinetts Keizō Obuchi: »wenn nötig, sich dem Teufel zu Füßen werfen«, Nonaka, *Kikigaki*, S. 338. Diese Äußerung fiel im Verlauf der Sondierungsgespräche zur Bildung einer Koalitionsregierung zwischen der Liberaldemokratischen Partei und der Liberalen Partei im Januar 1999. Ob Nonaka Webers »Politik als Beruf« gelesen hatte, ist unklar. Vermutlich war ihm nicht bewusst, dass er Weber zitierte. Dennoch deutet seine Äußerung darauf hin, dass diese Begriffe zu jener Zeit unter Politikern der LDP in gewissem Maße verbreitet waren.
57 Noguchi, Cluster-Based Approach.

Literaturverzeichnis*

Abe, Shinzō 安倍晋三: *Dai-186-kai Kokkai Shūgiin honkaigi tōben* 「第186回国会衆議院本会議答弁」[Antwort in der Plenarsitzung des Unterhauses, 186. Parlamentssession]. In: *Kokkai kaigiroku kensaku shisutemu* 国会会議録検索システム (29.01.2014), https://kokkai.ndl.go.jp/#/detail?minId=118605254X00320140129&current=3 [letzter Zugriff: 27.12.2025].

Andō, Eiji 安藤英治: *Kaisō no Makkusu Wēbā: Dōjidaijin no shōgen*『回想のマックス・ウェーバー――同時代人の証言』[Erinnerungen an Max Weber. Zeugnisse von Zeitgenossen]. Kamejima, Yōichi 亀嶋庸一 (Hrsg.)/Konno, Hajime 今野元 (Übers.). Iwanami Shoten 岩波書店2005.

Ay, Karl-Ludwig/Borchardt, Knut (Hrsg.): *Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung*. Konstanz 2006.

Birnbaum, Immanuel: *Achtzig Jahre dabei gewesen. Erinnerungen eines Journalisten*. München 1974.

Foerster, Friedrich Wilhelm: *Manifest für den Frieden. Eine Auswahl aus seinen Schriften 1893–1933*. Hipler, Bruno (Hrsg.). Paderborn 1988.

Graf, Friedrich Wilhelm/Hanke, Edith: *Bürgerwelt und Sinnenwelt: Max Webers München*. München 2020.

Hayashi, Yoshimasa 林芳正/Tsumura, Keisuke 津村啓介: *Kokkai giin no shigoto: Shokugyō toshite no seiji*『国会議員の仕事――職業としての政治』[Die Arbeit der Parlamentsabgeordneten. Politik als Beruf]. Chūkō Shinsho 中公新書 2011.

* Das Literaturverzeichnis wurde vom Redaktionsteam in der deutschen Fassung editiert. Die Originalfassung der Quellen ist in der japanischen Version zu finden.

Honda, Katsuichi 本多勝一: *Shokugyō toshite no jānarisuto* 『職業としてのジャーナリスト』 [Journalismus als Beruf]. Asahi Bunko 朝日文庫 1984.

Ishiba, Shigeru 石破茂/Kang, Sang-jung 姜尚中: *Seiji no kiryō: Wēbā saikō* (1)「政治の器量 ウェーバー再考①」 [Das Format der Politik. Weber neu betrachtet, Teil 1]. In: Kumamoto Nichinichi Shinbun 熊本日日新聞 (02.03.2020, Morgenausgabe).

Koga, Makoto 古賀誠: *(Omoidasu hon, wasurenai hon) Shokugyō toshite no seiji*「(思い出す本 忘れない本)『職業としての政治』」 [(Bücher, an die man sich erinnert, Bücher, die man nicht vergisst): »Politik als Beruf«]. In: Asahi Shinbun 朝日新聞 (01.11.2015, Morgenausgabe).

Kurbjuweit, Dirk: Olaf Scholz liest Max Weber. In: *Der Spiegel*, 24/2020, S. 34–38.

Maruyama, Masao 丸山眞男: *Chōkokkashugi no ronri to shinri, hoka happen* 『超国家主義の論理と心理 他八篇』 [Logik und Psychologie des Ultranationalismus und acht weitere Aufsätze]. Furuya, Jun 古矢旬 (Hrsg.). Iwanami Bunko 岩波文庫 2015.

Matsumoto, Masakazu 松元雅和: *Seiji tetsugaku kōgi: Warusa kagen o dō erabu ka* 『政治哲学講義——悪さ加減をどう選ぶか』 [Vorlesungen zur politischen Philosophie. Wie wählt man das Maß des Schlechten?]. Chūkō Shinsho 中公新書 2025.

Max Weber Stiftung (Hrsg.): *Max Weber in der Welt. Rezeption und Wirkung*, Tübingen 2014.

Merkel, Angela: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der 49. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums am 23. Januar 2019 in Davos. In: *Bulletin der Bundesregierung* 10/2 (23.01.2019), https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1573296/d00e8332165de4c6831ae9b68c040bf5/10-2-bkin-weltwirtschaftsforum-data.pdf?download=1 [letzter Zugriff: 27.12.2025].

Murakami, Haruki 村上春樹: *Shokugyō toshite no shōsetsuka* 『職業としての小説家』 [Schriftsteller als Beruf]. Shinchōsha 新潮社 2015. [Dt. Übers.: Von Beruf Schriftsteller. Graefe, Ursula (Übers.). München 2018.]
Noguchi, Masahiro: *Kampf und Kultur: Max Webers Theorie der Politik aus der Sicht seiner Kultursoziologie*, Berlin 2005. [Jap. Übers.: *Tōsō to bunka: Makkusu Wēbā no bunka shakaigaku to seiji riron* 『闘争と文化――マックス・ウェーバーの文化社会学と政治理論』. Misuzu Shobō みすず書房 2006.]
Noguchi, Masahiro 野口雅弘: *»Hōkatsu seitō« izen no Ottō Kiruhihaimā: Seiji kagakusha no seitō kenkyū to seiji shisō kenkyūsha no seitō kenkyū* 「『包括政党』以前のオットー・キルヒハイマー――政治科学者の政党研究と政治思想研究者の政党研究」 [Otto Kirchheimer vor der »Allerweltspartei«. Die Parteienforschung des Politikwissenschaftlers und die Parteienforschung des politischen Ideenhistorikers]. In: *Shisō* 思想 7 (2019), S. 63–81.
Noguchi, Masahiro 野口雅弘: *Makkusu Wēbā: Kindai to kakutō shita shisōka* 『マックス・ウェーバー――近代と格闘した思想家』 [Max Weber. Ein Denker im Ringen mit der Moderne]. Chūkō Shinsho 中公新書 2020.
Noguchi, Masahiro: Cluster-Based Approach and Self-Restraint: Japan's Response to Covid-19. In: Gephart, Werner (Hrsg.): *In the Realm of Corona-normativities: A Momentary Snapshot of a Dynamic Discourse*. Frankfurt am Main 2020, S. 297–300.
Noguchi, Masahiro: Max Weber und das Narrativ der fehlenden geistigen Grundlage des »modernen« Japans. Eine Ideengeschichte des Ethos-Begriffs. In: Bachmann, Ulrich/Schwinn, Thomas (Hrsg.): *Max Weber revisited: Zur Aktualität eines Klassikers*. Weinheim 2022, S. 277–294.
Noguchi, Masahiro 野口雅弘: *Chūritsu to wa nani ka: Makkusu Wēbā »kachi jiyū« kara kangaeru gendai Nihon* 『中立とは何か――マックス・ウェーバー「価値自由」から考

える現代日本』[Was ist Neutralität? Das gegenwärtige Japan, betrachtet von Max Webers »Wertfreiheit« aus]. Asahi Sensho 朝日選書 2024.
Nonaka, Hiromu 野中広務: *Kikigaki Nonaka Hiromu kaikoroku*『聞き書 野中広務回顧録』[Die Memoiren des Nonaka Hiromu. Nach mündlicher Erzählung aufgezeichnet]. Mikuriya, Takashi 御厨貴/Makihara, Izuru 牧原出 (Hrsg.). Iwanami Gendai Bunko 岩波現代文庫 2018.
Ōkōchi, Kazuo 大河内一男: *Shakai kagaku nyūmon*『社会科学入門』[Einführung in die Sozialwissenschaften]. Seirin Shoin Shinsha 青林書院新社 1968.
Ōshima, Tadamori 大島理森: *Shūin gichō Ōshima Tadamori shi: Kingendaishi o manabi hikitsugu (Rīdā no hondana)*「衆院議長大島理森氏――近現代史を学び引き継ぐ(リーダーの本棚)」[Unterhauspräsident Ōshima Tadamori: Die Geschichte der Moderne lernen und weitergeben (Das Bücherregal der Führungspersönlichkeit)]. In: Nihon Keizai Shinbun 日本経済新聞 (02.08.2015, Morgenausgabe).
Ōshima, Tadamori 大島理森: *Jijikō renritsu: Seiken no antei un'ei kadai ni – Koga kokutai iinchō o sasaeru (Watashi no rirekisho)*「自自公連立　政権の安定運営課題に　古賀国対委員長を支える(私の履歴書)」[Die Koalition aus LDP, Liberaler Partei und Kōmeitō: Stabile Regierungsführung als Aufgabe – Unterstützung für den Vorsitzenden des Ausschusses für Parlamentsangelegenheiten Koga (Mein Lebenslauf)]. In: Nihon Keizai Shinbun 日本経済新聞 (18.09.2023, Morgenausgabe).
Ōtsuka, Hisao 大塚久雄: *Shakaikagaku no hōhō: Marukusu to Vēbā*『社会科学の方法――マルクスとヴェーバー』[Die Methode der Sozialwissenschaften. Marx und Weber]. Iwanami Shinsho 岩波新書 1966.
Ōtsuka, Hisao 大塚久雄: *Shakaikagaku ni okeru ningen*『社会科学における人間』[Der Mensch in den Sozialwissenschaften]. Iwanami Shinsho 岩波新書 1977.
Schäuble, Wolfgang: Die Balance halten. Leidenschaft, Ver-

antwortungsgefühl, Augenmaß – was uns Max Weber noch immer zu sagen hat. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (17.01.2019), https://wolfgang-schäuble.de/die-balance-halten-leidenschaft-verantwortungsgefuehl-augenmass-was-uns-max-weber-noch-immer-zu-sagen-hat/ [letzter Zugriff: 27.12.2025].

Shimada, Hiroko 嶋田博子: *Shokugyō toshite no kanryō*『職業としての官僚』[Beamtentum als Beruf]. Iwanami Shinsho 岩波新書 2022.

Schmidt, Helmut: *Verteidigung oder Vergeltung: Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO*. Stuttgart 1961.

Schwentker, Wolfgang: *Max Weber in Japan: Eine Untersuchung zur Wirkungsgeschichte 1905–1995*. Tübingen 1998. [Jap. Übers.: Noguchi, Masahiro 野口雅弘/Suzuki, Tadashi 鈴木直/Hosoi, Tamotsu 細井保/Kimura, Hiroyuki 木村裕之 (Übers.): *Makkusu Wēbā no Nihon: Juyōshi no kenkyū 1905–1995*『マックス・ウェーバーの日本――受容史の研究1905–1995』. Misuzu Shobō みすず書房 2013.]

Schwinn, Thomas/Bachmann, Ulrich (Hrsg.): *Max Weber revisited: Zur Aktualität eines Klassikers*. Weinheim ²2023.

Tanaka, Rokusuke 田中六助: *Hoshu honryū no chokugen*『保守本流の直言』[Offene Worte aus dem konservativen Hauptstrom]. Chūō Kōronsha 中央公論社 1985.

TBS NEWS DIG: *Surechigau »shishō to deshi«: Koga Makoto moto Jimintō kanjichō »Kōchikai wa shinshi na setsumei ga ichiban kihon« – Kishida sōri no seiji shuhō ni kugi* 「すれ違う«師匠と弟子« 古賀誠元自民党幹事長「宏池会は真摯な説明が一番基本」岸田総理の政治手法にクギ」[Aneinander vorbei: »Meister und Schüler«. Der ehemalige LDP-Generalsekretär Koga Makoto: »Für die Kōchikai ist eine aufrichtige Erklärung das Grundlegendste« – Kritik am politischen Stil von Premierminister Kishida]. In: TBS NEWS DIG (09.03.2023), https://newsdig.tbs.co.jp/articles/

withbloomberg/369997?display=1 [letzter Zugriff: 27.12.2025].

Weber, Max: *Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 19. Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus. Schriften 1915–1920*. Tübingen 1989. [Jap. Übers.: Kimata, Tokuo 木全徳雄 (Übers.): *Jukyō to Dōkyō*『儒教と道教』. Sōbunsha 創文社 1971.]

Weber, Max: *Max Weber Gesamtausgabe*. Abt. I, Bd. 17: *Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919*. Tübingen 1992. [Jap. Übers.: Odaka, Kunio 尾高邦雄 (Übers.): *Shokugyō toshite no gakumon*『職業としての学問』. Iwanami Bunko 岩波文庫 überarb. Aufl. 1980 [Erstauflage 1936]; Shimizu, Ikutarō 清水幾太郎 (Übers.): *Shokugyō toshite no seiji*「職業としての政治」. In: *Seiji no honshitsu*『政治の本質』. Chūkō Bunko 中公文庫 2017 [zuerst Mikasa Shobō 三笠書房 1939]; Waki, Keihei 脇圭平 (Übers.): *Shokugyō toshite no seiji*『職業としての政治』. Iwanami Bunko 岩波文庫 überarb. Aufl. 2020 [Erstauflage 1980]; Noguchi, Masahiro 野口雅弘 (Übers.): *Shigoto toshite no gakumon / Shigoto toshite no seiji*『仕事としての学問 仕事としての政治』. Kōdansha Gakujutsu Bunko 講談社学術文庫2018.]

Watsuji, Tetsurō 和辻哲郎: *Ningen no gaku toshite no rinrigaku*『人間の学としての倫理学』 [Ethik als Wissenschaft vom Menschen]. Iwanami Bunko 岩波文庫 2007 [Erstausgabe 1934]. [Dt. Übers.: Ethik als Wissenschaft vom Menschen. Krämer, Hans Martin (Übers.). Darmstadt 2005.]

Weber, Max: *Max Weber Gesamtausgabe.* Abt. II, Bd. 10: *2. Briefe 1918–1920*. Tübingen 2012.

Weber, Max: *Max Weber Gesamtausgabe.* Abt. I, Bd. 18: *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920*. Tübingen 2016. [Jap. Übers.: Ōtsuka, Hisao 大塚久雄 (Übers.): *Purotesutantizumu no rinri to shihonshugi no seishin*『プロテスタンティズ

ムの倫理と資本主義の精神』. Iwanami Bunko 岩波文庫 1989.]
Yamaguchi, Jirō 山口二郎: *Minshushugi e no odessei: Watashi no dōjidai seijishi*『民主主義へのオデッセイ――私の同時代政治史』[Odyssee zur Demokratie. Meine politische Zeitgeschichte]. Iwanami Shoten 岩波書店 2023.
Yoshino, Genzaburō 吉野源三郎: *Shokugyō toshite no henshūsha*『職業としての編集者』[Redakteur als Beruf]. Iwanami Shinsho 岩波新書 1989.
Young, Iris Marion: *Responsibility for Justice*. Oxford/New York 2011. [Jap. Übers.: Okano, Yayo 岡野八代/Ikeda, Naoko 池田直子 (Übers.): *Seigi e no sekinin*『正義への責任』. Iwanami Gendai Bunko 岩波現代文庫 2022.]

Paul Johann Kramer (LMU München)

Wachsame Demokratie in der Dauerkrise

Beobachtungen zur Corona-Pandemie in Deutschland und Japan waren der Ausgangspunkt unserer Überlegungen zur politischen Verantwortung in der Dauerkrise und damit auch für den vorliegenden Band, der neben einer kurzen Einleitung und diesen Schlussgedanken insbesondere drei substanzielle Kapitel versammelt. In der Podiumsdiskussion beleuchten Korte und Nakano, wie sich Deutschland und Japan bereits zu Beginn der Pandemie auf unterschiedliche Pfade des Krisenmanagements begeben haben. In Deutschland wurde die Pandemie durch einen Modus des »kuratierten Regierens« eingehegt: Dieser nahm den Bürger:innen durch drastische Maßnahmen zwar Freiheiten, versuchte die Notwendigkeit dafür jedoch möglichst klar zu begründen und konnte so zunächst Rückhalt gewinnen. Politiker:innen wurden »über Nacht […] zu Lebensrettern« (S. 26), und superetatistische Bürger:innen haben die verordneten Maßnahmen in weiten Teilen freiwillig und solidarisch mitgetragen. Dennoch besteht eine gewisse Resonanzstörung zwischen Bürger:innen und

Politiker:innen, die, so Korte, durch die Pandemie intensiviert worden ist.

Wie Nakano argumentiert, verzichtete die japanische Regierung auf derartige Einschränkungen. Dies sei vermutlich das Resultat des Verlusts staatlicher Kompetenzen und spiegele den Charakter einer Regierung, die, getrieben von starken Wirtschaftsinteressen, in der Manier neoliberaler Governmentalität die Verantwortung für die Pandemie auf Individuen abwälzte. Es sei anscheinend das Ziel gewesen, als erstes Gut den Staat zu beschützen (S. 31), weshalb die Regierung wiederholt zur »Selbst-Zurücknahme« (*jishuku*) aufrief – letztlich auch, um eine Überlastung eines schlecht vorbereiteten Gesundheitssystems zu verhindern. Japan sei nicht dank der Regierungsstrategie, sondern dank seiner Bürger:innen und ihrer eigenverantwortlichen Bereitschaft zur Selbst-Zurücknahme glimpflich durch die Pandemie gekommen.

Takahashi zeigt auf, wie wichtig die fachliche Beratung durch Expertengremien für eine Demokratie sein kann, zugleich aber rechtlich problematisch und potenziell sogar gefährlich sein kann. Dadurch, dass Transparenz- und Rechenschaftspflichten beim Einsatz von Expertengremien nicht hinreichend sind, können Politiker:innen durch die so entstehende Blackbox aus »Autorität« und »externem Druck« die Begründungen politischer

Entscheidungen externalisieren, Verantwortung systematisch verschleiern und damit vermeiden. Es fehlt mithin der institutionelle und verfassungsrechtliche Rahmen, um mit dem Wissen von Expert:innen angemessen umgehen zu können. Ohne Transparenzpflichten wird es Politiker:innen ermöglicht, ihre eigenen normativen Entscheidungen hinter diesen Gremien zu verstecken.

Noguchi diskutiert die Rezeption von Max Webers »Politik als Beruf« in Deutschland und Japan und zeigt auf, wie Politiker:innen aus sehr unterschiedlichen Interpretationen der Kategorien der Gesinnungs- und Verantwortungsethik ihr Verständnis von Verantwortung ableiten. In Deutschland fänden sich Beispiele dafür, dass Verantwortungsethik als Aufruf verstanden wird, auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen, sofern dies aufgrund der Umstände erforderlich ist, und dabei pragmatisch statt ideologisch zu handeln. In Japan hingegen wird Verantwortungsethik häufig dahingehend interpretiert, dass auf die Anwendung von Staatsgewalt verzichtet werden soll. Staatsgewalt als sprichwörtlicher »Pakt mit diabolischen Mächten« (S. 125), erfordert deshalb die Selbst-Zurücknahme der Verantwortungsträger, denn »wenn der Ernstfall zum Alltagsthema wird, stumpft die Sensibilität gegenüber der Macht unweigerlich ab.« (S. 126).

Die Beiträge zusammendenkend lässt sich festhalten, dass im Fall Deutschlands die Politiker:innen die Initiative ergriffen haben, wohingegen die Bürger:innen (meist) kooperativ und eigenverantwortlich auf diese Führung reagiert haben. In der Bundesrepublik wurde noch nie ein Notstand ausgerufen; Kritiker argumentieren, dass die Regierung vorschnell der Versuchung erlegen sei, dieses Instrument zu nutzen,[1] dass die Regierungsstrategie im weiteren Verlauf der Pandemie zunehmend dogmatischer geworden sei, und dass die »übergroße Koalition« von CDU, SPD sowie Bündnis 90 / Die Grünen (damals als nominelle Oppositionspartei) mit den Expertengremien wichtige normative Diskussionen unter dem Vorwand der Dringlichkeit unterbunden hätten,[2] weshalb die demokratische Legitimation der Maßnahmen gelitten habe. Das von Korte diagnostizierte »kuratierte Regieren«[3] war möglicherweise Stärke und Schwäche zugleich. Zwar hat es sich als funktional erwiesen, auch wenn Zweifel an der Krisenfähigkeit Deutschlands bleiben,[4] doch hat es in der Konsequenz das Misstrauen gegenüber dem Staat möglicherweise befeuert: Hegelich fragt daher zurecht danach, ob eine auf Eigenverantwortung gebaute Strategie nicht gleichermaßen hätte funktionieren können.[5] In der Tat muss darüber nachgedacht werden, ob nicht erst die sogenann-

te »Stunde der Exekutive« den Bürger:innen die Möglichkeit genommen hat, sich produktiv zu beteiligen, und ob Deutschland sich insgesamt seiner Fähigkeit, kreative Lösungen im föderalen Staat zu finden, beraubt hat. Böschen verweist darauf, dass gute und legitime Lösungen in »Strukturen resilienten Experimentierens« erprobt werden müssen.[6] Es braucht »intelligente Kontextsteuerung« statt eindimensionaler Weisungen von oben.[7] In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Strategie des kuratierten Regierens zwar effektiv war, auf Dauer jedoch ihren gesellschaftlichen Rückhalt verloren hat und dass etwaige Fehler und soziale Auswirkungen bis heute nicht angemessen aufgearbeitet wurden. Die Frage, von wem und vor allem wie politische Verantwortung in Deutschland übernommen werden soll, erforderte weitere Diskussionen.

In Japan sind die Maßnahmen im Verlauf der Pandemie beliebter geworden, und das Land schien die Pandemie zudem »erfolgreicher« zu managen, zumindest schnitt es bei der wichtigen Kennzahl der Übersterblichkeit etwas besser ab als Deutschland.[8] Aus den Beiträgen dieses Bandes sollte ersichtlich geworden sein, dass sich dieser »Erfolg« nicht ohne Nachteile einstellte. Die Vernachlässigung insbesondere von ohnehin benachteiligten Personengruppen wie Frauen, irregulär Beschäftigten, Sexarbeiter:innen, ist nicht

zu vergessen.[9] Ebenso werden die Erfolgsbedingungen, die, wie Nakano argumentiert, vor allem in der Zivilbevölkerung zu finden sind, zu leichtfertig mit Kategorien wie Nationalcharakter oder Kultur invisibilisiert. In radikalster Form Asō Tarō,[10] der dies in einer öffentlichen Diskussion auf die angebliche Frage eines US-Politikers nach den Ursachen der niedrigen Infektionsraten in Japan unter dem Ausspruch *mindo ga takai*, mit einem höheren Grad der Zivilisiertheit der japanischen Bevölkerung verknüpft und so heftige Kritik auslöste.[11] Er antworte damit auf die Frage, warum Japan zu Beginn der Pandemie so viel besser als andere liberale Demokratien (insbesondere im direkten Vergleich zu den USA) abgeschnitten habe. Auch wenn die Herangehensweise der japanischen Regierung letztendlich erfolgreich war, macht die Unbeliebtheit der Regierung zu Beginn der Pandemie sowie die von Nakano diagnostizierte Haltung des Sich-Wegduckens es intuitiv schwer, hier von gelungener Verantwortungsübernahme zu sprechen, und legt den von Takahashi angesprochenen Gedanken der gezielten Verantwortungsvermeidung nahe. Das derzeitige politische System Japans scheint sich als »organisierte Unverantwortlichkeit«[12] zu vollziehen – *by design*. Politische Verantwortungsträger:innen versuchen sich bewusst ihrer Verantwortung zu entledigen,

gerade weil sie diese Selbst-Zurücknahme als Verantwortung interpretieren.

Am Beispiel der politischen Verantwortung während der Pandemie in Deutschland und Japan lässt sich also resümieren: In Deutschland hat sich die Weber'sche Verantwortungsethik in der Politik als Drang zum *Lockdown* materialisiert. In Japan hingegen zur Abstinenz von Freiheitsbeschränkungen.

Parallelwelten

Ich erlaube mir, die Gedanken in diesem Band zu verdichten, indem ich den Blick auf das fiktive Spielfilm-Paralleluniversum der Politikkomödie Was wäre, wenn Tokugawa Ieyasu Premierminister würde?[13] richte. Die Handlung: Aufgrund halbherziger Regierungsmaßnahmen breitet sich die Corona-Pandemie in Japan rasant aus. Ein Infektionscluster entsteht im historisch unbeliebten Kabinett, und das Film-Pendant von Abe Shinzō[14] stirbt an den Folgen der Infektion. Die Bildung einer Nachfolgeregierung scheitert, Panik bricht aus und Japan versinkt im Chaos. Die Parteispitze entscheidet sich daraufhin, einen radikalen Schritt zu gehen und ein KI-Kabinett aus lebensechten Hologramm-Avataren historischer Anführer als

einjährige Übergangsregierung zu installieren.[15] An der Spitze stehen die drei Ikonen der Sengoku-Zeit:[16] Premierminister Tokugawa Ieyasu, der als alter weiser Staatsmann mit Zurückhaltung und Gravitas das Land regiert; Wirtschaftsminister Oda Nobunaga,[17] der mit coolem Charisma, übermenschlicher Entschlossenheit und nur in historischen Plattitüden sprechend die Herzen der Menschen erobert; und Finanzminister Toyotomi Hideyoshi,[18] ein in Superlativen prahlender, in Orange und Gold gekleideter Showman, der als lustig-munterer Partymacher das Volk begeistert.[19] Durch transparente, öffentlich klar kommunizierte radikale Maßnahmen, wie einen einmonatigen strikten Lockdown, unbürokratische und substanzielle Sofortzahlungen sowie eine umfassende Modernisierung der japanischen Landwirtschaft,[20] gelingt es dem Kabinett, das Land zu stabilisieren. Japan erholt sich schneller und besser von den Folgen der Pandemie als andere Nationen, steigt wirtschaftlich wieder zur Weltspitze auf und erntet so Neid und Bewunderung im Rest der Welt.[21]

Das KI-Kabinett kann seine Zustimmungswerte innerhalb von zehn Monaten von 13 % auf 85 % steigern. Das anfängliche Misstrauen der Bevölkerung und die Unzufriedenheit mit dem Lockdown schlagen in wahnhafte Begeisterung für die neue Regierung und ihre Erfolge um. Ins-

besondere Nobunaga wird zum Fan-Idol, dessen Konterfei T-Shirts und weitere *Merchandise*-Artikeln ziert. Doch Hideyoshi plant heimlich einen Putsch. Er orchestriert einen Konflikt zwischen Nobunaga und Ieyasu, indem er das Kabinett dazu aufruft, Blitzwahlen anzusetzen, um eine dauerhafte Regierung unter Nobunagas Führung zu installieren. Kurz vor der Wahl wird die Nobunaga-KI jedoch heimtückisch ermordet. Hideyoshi stachelt die Medien an und schließlich wird Ieyasu, wie geplant, der Löschung seines politischen KI-Rivalen verdächtigt und gestürzt. Hideyoshi erhebt sich selbst zum neuen Premierminister und zelebriert dies mit einer dekadenten Antrittsfeier, die im In- und Ausland live übertragen wird. Dort jedoch wird er von Ieyasu öffentlich als Intrigant und Diktator im Schafspelz entlarvt. Hideyoshi ist in die Ecke gedrängt und gedemütigt; daraufhin folgt dieser Schlagabtausch.[22] Hideyoshi:

> Was soll an meinem Plan falsch sein? Als ich in dieser Ära ankam, war ich fassungslos. Die Dummheit, die Machtlosigkeit der Menschen von heute! Sie denken nur an sich selbst, sind gierig nach dem eigenen Vorteil und verschwenden keinen Gedanken daran, ihr Land zu beschützen. […] Es gibt keine Armee, gar nichts. Um in den Krieg zu ziehen, bräuchte man erst ein Gesetz. Und das Schlimmste: Ohne dass alle gemeinsam darüber diskutieren, kann man rein gar nichts entscheiden! Gibt es etwas Lächerlicheres als das?!

> […] Die Richtung dieses Landes sollte nicht von einem dummen Volk bestimmt werden, sondern von einem einzigen, überragenden Feldherrn! Das ist der wahrhaftige Zustand, zu dem ich das Land der aufgehenden Sonne zurückführen muss! Ich werde dieses denkfaule Volk führen, das rein gar nichts für sich selbst entscheiden kann! Und sie wollen es so! Hahaha. Weil das Regieren dem Volk überlassen wurde, ist dieses Land so erbärmlich geworden! Wie hoch ist die Wahlbeteiligung überhaupt? Hahaha! Selbst wenn man es ihnen überlässt, interessiert sich kein Schwein dafür!
>
> (Zum Volk gewandt) Ihr Versager da draußen müsst euch um gar nichts mehr kümmern! Ich! Ja, ich werde alles für euch entscheiden! Alles! Also haltet die Klappe und tut einfach, was ich sage! Habt ihr das kapiert?! Habt ihr?! Hahahaha!

In seinem Plädoyer kritisiert Hideyoshi die mangelnde Effektivität der *Governance* demokratischer Entscheidungsprozesse, die im egoistischen Interesse der (angeblich dummen) Bevölkerung einerseits und an der übermäßigen Konsultation aller Interessengruppen andererseits begründet liegt. Der Ausgang aus dieser Situation könne nur durch eine Komplexitätsreduktion erfolgen, indem die Zügel in die Hand eines starken Führers zurückgelegt werden. Hideyoshi offeriert dem Volk die Lösung: die vollständige Übertragung jeglicher Verantwortung auf ihn und damit eine Fortsetzung des technokratischen KI-Kabinetts. Ieyasu tritt als paradigmatischer Antipode auf:

Sicherlich, Lord Hideyoshi, Ihr habt in gewisser Weise recht. […] Aber ich möchte an das Volk von heute glauben! […] Es heißt zwar, jeder könne sich an Politik beteiligen, doch in Wahrheit ist sie voll von denen, die ohne Gegenvorschläge einfach nur kritisieren, oder solchen, die während der Parlamentssitzung seelenruhig schlafen. Wer das Volk vertritt, sollte eigene Überzeugungen haben und bis zum Äußersten debattieren, um diese Welt besser zu machen. Aber auch das Volk nimmt die Dinge viel zu leicht. Es ist wie Lord Hideyoshi sagt: Sie alle springen ständig auf Geschichten an und reden verantwortungslos darüber, wie es Ihnen gefällt. […] Das ist eine Krankheit, weitaus furchteinflößender als jede Epidemie. Wer seinen eigenen Willen verliert, wird zur Beute der Mächtigen. Sie werden nach Belieben ausgenutzt.

Hat uns Lord Hideyoshi nicht genau das vor Augen geführt? Eine Welt, in der nur der Ehrgeiz einiger weniger zählt und nur ein Bruchteil der Menschen glücklich lebt, ist nicht der öffentliche Friede, den ich mir erhoffe. […] Die heutige Welt ruht sich auf einem bloßen Scheinfrieden aus. Man bildet sich ein, den öffentlichen Frieden erreichen zu können, ohne selbst einen Finger dafür krümmen zu müssen.

[…] Es geht mir nicht darum, das Volk zum »Aufstehen« zu drängen. Jemand sagte einmal: »Die heutigen Menschen schieben alles zu sehr auf andere ab.« Aber derselbe sagte auch: »Baut auf euch selbst!« Was viele nicht verstehen: Dieses Land, Japan, ist das älteste bestehende Land der Welt. Seit etwa 600 vor Christus fließt es ununterbrochen wie ein Strom bis in die Gegenwart. Die Zeit ist wie ein gewaltiger Fluss. Der Fluss trat in unserer Ära ständig über die Ufer und

> brachte Katastrophen. Wir haben nichts weiter getan, als Deiche zu bauen und das Flussbett zu verbreitern, damit er nicht überläuft. Dieser Fluss wurde nicht von einem einzelnen, überragenden Helden erschaffen. Es war der Ehrgeiz unzähliger Menschen, die jedes Mal die gebrochenen Deiche reparierten, um zu verhindern, dass der Strom versiegt.
>
> Ich sage es noch einmal: »Ich möchte an das Volk von heute glauben.« Ich weiß, dass nicht jeder alles auf andere schiebt. Ich weiß, dass es Menschen gibt, die bereit sind, für dieses Land aufzustehen. Im Vertrauen auf die Entwicklung dieser Ära habe ich beschlossen, das Regierungsmandat an die Menschen der Gegenwart zurückzugeben. Mit dem heutigen Tage tritt mein Kabinett geschlossen zurück. Ich gebe die Politik dieser Zeit zurück. Von hieran wird die Zukunft von jedem Einzelnen von Ihnen gestaltet. Sie können das schaffen. Erschaffen Sie eine bessere Zukunft!

Ieyasu kritisiert die politische Passivität und die selbstverschuldete Unmündigkeit des Volkes. Er appelliert daran, die dauerhafte Auflösung des KI-Programms als Chance zu begreifen, Selbstverantwortung als Teil der japanischen Demokratie zu übernehmen und eine neue, bessere Zukunft zu gestalten. Nachdem er die Reaktion des bewegten Volkes erblickt hat, ergibt sich Hideyoshi einsichtig. Der Film schließt mit dem öffentlichen, geschlossenen Rücktritt des KI-Kabinetts (qua permanenter Datenlöschung) und der Berichterstattung darüber, dass die Wahlbeteiligung bei den

anschließenden Neuwahlen auf 70 % gestiegen sei und damit einen Aufbruch der japanischen Politik markiere.[23]

In der Handlung des Films spiegeln sich die im vorliegenden Band besprochenen Motive: Eine demokratisch gewählte Regierung wird in eine nie dagewesene Krise gestürzt in deren Zuge der bestehende Modus des Regierens scheitert; sie muss infolgedessen von einem demokratisch nicht legitimierten, technokratischen Expertengremium (im Film: von einem KI-Kabinett) übernommen werden (siehe Takahashi in diesem Band), das umstrittene politische Entscheidungen in kuratierte Formen überführt und Verantwortung für diese übernimmt, damit jedoch den Bürger:innen die Freiräume zur Eigenverantwortung nimmt, die diese Entmündigung nichtsdestotrotz rasch euphorisch zu begrüßen lernen. Ieyasu, der zurückhaltend regiert und die Macht schnellstmöglich wieder abgibt, als Verantwortungsethiker, und Hideyoshi als Gesinnungsethiker, der ein starkes Japan in seinem Bild erschaffen möchte, verkörpern idealtypisch Max Webers Vorstellung von Politik.

Das Japan des fiktiven Paralleluniversums vollzieht in vielerlei Hinsicht ein Pandemiemanagement, wie es in Deutschland tatsächlich praktiziert wurde. Dabei wendet der Film ein wohlbekanntes Motiv an: den weisen Diktator, der in Krisenzeiten

die Demokratie zurück auf die richtige Bahn lenkt und dann abdankt. Und auch wenn im Film der Erfolg der angeblich weisen Herrscher unreflektiert bleibt, wird das Motiv durch den Appell unterbrochen, dass es die gemeinsame Verantwortung aller ist, die metaphorischen Deiche des Gemeinwesens zu bauen und zu erhalten.

Wie den Beiträgen dieses Buches zu entnehmen ist, liegt die Realität jedoch weit entfernt vom hoffnungsvollen Ende der Politikkomödie.[24] Die Unterhauswahlen im Februar 2026[25] und der epochale Wahlerfolg der LDP, der durch die Euphorie der Wählerinnen für Takaichi Sanae, Japans erste Premierministerin, getragen wurde, legen nahe, dass die Sehnsucht nach charismatischer Führung und einem Befreiungsschlag aus der Dauerkrise einen Kipppunkt erreicht haben könnte. Es vollzieht sich das Muster, das Nakano in diesem Band, also bereits drei Jahre zuvor, prophezeit hat: Die Wähler:innen verlieren durch eine Abfolge von Krisen das Vertrauen in die Fähigkeit der LDP, das Land in die richtige Richtung zu steuern. Innerhalb der LDP findet ein öffentlich ausgetragener Richtungskampf statt, der eine neue charismatische Führungspersönlichkeit aus der bestehenden Parteielite hervorbringt, die zumeist wesentlich härtere Positionen vertritt. Die Euphorie scheint die politische Führungselite

von Jahren des Missmanagements freizusprechen, während bislang unpopuläre Politik im Eiltempo eingeführt wird. Verantwortung für die Zukunft wird übertragen, Rechenschafft für die Vergangenheit erlassen. Doch ist dies der Weisheit letzter Schluss? Mit Blick auf die Wahlbeteiligung lässt sich zumindest beobachten, dass in den letzten 30 Jahren auf jedes dieser politischen Reinigungsrituale ein Rückgang der Wahlbeteiligung gefolgt zu sein scheint. Die japanischen Wähler:innen scheinen zunehmend auf Distanz zu gehen, soweit, dass das Sprechen über Politik selbst zum Tabu wird.[26] Kann eine Demokratie, die auf diese Weise mit Verantwortung umgeht, Bestand haben? Oder hat sie sogar gerade deswegen Bestand, auch wenn sich die Wähler:innen von ihr entfremden und die Resonanz schwindet? Und wem gegenüber wird Verantwortung erfüllt: dem Staat als Organisation oder seinen Bürger:innen? Die Frage nach der Rolle und Funktion politischer Verantwortung unter den derzeitigen Bedingungen von Komplexität stellt sich folglich weiterhin. Bedarf es möglicherweise neuer Perspektiven, um diese Fragen zu verstehen?

Schlussgedanken: Verantwortung und wachsame Demokratie

Die Semantik der Verantwortung in der Politik dient dazu, komplexe Wirkungszusammenhänge in klar geordnete Entscheidungszusammenhänge zu überführen, in denen sich Verantwortliche finden und sich Rechenschaftspflichten zuschreiben lassen. Sie ist unerlässlich, um die Responsivität der politischen Entscheidungsträger gegenüber der Wählerschaft zu gewährleisten. Ohne Verantwortung lässt sich politisches Handeln gar nicht erst sinnvoll beobachten. Was sich an der Pandemie zeigt, ist, dass der Staat in Situationen von Leben und Tod letztlich als Träger der Verantwortung für diffuse Risikokonstellationen einstehen musste. Wenn der Staat hier eine Leerstelle hinterlässt, provoziert er Irritationen der Erwartungshaltungen bei den Bürger:innen – auch wenn er das Krisengeschehen aufgrund der Komplexität der gegenwärtigen Bedrohungslagen und *Strukturen der Governance* möglicherweise kaum noch beeinflussen kann. Konträrerweise gilt dasselbe auch, wenn versucht wird, diese Leerstelle auszufüllen, denn erst dann werden Politiker für ihre Entscheidungen als Verantwortliche sichtbar. Es werden neue Heuristiken des politischen Entscheidens[27] und ein Umdenken darüber, was »weise Führung« überhaupt

bedeuten kann, benötigt.[28] Auch der bisherige Modus der Verantwortungszuschreibung scheint in einer hyperkomplexen und individualisierten Gesellschaft zunehmend an seine Grenzen zu geraten. Es ist daher vielleicht wenig verwunderlich, dass charismatische Anführer, einfache Feindbilder oder die Semantik der eigenverantwortlichen Bürger:innen als Komplexitätsreduktion (wieder) in Mode geraten sind. Doch die Frage ist angebracht, ob diese »radikale Vereinfachung von Verantwortung« (S. 16) nicht letztlich immer wieder in eine historische Sackgasse führt. Mit dem aufklärerischen Aufruf, eben nicht auf diese Verführung hineinzufallen, sondern den müßigen Weg der Regierung durch das Volk zu gehen, appelliert – ironischerweise der Feudalherr – Tokugawa Ieyasu im Spielfilm daran, dass diese Form der organisierten Verantwortungslosigkeit weder vom Himmel gefallen noch unveränderlich ist. Sie bedarf der impliziten Zustimmung der Bürger:innen. Politische Verantwortung obliegt allen mündigen Bürger:innen des Staates. Sowohl Politiker:innen als auch Bürger:innen tragen gleichermaßen Verantwortung für das Gemeinwesen. Eine Demokratie gerät ins Wanken, sobald eine Seite sich dieser Verantwortung entledigt oder sie zu überschwänglich zu erfüllen versucht. Verantwortung ist demnach ein relationaler und prozesshafter Begriff: Etwas, das

sozial produziert und nicht nur zugeschrieben wird, das ständiger gegenseitiger Beobachtung erfordert. Weder der Staat noch das Individuum lassen sich vom Verantwortungsbegriff trennen; so sind beide Konzepte seit ihrer Entstehung miteinander verschränkt, auch wenn diese Verbindung als Regierungstechnik invisibilisiert oder einseitig übertragen wird. Jedoch scheint die Semantik der strukturellen Dimension von Verantwortung hinterherzuhinken.

Die Forschung des Sonderforschungsbereichs 1369 »Vigilanzkulturen« zeigt anhand der Analyse verschiedener historischer und kultureller Beispiele, dass individuelle Wachsamkeit für die Realisierung überindividueller Ziele, beispielsweise der öffentlichen Sicherheit, essenziell ist. Die dezentrale und heterarchische Verteilung von Wächterrollen auf verschiedene Positionen ermöglicht und stabilisiert komplexe Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens. Um den Begriff der Verantwortung zu hinterfragen, bedarf es einer Heuristik demokratischer Wachsamkeit, die die Verteilung von Verantwortung innerhalb der strukturellen Komplexität der Gesellschaft beobachten kann. Auch die Rhetorik der Dauerkrise darf diese Balance nicht aus den Fugen geraten lassen.

Die Probleme der Gegenwart sind real und überschneiden sich zunehmend. Pandemien, Kli-

mawandel, die Herausforderungen des demografischen Wandels für die öffentliche Daseinsvorsorge – das alles sind gewaltige Krisen. Jedoch wenn die Zuversicht, dass Probleme gelöst werden können, sei es auch nur Schritt für Schritt, schwindet und nur noch auf den messianischen Befreiungsschlag gehofft wird, dann ist dies die Rückkehr der selbstverschuldeten Unmündigkeit. Es gilt demnach, wachsam zu sein: auf einfache Erlösungsversprechen, auf diejenigen, die mit moralischen Argumenten Aufgaben an jene abwälzen, die aufgrund eines Mangels an realen Handlungsoptionen gar nicht erst in der Lage sind, diese eigenverantwortlich zu erfüllen, und auch auf die eigene Faulheit und Feigheit, sich mit der Komplexität der Welt auseinanderzusetzen. Und es gilt wissenschaftlich zu verstehen, wie diese Form von demokratischer Wachsamkeit mobilisiert wird und für welche Zwecke.

Doch wie kann eine verantwortliche Regierung des Volkes durch sich selbst gewährleistet werden? Die Welt befindet sich in ständigem Wandel und erfordert fortlaufende Anpassung. Der erste Schritt dafür ist, diese Transformationsprozesse aufmerksam zu beobachten. Nassehi verweist bspw. darauf, dass Transformation nicht durch die große Geste der Politik erfolgt, sondern im Alltag geschehen muss, dort, wo Wandel tatsächlich voll-

zogen werden kann.[29] Landemore bspw. spricht von einer »Politik ohne Politiker« als Modell für eine Regierung des Volkes in Bürgerräten statt durch Berufspolitiker.[30] Nakano verweist auf die »Festung[en] für die Freiheit« (S. 46). In den Vereinen in Deutschland oder in den Nachbarschaftsorganisationen in Japan kann politische Selbstwirksamkeit praktisch erlebt werden. Sie können Wachtürme der Verantwortung sein. Es sind also diese Orte, die nicht denjenigen überlassen werden dürfen, die nur vorgeben, Verantwortung zu übernehmen. Weitere Überlegungen zur demokratischen Wachsamkeit sind notwendig, um die Rolle und Funktion der Vigilanz in Demokratien zu verstehen. Dieser Beitrag sollte einen kleinen Denkanstoß geben und weitere offene Fragen für diese Debatte aufzeigen, die anhand der Perspektive der Vigilanz untersucht werden können.

Anmerkungen

1 Lemke, *Deutschland im Notstand?*
2 Hegelich, Evidenzbasiertes Regieren; Landwehr/Schäfer, Repräsentation.
3 Korte, *Kuratiertes Regieren.*
4 Schularick, *Der entzauberte Staat*.
5 Hegelich, Evidenzbasiertes Regieren.
6 Böschen, *Lebendiges Aachen;* Böschen et al., *Hygienegesellschaften*, S. 146.
7 Heinze, Daseinsvorsorge.
8 Kümmerle/Thumfart, Data Universalism, S. 1–15.
9 Borovoy, The Burdens of Self-Restraint.
10 Asō Tarō, Finanzminister und Vize-Premierminister 2012–2021.
11 Vogt/Qin, Sanitizing the national body, S. 247–269.
12 siehe hierzu auch Beck, *Gegengifte*, der kritisiert, dass die Organisation moderner Staatlichkeit ein System hervorgebracht habe, in dem für Risiken und Folgeschäden letztendlich niemand Verantwortung übernimmt.
13 Tokugawa Ieyasu (1543–1616): Begründer des ca. 250 Jahre andauernden Tokugawa-Shogunats, welches während der Edo-Periode herrschte (1603–1868), benannt nach der neuen Hauptstadt Edo, dem heutigen Tokyo. Japanische Namen werden hier in der für Japan üblichen Reihenfolge von Nachname Vorname angegeben. WAS WÄRE, WENN TOKUGAWA IEYASU PREMIERMINISTER WÜRDE? もしも徳川家康が総理大臣になったら Film erschienen 2024, basierend auf dem gleichnamigen Roman aus dem Jahr 2021, erschienen bei Sunmark サンマーク出版. Mit einem Umsatz von 1.200.000.000 Yen (ca. 6.425.000 €) erreichte der Film Rang 26 der bestbesuchtesten japanischen Spielfilme im Jahr 2024 (siehe Japanische Filmvereinigung, Filme).
14 Abe Shinzō, Premierminister: 2006–07 und 2012–20. Bis zu seinem Rücktritt im August 2020 war das Kabi-

nett Abe verantwortlich für das Pandemiemanagement Japans. Abes Name haftete insbesondere an einigen der gravierenden Fehlschläge, bspw. an den Abe-Masken (*Abe no masuku*, 安倍のマスク), den oft fehlerhaften Stoffmasken, die von der Regierung zu Beginn der Pandemie verteilt wurden. Wie Nakano oben (S. 29–33) beschreibt, war die Regierung aufgrund dieser Fehlschläge und der Missachtung der Sorgen, Ängste und konkreten Alltagsprobleme der Bürger:innen zu Beginn der Pandemie überaus unbeliebt.

15 Basierend auf der Erfindung eines japanischen Nobelpreisträgers für KI in Kooperation mit einer privaten Technologiefirma und mithilfe der Rechenleistung des nationalen Izumo-Supercomputers. Darin zeigen sich thematisch einige der (imaginierten) Grundpfeiler und Stärken des gegenwärtigen japanischen Staats- und Gesellschaftssystems: Wissenschaftliche Expertise, privatwirtschaftliche Durchführung und technologische Überlegenheit Japans, kombiniert mit mythischer Symbolik des Izumo-Schreins, der einer der ältesten Schreine und die Heimat einer der höchsten Gottheiten des Shintō-Glaubens ist und somit von besonderer symbolischer Bedeutung für den japanischen Nationalismus ist.

16 Zeit der »streitenden Reiche« (1467–1638). Die drei genannten Herrscher waren die dominanten Feldherren, die zum Ende dieser Periode in kurzzeitiger Abfolge über Japan geherrscht haben. Sie gelten als Väter der Einigung Japans, die von Tokugawa Ieyasu abgeschlossen wurde.

17 Oda Nobunaga (1534–1582): Gilt als der erste Einiger Japans, indem er den Großteil der japanischen Hauptinsel (*Honshū*) eroberte. Er war Feudalherr von Tokuagawa Ieyasu und Toyotomi Hideyoshi, die ihn nach seinem Tod beerbten.

18 Toyotomi Hideyoshi (1537–1598): Nachfolger Oda Nobunagas. Er erweiterte die Einigung Japans indem

er die Inseln Shikoku und Kyūshū im Süd-Westen Japans eroberte.

19 Das gesamte Kabinett besteht aus einem *Who-is-who* der japanischen Geschichte aus der Zeit vor der Meiji-Periode (1868–1912), also vor dem Beginn eines modernen, durch westlichen Einfluss geprägten Staatssystems in Japan:
Tokugawa Ieyasu: Premierminister (*sōridaijin*), dargestellt von Nomura Mansai.
Ōda Nobunaga: Wirtschaft und Industrie (*keizaisangyōdaijin*), dargestellt von GACKT.
Toyotomi Hideyoshi: Finanzen (*zaimudaijin*), dargestellt von Takenaka Naoto.
Sakamoto Ryōma: Kabinettssekretär (*kanbōchōkan*), dargestellt von Akaso Eiji.
Tokugawa Yoshimune: Landwirtschaft (*nōrinsuisandaijin*), dargestellt von Takashima Masahiro.
Tokugawa Tsunayoshi: Gesundheit und Arbeit (*kōseirōdōdaijin*), dargestellt von Ikeda Tetsuhiro.
Shotoku Taishi: Justiz (*hōmudaijin*), dargestellt von Nagai Mijika.
Murasaki Shikibu: Bildung (*bunbukagakudaijin*), dargestellt von Mizuki Arisa.
Hojo Masako: Inneres (*sōmudaijin*), dargestellt von Eguchi Noriko.
Ashikaga Yoshimitsu: Außenpolitik (*gaimudaijin*), dargestellt von Kote Shinya.

20 Die Reformen der Landwirtschaft haben sich zu einem Dauerbrenner japanischer Politik entwickelt, da die Landwirtschaft durch den demografischen Wandel und den Wegzug der Bevölkerung aus dem ländlichen Raum enorm unter Druck geraten ist. Essen und Landwirtschaft sind zudem Grundpfeiler des Nationalismus. Siehe hierzu auch: Takeda, Delicious Food in a Beautiful Country, S. 5–30; Dennoch ist die Nahrungsmittelselbstversorgungsrate weiterhin sehr gering bei ca. 38% im Jahr 2024/25. Siehe: Obayas-

hi, Japan's food self-sufficiency*;* Versuche, die vielen kleinen privaten und kommerziellen Bauernbetriebe durch Reformen dazu zu bewegen, zu größeren und angeblich effizienteren Betrieben zu fusionieren, sind bislang an institutionellen Pfadabhängigkeiten der fragmentierten lokalen Agrikulturregime gescheitert. Für eine detaillierte Ausführung dieser Bemühungen siehe: Jentzsch, *Harvesting state support*. Im Film wird das Problem dadurch gelöst, dass alle Arbeiter:innen, die durch die Folgen der Pandemie arbeitslos geworden sind, zur temporären Bauernarbeit instrumentalisiert wurden.

21 Angeblich im internationalen Rampenlicht zu stehen und sich als das Objekt der Bewunderung weltweit zu sehen, ist ein sehr typisches Motiv, das als Coping-Strategie in Krisen- und Transformationszeiten fungiert. Siehe auch: Suzuki, »The World Is Marveling at Japan!«

22 Die Szene ist hier für bessere Lesbarkeit editiert worden, Auslassungen sind markiert worden. Der Austausch beginnt ab 1:26:46. Deutsche Übersetzung des Autors.

23 Für Leser:innen, die weniger mit der Politik Japans vertraut sind, mag dies wenig besonders klingen, doch spätestens seit der Dreifachkatastrophe des 11. März 2011(für deutsche Leser:innen primär bekannt für die Fukushima Nuklearreaktorkatastrophe) und der darauffolgenden Wiederwahl Abe Shinzōs ist die Wahlbeteiligung Japans stark eingebrochen und verweilt seitdem bei etwas über 50% und hat sich seitdem nur minimal erholt. In diesem Kontext ist eine Wahlbeteiligung von ca. 70%, was das letzte Mal bei der Abwahl der LDP 2009 erreicht wurde, ein geradezu radikaler Wandel, der hier die Funktion des cineastischen Happy Ends einnimmt. Für die historische Entwicklung der Wahlbeteiligung in Japan, siehe https://www.soumu.go.jp/senkyo/senkyo_s/news/

sonota/ritu/index.html#:~:text=国政選挙の投票率は、令和6年,%となっています%E3%80%82 [letzter Zugriff: 18.05.2026].

24 Hier sei nur beiläufig angemerkt, dass viele der Darstellungen historischer Figuren des Films – wie bei einem Unterhaltungsfilm kaum anders zu erwarten – historisch nicht akkurat sind. Zugleich ist der Film erwartungsgemäß mit nationalistischer Kitsch-Symbolik, und unreflektierten Topoi aufgeladen. In dieser stark verkürzten Darstellung bleibt die eigentliche Protagonistin, eine junge Journalistin, die als Reporterin das KI-Kabinett begleitet, zwar unerwähnt, aber die Rolle der Medien für ein demokratisches Gemeinwesen, wird ebenfalls in der Handlung zentral thematisiert.

25 Die Unterhauswahlen im Februar 2026 wurden von Takaichi Sanae vorzeitig ausgerufen, nachdem sie bereits im Oktober 2025 zur Parteivorsitzenden und kurz drauf zur Premierministerin gewählt worden war. Dank der Beliebtheit von Takaichi erlangte die LDP den größten Erfolg ihrer Geschichte, mit den meisten Sitzen im Unterhaus und Wahlerfolgen in Regionen, in denen sie bislang schlecht abgeschnitten hatte. Takaichi Sanae (1961): Japans erste weibliche Premierministerin; im Amt seit Oktober 2025.

26 Vogt, Die Jugend und die alternde Demokratie.

27 Korte, *Heuristiken des politischen Entscheidens*.

28 Scobel, Komplexität, S. 109–147.

29 Nassehi, *Kritik der großen Geste*.

30 Landemore, *Politics without politicians*.

Literaturverzeichnis

Beck, Ulrich: Gegengifte: die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt am Main 1988.

Borovoy, Amy: The Burdens of Self-Restraint: Social Measures and the Containment of Covid-19 in Japan. In: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus* 20 (2022). https://apjjf.org/2022/19/borovoy [letzter Zugriff: 28. 06. 2026].

Böschen, Stefan: Lebendiges Aachen – »Das Virus experimentiert mit uns« – die Coronakrise aus soziologischer Sicht. In: *Lebendiges Aachen* (12.05.2020), https://www.lebendiges-aachen.de/modules.php?name=News&file=article&sid=19324 [letzter Zugriff: 27.05.2025].

Böschen, Stefan u.a.: Hygienegesellschaften als Experimentiergesellschaften? : Corona als Herausforderung für Strukturen resilienten Experimentierens. In: *Soziologie und Nachhaltigkeit : SuN Sonderband* 2 (2020), S. 143–159.

Giammaria, Valentina: COVID-19 in Japan: A Nighttime Disease. In: *The Asia-Pacific Journal: Japan Focus* 18/9 (2020), https://apjjf.org/2020/18/giammaria [letzter Zugriff: 24.06.2026].

Hegelich, Simon: Evidenzbasiertes Regieren: Von klaren Zielvorgaben in der Corona-Politik zur Glaubensfrage. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): *Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt am Main 2021, S. 295–310.

Heinze, Rolf. G: Daseinsvorsorge und strategische Vernetzung: Eckpfeiler einer neuen Staatlichkeit. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.*): Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt 2021, S. 71–78.

Jentzsch, Hanno: *Harvesting state support: Institutional change and local agency in Japanese agriculture*. Toronto/Buffalo/London 2021.

Korte, Karl-Rudolf: Kuratiertes Regieren: Bausteine der Resilienz. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): *Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt am Main 2021, S. 25–42.

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Heuristiken des politischen Entscheidens*. Berlin 2022.

Kümmerle, Harald/Thumfart, Johannes: From Data Universalism to Data Particularism: Epistemologizing Digital Sovereignty Based on Germany's and Japan's COVID-19 Responses. In: *Global Studies Quarterly* 5 (2025), S. 1–15.

Landemore, Hélène: *Politics without politicians: the case for citizen rule*. New York, NY 2026.

Landwehr, Claudia/Schäfer, Armin: Repräsentation: Zwischen technokratischer und populistischer Versuchung. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): *Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt am Main 2021, S. 135–148.

Lemke, Matthias: *Deutschland im Notstand? Politik und Recht während der Corona-Krise*. Frankfurt am Main/New York 2021.

Nassehi, Armin: *Kritik der großen Geste: anders über die gesellschaftliche Transformation nachdenken*. München 2024.

Obayashi, Yuka: Japan's food self-sufficiency stuck at 38% in FY24/25, below 2030 goal. In: *Reuters* (2025), https://www.reuters.com/world/asia-pacific/japans-food-self-sufficiency-stuck-38-fy2425-below-2030-goal-2025-10-10/ [letzter Zugriff: 24.06.2026].

Schularick, Moritz: *Der entzauberte Staat. Aas Deutschland aus der Pandemie lernen muss*. München 2021.

Scobel, Gert: Komplexität, Urteilskraft, Weisheit Philosophische Probleme der politischen Heuristik. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): *Heuristiken des politischen Entscheidens*. Berlin 2022, S. 109–147.

Suzuki, Shogo: »The World Is Marveling at Japan!«: Japanese Strategies to Avoid its Crisis of Confidence. In: Maslow, Sebastian/Wirth, Christian (Hrsg.): *Crisis Narratives, Institutional Change, and the Transformation of the Japanese State*. Albany 2021, S. 265–288.

Takeda, Hiroko: Delicious Food in a Beautiful Country: Nationhood and Nationalism in Discourses on Food in Contemporary Japan. In: *Studies in Ethnicity and Nationalism* 8 (2008), S. 5–30.

Vogt, Gabriele: Die Jugend und die alternde Demokratie. In: *forschung. Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft* 1 (2026), S. 8–13.

Vogt, Gabriele/Qin, Sian: Sanitizing the national body: COVID-19 and the revival of Japan's »Closed Country« strategy. In: *Asian and Pacific Migration Journal* 31, (2022), S. 247–269.

Japanische Filmvereinigung 日本映画製作者連盟: *2025 nen (reiwa 6 nen) kōgyō shūnyū 10 oku en ijō bangumi* 2024年（令和6年）興行収入１０億円以上番組. [Filme mit Einspielerlösen über 1.000.000.000 Yen in 2024]. https://www.eiren.org/toukei/img/eiren_kosyu/data_2024.pdf [letzter Zugriff: 24.06.2026].

年）興行収入10億円以上番組 .[Filme mit Einspielerlösen über 1.000.000.000 Yen in 2024]. https://www.eiren.org/toukei/img/eiren_kosyu/data_2024.pdf [letzter Zugriff: 24.06.2026].
Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Heuristiken des politischen Entscheidens. Berlin 2022.

Kümmerle, Harald/Thumfart, Johannes: From Data Universalism to Data Particularism: Epistemologizing Digital Sovereignty Based on Germany's and Japan's COVID-19 Responses. In: Global Studies Quarterly 5 (2025), P. 1–15.
Landemore, Hélène: Politics without politicians: the case for citizen rule. New York, NY 2026.
Landwehr, Claudia/Schäfer, Armin: Repräsentation: Zwischen technokratischer und populistischer Versuchung. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt 2021, P. 135–148.
Lemke, Matthias: Deutschland im Notstand? Politik und Recht während der Corona-Krise. Frankfurt am Main/New York 2021.
Nassehi, Armin: Kritik der großen Geste: anders über die gesellschaftliche Transformation nachdenken. München 2024.
Obayashi, Yuka: Japan's food self-sufficiency stuck at 38% in FY24/25, below 2030 goal. In: Reuters (2025), https://www.reuters.com/world/asia-pacific/japans-food-self-sufficiency-stuck-38-fy2425-below-2030-goal-2025-10-10/ [letzter Zugriff: 24.06.2026].
Schularick, Moritz: Der entzauberte Staat: was Deutschland aus der Pandemie lernen muss. München 2021.
Scobel, Gert: Komplexität, Urteilskraft, Weisheit Philosophische Probleme der politischen Heuristik. In: Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Heuristiken des politischen Entscheidens. Berlin 2022, P. 109–147.
Suzuki, Shogo: "The World Is Marveling at Japan!": Japanese Strategies to Avoid its Crisis of Confidence. In: Maslow, Sebastian/Wirth, Christian (Hrsg.): Crisis Narratives, Institutional Change, and the Transformation of the Japanese State. Albany 2021, P. 265–288.
Takeda, Hiroko: Delicious Food in a Beautiful Country: Nationhood and Nationalism in Discourses on Food in Contemporary Japan. In: Studies in Ethnicity and Nationalism 8 (2008), P. 5–30.
Vogt, Gabriele: Die Jugend und die alternde Demokratie. In: forschung. Das Magazin der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1 (2026), P. 8–13.
Vogt, Gabriele/Qin, Sian: Sanitizing the national body: COVID-19 and the revival of Japan's "Closed Country" strategy. In: Asian and Pacific Migration Journal 31, (2022), P. 247–269.
Japanische Filmvereinigung 日本映画製作者連盟 : 2025 nen (reiwa 6 nen) kōgyō shūnyū 10 oku en ijō bangumi 2024 年（令和 6

文献

Beck, Ulrich: Gegengifte: die organisierte Unverantwortlichkeit. Frankfurt am Main 1988.

Borovoy, Amy: The Burdens of Self-Restraint: Social Measures and the Containment of Covid-19 in Japan. In: The Asia-Pacific Journal: Japan Focus 20 (2022). https://apjjf.org/2022/19/borovoy [letzter Zugriff: 28. 06. 2026].

Böschen, Stefan: Lebendiges Aachen – „Das Virus experimentiert mit uns" – die Coronakrise aus soziologischer Sicht. In: Lebendiges Aachen (12. Mai 2020), https://www.lebendiges-aachen.de/modules.php?name=News&file=article&sid=19324 [letzter Zugriff: 27. Mai 2025].

Böschen, Stefan u.a.: Hygienegesellschaften als Experimentiergesellschaften? : Corona als Herausforderung für Strukturen resilienten Experimentierens. In: Soziologie und Nachhaltigkeit : SuN Sonderband 2 (2020), P. 143-159.

Giammaria, Valentina: COVID-19 in Japan: A Nighttime Disease. In: The Asia-Pacific Journal: Japan Focus 18/9 (2020), https://apjjf.org/2020/18/giammaria [letzter Zugriff: 24.06.2026].

Hegelich, Simon: Evidenzbasiertes Regieren: Von klaren Zielvorgaben in der Corona-Politik zur Glaubensfrage. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt 2021, P. 295–310.

Heinze, Rolf. G: Daseinsvorsorge und strategische Vernetzung: Eckpfeiler einer neuen Staatlichkeit. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt 2021, P. 71–78.

Jentzsch, Hanno: Harvesting state support: Institutional change and local agency in Japanese agriculture. Toronto/Buffalo/London 2021.

Korte, Karl-Rudolf: Kuratiertes Regieren: Bausteine der Resilienz. In: Florack, Martin/Korte, Karl-Rudolf/Schwanholz, Julia (Hrsg.): Coronakratie: demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. Frankfurt 2021, P. 25–42.

Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Heuristiken des politischen Entscheidens. Berlin 2022.

気により自民党は衆議院で過去最大の議席を獲得し、従来不振であった地域でも勝利を収めるなど、歴史的な成果を挙げた。高市早苗（一九六一年生）は日本初の女性首相であり、二〇二五年十月より在任している。

(27) Vogt, Die Jugend und die alternde Demokratie.
(28) Korte, Heuristiken des politischen Entscheidens.
(29) Scobel, Komplexität, P. 109–147.
(30) Nassehi, Kritik der großen Geste.
(31) Landemore, Politics without politicians.

(21) 農業改革は、日本政治における長期的課題となっている。人口動態の変化や農村からの人口流出により、農業は大きな圧力にさらされているためである。食と農業はナショナリズムの基盤でもある（参照：Takeda, Delicious Food in a Beautiful Country, pp. 5–30）。それにもかかわらず、食料自給率は2024/二十五年度において約三八％と依然として低水準にとどまっている（参照：Obayashi, Japan's food self-sufficiency stuck at 38% in FY24/25, below 2030 goal）。多数の小規模な私的・商業的農家を改革によって統合し、より大規模で効率的とされる経営体へ転換させようとする試みは、断片化された地域農業における制度的構造の変化の困難さゆえに、これまで十分な成果を上げていない。（詳細は Jentzsch, Harvesting state support を参照）映画では、パンデミックの影響で失業した労働者を一時的に農作業へ動員することで、この問題が解決されるという設定が提示されている。

(22) 自らを、国際的な注目を集める世界中からの称賛の対象として認識することは、危機や変動の時代における対処戦略として典型的に見られるモチーフである。（参照：Suzuki, "The World Is Marveling at Japan!"）。

(23) この場面は読みやすさのために編集されており、省略箇所は明示されている。やり取りは映画の一時間二十六分四十六秒以降の場面である。

(24) 日本政治に馴染みの薄い読者には特段の出来事とは映らないかもしれないが、二〇一一年三月十一日の「三重災害」（ドイツ語圏では主に福島原子力発電所事故として知られる）とその後の安倍晋三再選以降、日本の投票率は急落し、以後五〇％強にとどまり、わずかに回復したにすぎない。この状況を踏まえると、約七〇％の投票率（直近では二〇〇九年の自民党下野時に達成された）は、映画的なハッピーエンドの機能を担う急進的な変化として描かれている。日本における投票率の歴史的推移については、関連文献を参照。https://www.soumu.go.jp/senkyo/senkyo_s/news/sonota/ritu/index.html#:~:text=国政選挙の投票率は、令和六年 ,%となっています.%E3%八〇%82（最終アクセス：二〇二六年五月十八日）

(25) 映画に登場する歴史上の人物の描写については、娯楽作品である以上ある程度予想されることではあるが、多くが史実とは一致していない点をここで付記しておきたい。また、作品全体には国家主義的なキッチュ的象徴や、十分に検証されていない常套句が多く織り込まれている。このように大幅に簡略化された描写では触れられていないものの、物語の実質的な主人公は AI 内閣に密着する若い女性ジャーナリストであり、民主的な公共性におけるメディアの役割も劇中で重要な主題として扱われている。

(26) 二〇二六年二月の衆議院選挙は、高市早苗が二〇二五年十月に党首、続いて首相に選出された後、前倒しで実施された。高市の人

(15) 安倍晋三。首相在任期間は二〇〇六～二〇〇七年および二〇一二～二〇二〇年。二〇二〇年八月の辞任まで、安倍内閣は日本のパンデミック対策を担っていた。安倍の名は、しばしば重大な失策のいくつか、たとえばパンデミック初期に政府が配布した、品質不良が多かった布製マスク（いわゆる「アベノマスク」）と結びつけられた。中野が指摘したように（P. 21-24）、こうした失策に加え、市民の懸念や不安さらには日常生活上の諸問題に十分配慮しなかったことから、パンデミック初期における政府の支持率は著しく低かった。

(16) 日本のノーベル賞受賞者による人工知能の発明を基盤とし、民間技術企業との協働、さらに国内のスーパーコンピュータ「出雲」の計算能力を用いている。ここには、現代日本の国家・社会システムを支える（想像上の）基盤や強みとされる要素が見て取れる。すなわち、科学的専門知、民間企業による実装、そして日本の技術的優位性である。加えて、日本神話における最高位の神を祀る最古級の神社である出雲大社の象徴性が重ね合わされている点は、日本のナショナリズムにとって特別な意味を持つ。

(17) 戦国時代（一四六七～一六三八年）。この三名の統治者は時代末期に相次いで覇権を握った最も有力な武将であった。彼らは日本統一の礎を築いた存在として位置づけられており、その統一事業は最終的に徳川家康によって完成された。

(18) 織田信長（一五三四年～千五百八十二年）。日本の本州の大部分を征服した、最初の統一者とされる。彼は徳川家康および豊臣秀吉の主君であり、死後は両者がその後継者となった。

(19) 豊臣秀吉（一五三七年～一五九八年）。織田信長の後継者であり、日本統一をさらに進展させ、四国および九州を征服した。

(20) この内閣は、明治時代（一八六八～一九一二年）以前、すなわち西洋的な近代国家システムが導入される以前の日本史において重要な位置を占める歴史的人物によって構成されている。

内閣総理大臣：徳川家康（野村萬斎）、経済産業大臣：織田信長（GACKT）、財務大臣：豊臣秀吉（竹中直人）、内閣官房長官：坂本龍馬（赤楚衛二）、農林水産大臣：徳川吉宗（高嶋政宏）、厚生労働大臣：徳川綱吉（池田鉄洋）、法務大臣：聖徳太子（長井短）、文部科学大臣：紫式部（観月ありさ）、総務大臣：北条政子（江口のりこ）、外務大臣：足利義満（小手伸也）

(1) Lemke, Deutschland im Notstand?.
(2) Hegelich, Evidenzbasiertes Regieren; Landwehr/Schäfer, Repräsentation.
(3) Korte, Kuratiertes Regieren.
(4) Schularick, Der entzauberte Staat.
(5) Hegelich, Evidenzbasiertes Regieren; Landwehr/Schäfer, Repräsentation.
(6) Böschen, Lebendiges Aachen - „Das Virus experimentiert mit uns" - die Coronakrise aus soziologischer Sicht; Böschen u. a., Hygienegesellschaften als Experimentiergesellschaften?, P. 146
(7) Heinze, Daseinsvorsorge.
(8) Kümmerle/Thumfart, Data Universalism, P. 1–15.
(9) Borovoy, Burdens of Self-Restraint.
(10) 麻生太郎（二〇一一～二〇一二年、財務大臣・副総理）
(11) Vogt/Qin, Sanitizing the national body, P. 247–269.
(12) これについては、ベック（Beck）の Gegengifte も参照のこと。ベックは、近代国家の国家体制が、リスクやその副次的損害について、最終的には誰も責任を引き受けないような制度を生み出してしまったと批判している。
(13) 徳川家康（一五四三年～一六一六年）。約二五〇年続いた徳川幕府の創始者で、同幕府は江戸時代（一六〇三年～一八六八年）に日本を統治した。なお江戸時代の名称は、当時の首都（現在の東京）に由来する。本稿では日本の慣例に従い、氏名は姓・名の順で表記する。
(14) 二〇二四年公開の『もしも徳川家康が総理大臣になったら』。二〇二一年刊行の同名小説（サンマーク出版）を原作とする。興行収入は一二億円（約六四二万五千ユーロ）に達し、二〇二四年の日本映画における興行収入ランキングで第二十六位となった（参照：一般社団法人 日本映画製作者連盟, 二〇二四年（令和六年）興行収入一〇億円以上）。

の者たちに明け渡してはならない。民主的でヴィジラントな姿勢の役割と機能を理解するためには、さらなる考察が必要である。本稿は、そのための小さな思考の契機を提供し、ヴィジランスの視点から検討しうるいくつかの未解決の問いを提示することを意図したものである。

失われ、ただ救世主的な一撃の解放に期待が集中するようになるとき、それは人間が自ら招いた未成年状態への回帰にほかならない。ゆえに、我々は警戒を怠ってはならない。安易な救済の約束に対して。道徳的な論拠を用いて、実質的な行動の選択肢がなく自律的に課題を遂行することができない人々へと責務を押しつける者たちに対して。そして世界の複雑性に向き合うことを回避しようとする、自らの怠惰や臆病さに対しても警戒しなければならない。さらには、このような民主的でヴィジラントな姿勢がいかに動員され、いかなる目的のために用いられるのかを、科学的に理解することが求められている。

では、市民による市民自身を通じた責任ある統治は、いかにして保障されうるのだろうか。世界は絶えず変化しており、継続的な適応が必要である。そのための第一歩は、こうした変容の過程を注意深く観察することである。ナセヒ（Nassehi）は、変容は政治の大仰なパフォーマンスによって生じるのではなく、実際に変化が遂行されうる日常の場で起こらなければならないと指摘する。[30] ランドモア（Landemore）は、職業政治家ではなく市民評議会によって統治を行う「政治家なき政治」というモデルを、民による統治の一形態として論じている。[31] 中野は「民主主義の強さの地盤」（P. 34）に言及している。ドイツの諸団体や、日本の地域コミュニティ組織においては、人々は政治参加の実感を直接体験することができる。それらは責任の見張り塔となりうる場所である。したがって、こうした場を、責任を担うふりをするだけ

したがって、責任とは相互関係的でプロセス的な概念である。それは単に付与されるものではなく、社会的に生成され、相互の不断の観察を必要とする。国家も個人も、責任という概念から切り離すことはできない。両者はその成立以来、相互に結びついており、この結びつきが統治技術として不可視化されたり、一方的に転移されたりすることがあっても消えることはない。しかし、責任の構造的次元に関するゼマンティクは、これに追いついていないように見える。

特別研究領域1369「ヴィジランス文化」の研究は、さまざまな歴史的・文化的事例の分析を通じて、公共の安全といった個人を超えた目的を実現するためには、個々人の注意深く警戒する姿勢が不可欠であることを示している。見張りの役割が分散され、階層的でない形で様々に割り当てられることによって、共同生活の複雑な形態が可能となり安定も保たれる。責任という概念を問い直すためには、社会の複雑な構造の中で責任がどのように分配されているかを観察できる、民主的でヴィジラントな判断枠組みが必要となる。そして、たとえ永続的危機のレトリックが強まったとしても、この均衡が崩れてはならない。

現代の諸問題は現実のものであり、相互に重なり合いながら、その影響範囲を広げている。パンデミック、気候変動、そして人口動態の変化がもたらす公共サービスの課題、これらすべてが巨大な危機である。しかし、たとえ段階的であっても問題は解決しうるという確信が

るを得なかったという点である。国家がここで空白を残すと、たとえ現在の脅威状況やガバナンス構造の複雑さゆえに危機そのものをほとんど制御できないとしても、市民の期待に混乱を引き起こす。逆に、この空白を埋めようとする場合にも同じことが当てはまる。なぜなら、そのとき初めて政治家が自らの決定について責任主体として可視化されるからである。政治的意思決定のための新たな思考の手がかり[28]、そして「賢明な統治」とは何を意味しうるのかについての再考が求められている[29]。また、これまでの責任帰属のあり方も、極度に複雑化し個人化した社会において、次第に限界に達しつつあるように見える。そのため、カリスマ的指導者、単純化された敵像、あるいは自律的な市民という概念が、複雑性削減の手段として（再び）流行していることは、むしろ不思議ではない。しかし、この「責任の極端な単純化」（P. 10）が、結局のところ歴史的な袋小路へと繰り返し行き着くのではないかという問いは、当然提起されるべきである。啓蒙的な呼びかけ、すなわちこの誘惑に陥るのではなく、民による統治という骨の折れる道を歩むべきだという呼びかけを通じて、劇中の徳川家康は、この種の組織化された無責任が天から降ってきたものでも固定的なものでもないことを示している。それは市民の暗黙の同意を必要とするのである。政治的責任は、国家のすべての成熟した市民に属する。政治家も市民も、共同体に対して等しく責任を負っている。民主主義は、一方がこの責任を放棄したり、あるいは過剰に遂行しようとしたりした瞬間に揺らぎ始める。

も過去三十年間、こうした政治的な浄化の儀式のたびに投票率が低下してきたことがわかる。日本の有権者は政治から距離を取りつつあり、ついには政治について語ること自体がタブーになりつつある。[27] このような形で責任を扱う民主主義は、果たして存続しうるのか。あるいは、有権者が政治から疎遠になり共鳴が失われていくにもかかわらず、むしろそのことによってこそ存続しているのだろうか。そして、責任は誰に対して果たされるのか―組織としての国家なのか、それともその市民なのか。複雑性が支配する現在の状況下で、政治的責任の役割と機能をめぐる問いは依然として残されている。これらの問いを理解するには、新たな視点が必要なのだろうか。

結語 責任とヴィジラントな民主主義

政治における責任のゼマンティクは、複雑に入り組んだ作用関係を、責任主体が特定され説明責任を引き受けられるような、秩序立った決定構造へと整理するために用いられる。これは、政治的意思決定者が有権者に対して応答性を保つために不可欠であり、責任なしには政治的行為を意味のあるかたちで観察することすらできない。パンデミックが示したのは、生死に関わる局面では、拡散したリスク状況に対して国家が最終的な責任主体として立たざ

デミック・マネジメントをなぞるような統治を実践している。映画はその際、よく知られたモチーフ、つまり危機の時代に民主主義を正しい軌道へ戻し、その後退く賢明な独裁者を用いている。映画では、いわゆる賢明とされる統治者たちの成功は深く省察されないままだが、物語は、共同体の比喩的な堤防を築き維持することは万人に課された責務であるという呼びかけによって、このモチーフを遮っている。

本書の論考から読み取れるように、現実はこの政治コメディの希望に満ちた結末からは大きく隔たっている。[25] 二〇二六年二月の衆議院選挙[26]と自民党の歴史的大勝は、日本初の女性首相となった高市早苗に対する有権者の熱狂によって支えられたが、これは、カリスマ的指導者への渇望と永続的危機からの脱却への期待がひとつの転換点に達した可能性を示唆している。ここには、中野が本書ですでに三年前に予言していたパターンが現れている。すなわち、有権者は一連の危機を通じて、自民党が国を正しい方向へ導く能力に対する信頼を失う。自民党内では公然と方向性をめぐる争いが展開され、その過程で既存の党エリートから新たなカリスマ的指導者が登場するが、その人物はより一層強硬な立場をとることが多い。この熱狂は、長年の失政に対する政治指導層の免罪と正当化として機能し、これまで不人気だった政策が急速なペースで導入される。未来への責任は先送りされ、過去への説明責任は免除される。しかし、これが賢明といえる結論なのだろうか。投票率に目を向けると、少なくと

家康は、民衆の政治的無関心と、自ら招いた未成熟さを批判する。彼はAIプログラムの恒久的な解消を、自己責任を日本の民主主義の一部として受け止め、新たなより良い未来を形づくるためのチャンスとして捉えるよう訴える。心を動かされた民衆の反応を目にした後、秀吉は理解を示して身を引く。映画は、AI内閣が公の場で（恒久的なデータ消去によって）総辞職し、その後に行われた総選挙で投票率が七〇％に上昇し、それが日本政治の新たな出発を示したという報道で締めくくられる。[24]

映画の筋立てには、本書で論じられたモチーフが反映されている。すなわち、民主的に選ばれた政府が前例のない危機に陥り、その過程で既存の統治様式が破綻すること、そしてその結果として、民主的合法性を持たないテクノクラート的な専門家会議（映画ではAI内閣）が統治を引き継ぐということである（本書の高橋の論考も参照）。この委員会は、論争的な政治決定を監修的な形式へと転換し、その責任を担うことで、市民から自己責任で行動する余地を奪うが、市民はそれを急速に熱狂的に歓迎するようになる。抑制的に統治し、可能な限り速やかに権力を返上する家康は責任倫理の体現者であり、一方で、自らの理想像に基づいて強い日本を作り上げようとする秀吉は信条倫理の体現者である。両者は、マックス・ウェーバーが描いた政治の理念型を見事に具現化している。

この架空のパラレルワールドにおける日本は、多くの点で、ドイツで実際に行われたパン

では何もせずとも安寧の世を手に入れたかのように勘違いしておる。」

「[…]わしは何も立ち上がれと言いたいのではない。あるものが言った〝今に生きる者たちはあまりに人任せである〟と。しかしまたこうも言った〝己に期待せよ〟と。皆わかっておらぬがこの日本という国は現存する世界最古の国である。紀元前六〇〇年頃より川の流れのように脈々と現在まで続いている。言うなれば時代とは大川である。わしらの時代の川は常に氾濫を起こし、あたりに災害を及ぼすようなものであった。わしたちはその川が溢れぬよう堤を作り川幅を広げてきたに過ぎん。決して誰か一人の優れた英傑が作った川などではなく、たくさんの人々の志があり壊れた堤をその都度改修して流れを止めぬよう守り続けてきたのじゃ。」

「今一度言う。わしは今の民たちを信じたい。皆が皆人任せでないこともわかっておる。この国のために、立ち上がれる者もいることもわかっておる。この時代の発展を信じわしは現代の者たちへ大政奉還することを決めた。我が内閣は今日を持って総辞職する。政をお前たちの時代に返そう。これからの未来を作るのはお前たち一人一人である。お前たちならできる。より良き未来を作れ！」

状況から脱する道は、強力な指導者の手に手綱を戻すことによって複雑性を削減するほかにない、と彼は考える。秀吉は国民に対し、あらゆる責任を完全に自分へ移譲するという解決策を提示し、それによってテクノクラート的なAI内閣の継続を約束する。

家康は、その典型的な対極として登場する。

家康：「確かに秀吉殿の言うことにも一理ある。[…]しかしわしは今の民たちを信じたい！[…]誰もが政に関われると言いながら、その実は代案もなくただ批判するだけの者や国会中に平気で居眠りする者たち。民の代表であるならば己の信念を持ち、この世をより良くするための議論を尽くすべきじゃ。しかし、その民も民とてあまりにいい加減に物事を捉えておる。秀吉殿の言う通りじゃ。その都度、自分たちにとって都合のいい話に飛びつき好き勝手なことを無責任に口にする。[…]それは、流行り病よりももっと恐ろしい病である。己の意思を無くした民たちは権威や権力の餌食となる。時の権力者たちによっていいように使われる。」

「秀吉殿がそれを教えてくれたと思わぬか？一部の野心、一部の人間が幸福に暮らす世はわしが求める安寧の世ではない。[…]今の世は見せかけの平和の上に胡座をかいておる。己

起こすも何も軍もない。戦を起こすにも法がいる。そして何よりもみんなで話し合ってでなければ何ひとつ決められん！そんな馬鹿げたことがあろうか！？」

「…」この国の指針を決めるのは愚かな民ではなく優れた武将が一人いればいい！それが真（まこと）の姿じゃ！その姿にこの日ノ本を戻さねばならん！己一人では何一つ決められぬ思考の停止した民たちをこのわしが導いてやろうと言っておるのじゃ！民たちもそう望んでおる！政（まつりごと）を民に任せるからこのような貧相な国になったんじゃ！そもそも選挙の投票率はいくつじゃ？あはは。民に任せたとて誰も政には興味などあらへんわ！」

「（大衆へ）能無しのお前たちは何も考えずとも良い！このわしが！全てお前たちの全てを決めてやる！だからお前たちはこのわしの言うことに黙ってしたがっていればいいのじゃ！わかったか！わかったか！！あはははは。」

秀吉の主張において彼が批判するのは、民主的な意思決定過程のガバナンスが十分に効果的でないという点であり、それは一方では（彼の言うところの愚かな）国民の利己的な利益追求に、他方ではあらゆる利害関係者を過度に巻き込む協議プロセスに起因している。この

化といった、透明性をもって公に明確に伝えられる急進的措置を通じて、国の安定化に成功する。日本は他国よりも早く、かつ良好にパンデミックの影響から回復し、経済的にも再び世界のトップへと返り咲き、その結果、世界の他地域から羨望と称賛を集めることになる。[21][22]

AI内閣は、十か月のうちに支持率を一三%から八五%へと引き上げることに成功する。国民の当初の不信感とロックダウンへの不満は、新政府とその成果に対する妄信的な熱狂へと転じる。とりわけ信長はアイドル的存在となり、その肖像はTシャツや様々なグッズを飾るまでになる。しかし秀吉は密かにクーデターを企てている。彼は内閣に対して、信長を首班とする恒久的な政権を樹立するために、電撃選挙を実施するよう呼びかけることで、信長と家康の間に対立を仕組む。しかし選挙直前、信長AIは卑劣にも殺害される。秀吉はメディアを扇動し、彼の思惑どおり、家康は政治的ライバルを消し去った疑いをかけられて失脚する。秀吉は自ら新たな総理大臣に就任し、派手な就任祝賀会を開いてこれを国内外に生中継する。しかしその場で家康によって、彼は策謀家であり羊の皮をかぶった独裁者であることを公然と暴かれる。秀吉は追い詰められ、辱められ、その後に次の応酬が続く。[23]

秀吉：「このわしの何が悪い？ わしはこの時代に来て驚いたわ。この時代の者たちの愚かさ無力さ。己のことのみ考え利にだけ敏感で、国を守ることなど興味ももたん。[…]戦を

ダウンへの志向として具現化した。他方、日本では自由制限の回避という形で現れたのである。

第一章 パラレルワールド

本書の議論を凝縮するため、ここでは政治コメディ映画『もしも徳川家康が総理大臣になったら』[13]という架空のパラレルワールドに目を向けたい。物語はこうである。半端な政府対応のため、日本ではコロナ・パンデミック[14]が急速に拡大する。歴史的に不人気な内閣で感染クラスターが発生し、映画内の安倍晋三[15]に相当する人物が、感染が原因で死亡する。後継政権の樹立は失敗し、パニックが広がり、日本は混乱に陥る。そこで党指導部は思い切った決断を下し、歴史上の指導者たちの実物そっくりのホログラム・アバターからなるAI内閣[16]を、一年間の暫定政権として設置することを決める。[17]その頂点に立つのは、戦国時代の三人の象徴的存在である。慎みと威厳をもって老練な国家指導者として国を治める総理大臣・徳川家康、クールなカリスマ性と超人的な決断力を備え、月並みな言葉で語りながらも人々の心をつかむ経済大臣・織田信長[18]、そして誇張表現を多用し、オレンジと金の衣装に身を包んだ陽気なショーマンとして国民を沸かせる財務大臣・豊臣秀吉[19]である。[20]この内閣は、一か月の厳格なロックダウン、官僚的手続きを排した実質的な即時給付、さらには日本農業の包括的な近代

性労働者といったすでに不利な立場に置かれている人々が軽視されたことを忘れてはならない。[9] また中野が論じるように、その成功の条件が主として市民社会に見いだされるにもかかわらず、それが国民性や文化といったカテゴリーによって安易に不可視化されてしまう点も問題である。その最も極端なのが麻生太郎の発言である。[10] 彼は公の討論の場で、ある米国の政治家が日本の低い感染率の理由を尋ねた問いに対し、「民度が高い」という言葉を用いて、日本の市民意識の高さと結びつけ、激しい批判を招いた。[11] 彼は、日本がパンデミック初期において他のリベラルな民主主義国家（とりわけ米国との直接比較において）よりもはるかに良い結果を示した理由について、このように答えたのである。日本政府のアプローチが最終的に成功だったとしても、パンデミック初期における政府の不人気、そして中野が指摘した「身をかわす」姿勢を踏まえると、政府側に責任の適切な引き受けがあったと評価することは直感的に難しく、むしろ高橋が論じた、意図的な責任回避の可能性を示唆するものである。[12] 現在の日本の政治システムは、「組織化された無責任」として機能しているように見える。政治的責任を負うべき主体は、責任を回避するために意図的に自己を退かせており、しかもその自己抑制こそを責任とみなしているのである。

以上を踏まえると、ドイツと日本におけるパンデミック時の政治的責任のあり方を例に総括すれば、次のように言える。ドイツでは、ウェーバー的な責任倫理は政治においてロック

ドイツの危機対応能力には依然として疑念が残るうえ、[4]その帰結として国家に対する不信をむしろ助長した可能性がある。したがってヘーゲリッヒ（Hegelich）が問うように、市民の自律的責任に基づく戦略でも同様に機能したのではないかという問題提起は妥当である。[5]実際、いわゆる「行政府の時間」こそが、市民が生産的に関与する機会を奪い、ドイツが連邦国家として創造的な解決策を見いだす能力を全体として失わせたのではないか、という点について検討する必要がある。ベッシェン（Böschen）は、優れた合法的な解決策は「レジリエントな実験の構造」の中で試行されなければならないと指摘し、[6]上からの一元的な指示ではなく、「知的なコンテクスト統御」が必要であると述べている。[7]全体として明らかになるのは、監修的ガバナンスの戦略は効果的ではあったものの、長期的には社会的支持を失い、また、潜在的な誤りや社会的影響が今日に至るまで十分に検証されてこなかったという点である。ドイツにおいて、誰が、そしてとりわけどのように政治的責任を担うべきなのかという問題は、今後も議論を要する。

日本では、パンデミックの進行に伴い措置がより支持されるようになり、さらに同国はパンデミックを「より成功裏に」統制しているように見えた。[8]少なくとも、重要な指標である超過死亡率においては、ドイツよりもやや良い結果を示した。しかし、本書から明らかになったのは、この「成功」にも負の側面があったという点である。とりわけ、女性や非正規雇用者、

論じ、政治家たちが信条倫理と責任倫理というカテゴリーをきわめて多様に解釈し、自らの責任についての理解をそこから導き出していることを示している。ドイツにおいて責任倫理は、状況として必要となった場合にはたとえ不人気であっても決断を下し、イデオロギーではなく実践的判断に基づいて行動するよう促す呼びかけとして理解される例が見られる。これに対し日本では、責任倫理はしばしば国家権力の行使を控えるべきだという方向で解釈される。国家権力は、しばしば「悪魔の力と手を結ぶ」（P. 82）と形容されるように、責任の担い手に自己抑制を要求する。なぜなら、「有事が日常的に語られるようになると、権力に対する繊細な感覚はどうしても鈍くなる」（P. 85）からである。

こうした論考を総合して考えると、ドイツでは政治家が主導権を握り、市民は（多くの場合）協力的かつ自律的にこの統率に応じたと指摘することができる。ドイツ連邦共和国では一度も非常事態宣言が発令されたことはなかったが、批評家は、政府がこの手段を用いる誘惑に軽率に屈したこと[1]、パンデミックの進行に伴い政府の戦略がますます独断的になったこと、そしてCDU（キリスト教民主同盟）・SPD（社民党）・緑の党（当時は名目上の野党）と専門家委員会から成る「超大連立」が、緊急性を口実として重要な規範的議論を抑制したため[2]、措置の民主的正当性が損なわれたことを論じている。コルテが指摘した「監修的ガバナンス」は[3]、おそらく強みと弱みを同時に有していた。機能的には一定の成果を示したものの、

中野が論じているように、日本政府はこの種の制限措置を採用しなかった。これは、おそらく国家としての統治能力の低下の結果であり、強い経済界の利害に動かされつつ、ネオリベラル（新自由主義的）なガバメンタリティの様式に従って、パンデミックへの対応責任を個人へと転嫁する政府の性格を反映していると考えられる。その第一の目的は、国家そのものを守ることであったように見受けられる（P. 22）。そのため政府は繰り返し自粛を呼びかけたが、これは準備不足の医療体制が逼迫することを回避する意図も含んでいた。日本がパンデミックをどうにか乗り切ることができたのは、政府の戦略によるものではなく、市民が自ら責任を持って進んで自己抑制に努めたからである。

高橋は、専門家会議による助言が民主主義にとって非常に重要である一方、法的に問題をはらみ、潜在的には危険性すら有していることを指摘している。専門家会議の活用に際して、透明性および説明責任の制度が十分に整備されていないため、政治家はそこで生じる「権威」や「外部の圧力」というブラックボックスを利用して、政策決定の根拠を外部化し、責任を体系的に曖昧化し、回避することが可能となる。すなわち、専門家の知見を適切に扱うための制度的・憲法的枠組みが欠如しているのである。透明性の義務が存在しない状況では、政治家が自らの規範的判断をこれらの専門家会議の背後に隠蔽することが可能となる。

野口は、マックス・ウェーバーの「職業としての政治」のドイツと日本での受容について

永続的危機におけるヴィジラントな民主主義

ポール・ヨハン・クラーマー

はじめに

ドイツおよび日本における新型コロナ・パンデミックの観察は、我々が永続的危機における政治的責任について考察を深める出発点となった。本書は、序章とこの最終章のほかに三つの章から構成されている。パネルディスカッションにおいて、コルテと中野は、パンデミック初期の段階でドイツと日本がいかに異なる危機管理の道を歩み始めたのかを明らかにしている。ドイツでは、パンデミックは「監修的ガバナンス（Kuratiertes Regieren）」と呼ばれる統治様式によって封じ込められた。この統治様式は、厳格な措置を通じて市民の自由を制限したものの、その必要性を可能な限り明確に説明しようと努めたことで、当初は一定の支持を獲得するに至った。政治家たちは「一夜にして［…］命を救ってくれる救済者」（P. 18）となったと表現され、国家主導を強く支持する（super-etatistisch）市民は、課された措置を大部分において自発的かつ連帯的に受け入れた。しかしながらコルテが指摘するように、市民と政治家の間には一定の共鳴のずれが存在しており、パンデミックはそのずれを一層深める結果となった。

Taschenbuch, 2018）.
山口二郎（2023）『民主主義へのオデッセイ――私の同時代政治史』岩波書店。
吉野源三郎（1989）『職業としての編集者』岩波新書。
和辻哲郎（2007[初版 1934]）『人間の学としての倫理学』岩波文庫。（Ethik als Wissenschaft vom Menschen, übersetzt von Hans Martin Krämer, Darmstadt: Wiss. Buchges., 2005）.

安藤英治（2005）『回想のマックス・ウェーバー――同時代人の証言』亀嶋庸一編、今野元訳、岩波書店。
石破茂・姜尚中（2020）「政治の器量 ウェーバー再考①」『熊本日日新聞』2020年3月2日朝刊。
大河内一男（1968）『社会科学入門』青林書院新社。
大島理森（2015）「衆院議長大島理森氏――近現代史を学び引き継ぐ（リーダーの本棚）」『日本経済新聞』2015年8月2日朝刊。
――（2023）「自自公連立 政権の安定運営課題に 古賀国対委員長を支える（私の履歴書）」『日本経済新聞』2023年9月18日朝刊。
大塚久雄（1966）『社会科学の方法――マルクスとヴェーバー』岩波新書。
――（1977）『社会科学における人間』岩波新書。
古賀誠（2015）「（思い出す本 忘れない本）『職業としての政治』」『朝日新聞』2015年11月1日朝刊。
嶋田博子（2022）『職業としての官僚』岩波新書。
田中六助（1985）『保守本流の直言』中央公論社。
TBS NEWS DIG（2023）「すれ違う、師匠と弟子。古賀誠元自民党幹事長「宏池会は真摯な説明が一番基本」岸田総理の政治手法にクギ」2023年3月9日 https://newsdig.tbs.co.jp/articles/withbloomberg/369997?display=1［2025年12月27日閲覧］。
野口雅弘（2019）「『包括政党』以前のオットー・キルヒハイマー――政治科学者の政党研究と政治思想研究者の政党研究」『思想』2019年7月号、63-81頁。
――（2020）『マックス・ウェーバー――近代と格闘した思想家』中公新書。
――（2024）『中立とは何か――マックス・ウェーバー「価値自由」から考える現代日本』朝日選書。
野中広務（2018）『聞き書 野中広務回顧録』御厨貴・牧原出編、岩波現代文庫。
林芳正・津村啓介『国会議員の仕事――職業としての政治』中公新書、2011年。
本多勝一（1984）『職業としてのジャーナリスト』朝日文庫。
松元雅和（2025）『政治哲学講義――悪さ加減をどう選ぶか』中公新書。
丸山眞男（2015）『超国家主義の論理と心理 他八篇』、古矢旬編、岩波文庫。
村上春樹（2015）「職業としての小説家」新潮社。（Von Beruf Schriftsteller, übersetzt von Ursula Graefe, München: btb

Schäuble, Wolfgang: Die Balance halten. Leidenschaft, Verantwortungsgefühl. Augenmaß – was uns Max Weber noch immer zu sagen hat. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung (17.01.2019), https://wolfgang-schaeuble.de/die-balance-halten-leidenschaft-verantwortungsgefuehl-augenmass-was-uns-max-weber-noch-immer-zu-sagen-hat/ [letzter Zugriff: 27.12.2025].
Schmidt, Helmut: Verteidigung oder Vergeltung: Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO. Stuttgart 1961.
Schwentker, Wolfgang: Max Weber in Japan: Eine Untersuchung zur Wirkungsgeschichte 1905–1995. Tübingen 1998.
野口雅弘・鈴木直・細井保・木村裕之訳『マックス・ウェーバーの日本――受容史の研究 1905-1995』みすず書房、2013 年。
Schwinn, Thomas/Bachmann, Ulrich (Hrsg.): Max Weber revisited: Zur Aktualität eines Klassikers. Weinheim 22023.
Weber, Max: Max Weber Gesamtausgabe. Abt. I, Bd. 19. Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus. Schriften 1915–1920. Tübingen 1989. 木全徳雄訳『儒教と道教』創文社、1971 年
Weber, Max: Max Weber Gesamtausgabe. Abt. I, Bd. 17: Wissenschaft als Beruf 1917/1919 – Politik als Beruf 1919. Tübingen 1992.
尾高邦雄訳『職業としての学問』岩波文庫、改訂版 1980 年［初版 1936 年］; 清水幾太郎訳「職業としての政治」『政治の本質』中公文庫、2017 年［三笠書房、1939 年］; 脇圭平訳『職業としての政治』岩波文庫、改訂版 2020 年［初版 1980 年］; 野口雅弘訳『仕事としての学問 仕事としての政治』講談社学術文庫、2018 年
Weber, Max: Max Weber Gesamtausgabe. Abt. II, Bd. 10: 2. Briefe 1918–1920. Tübingen 2012.
Weber, Max: Max Weber Gesamtausgabe. Abt. I, Bd. 18: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. Die protestantischen Sekten und der Geist des Kapitalismus. Schriften 1904–1920. Tübingen 2016.
大塚久雄訳『プロテスタンティズムの倫理と資本主義の精神』岩波文庫、1989 年
Young, Iris Marion: Responsibility for Justice. Oxford/New York 2011.
岡野八代・池田直子訳『正義への責任』岩波現代文庫、2022 年

［邦文］

安倍晋三（2014）「第１８６回国会衆議院本会議答弁」（2014 年 1 月 29 日）https://kokkai.ndl.go.jp/#/detail?minId=118605254X00320140129&current=3［2025 年 12 月 27 日閲覧］。

文献

［欧文］

Ay, Karl-Ludwig/Borchardt, Knut (Hrsg.): Das Faszinosum Max Weber. Die Geschichte seiner Geltung, Konstanz: 2006.

Birnbaum, Immanuel: Achtzig Jahre dabei gewesen. Erinnerungen eines Journalisten, München 1974.

Foerster, Friedrich Wilhelm: Manifest für den Frieden. Eine Auswahl aus seinen Schriften 1893–1933. Hipler, Bruno (Hrsg). Paderborn 1988.

Graf, Friedrich Wilhelm/Hanke, Edith: Bürgerwelt und Sinnenwelt: Max Webers München, München 2020.

Kurbjuweit, Dirk: Olaf Scholz liest Max Weber. In: Der Spiegel, 24/2020, P. 34-38.

Max Weber Stiftung (Hrsg.): Max Weber in der Welt. Rezeption und Wirkung, Tübingen 2014.

Merkel, Angela: Rede von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel bei der 49. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums am 23. Januar 2019 in Davos. In: Bulletin der Bundesregierung 10/2 (23.01.2019), https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975954/1573296/d00e8332165de4c6831ae9b68c040bf5/10-2-bkin-weltwirtschaftsforum-data.pdf?download=1 [letzter Zugriff: 27.12.2025].

Noguchi, Masahiro: Kampf und Kultur: Max Webers Theorie der Politik aus der Sicht seiner Kultursoziologie, Berlin 2005.

『闘争と文化――マックス・ウェーバーの文化社会学と政治理論』みすず書房、2006年

Noguchi, Masahiro: Cluster-Based Approach and Self-Restraint: Japan's Response to Covid-19. In: Gephart, Werner (Hrsg.): In the Realm of Corona-normativities: A Momentary Snapshot of a Dynamic Discourse. Frankfurt am Main 2020, P. 297–300.

Noguchi, Masahiro: Max Weber und das Narrativ der fehlenden geistigen Grundlage des »modernen« Japans. Eine Ideengeschichte des Ethos-Begriffs. In: Bachmann, Ulrich/Schwinn, Thomas (Hrsg.): Max Weber revisited: Zur Aktualität eines Klassikers. Weinheim 2022, P. 277–294.

(48) Weber, Politik als Beruf, P. 251. 野口訳 217 頁

(49) 安倍晋三「第一八六回国会衆議院本会議答弁」

(50) TBS NEWS DIG「すれ違う〝師匠と弟子〟古賀誠元自民党幹事長「宏池会は真摯な説明が一番基本」」

(51) 「悪魔」という表現については、小渕恵三内閣の官房長官であった野中広務の「悪魔にひれ伏してでも」という発言がよく知られている（野中広務『聞き書 野中広務回顧録』338 頁）。これは一九九九年一月に発足した自民党と自由党の連立政権（いわゆる自自政権）を模索する過程でなされた発言である。野中が「仕事としての政治」を読んでいたのかどうかは定かではない。おそらくウェーバーを引用しているという意識は、彼にはなかっただろう。それでも、こうした語彙が当時の自民党の政治家の間に一定程度、浸透していたということを、この発言は示唆している。

(52) Noguchi, Cluster-Based Approach.

現代倫理学の概念を導入することで、ウェーバーの議論をより精緻に検討できるようになる。しかし、ズレも小さくないようにみえる。たしかに、ウェーバーは予見できる結果に対する責任という言い方をしているので、責任倫理は帰結主義の一つということにはなる。しかし、帰結主義がしばしば功利主義と結び付くのに対して、ウェーバーは価値の対立を重視して功利主義を拒絶している。これに加えて、ウェーバーは信条倫理と責任倫理の対立を確認したうえで、それでもなお、それらは「相補関係」であるとも述べている（Weber, Politik als Beruf, P. 250. 野口訳 214 頁）。これらの点については、義務論と帰結主義という対抗図式ではうまく論じることができないように思える。それでも、ウェーバーの概念では精緻に論じることができないことは多い。ウェーバー的なテーマではあるが、彼の概念では十分に扱うことができない諸点については、松元雅和『政治哲学講義――悪さ加減をどう選ぶか』を参照。

(37)(38) 大島理森「衆院議長大島理森氏――近現代史を学び引き継ぐ（リーダーの本棚）」自民党の幹事長は、ドイツの政党の事務総長（Generalsekretär）に対応する。ただし、例えば、ドイツ社会民主党（SPD）の Generalsekretär が党のスポークスマンとして重要な役割を果たすのに対して、自民党の幹事長は選挙のときの党公認候補の決定や政治資金の配分などで大きな権力を持つ。

(39) 古賀誠「（思い出す本 忘れない本）『職業としての政治』」

(40) 田中六助『保守本流の直言』

(41) 大島理森「自自公連立　政権の安定運営課題に　古賀国対委員長を支える（私の履歴書）」

(42) Weber, Politik als Beruf, P. 247. 野口訳 209 頁

(43) 現実政治に深く関与してきた政治学者である山口二郎の回顧録には、日本社会党内の「心情倫理」への批判的コメントがくりかえし出てくる 山口二郎『民主主義へのオデッセイ――私の同時代政治史』。

(44) 古賀誠「（思い出す本 忘れない本）『職業としての政治』」

(45) 古賀誠「（思い出す本 忘れない本）『職業としての政治』」

(46) Weber, Politik als Beruf, P. 240–1. 野口訳 201 頁

(47) Weber, Politik als Beruf, P. 242. 野口訳 202 頁

(21) Weber, Protestantische Ethik.
(22) Weber, Wirtschaftsethik. P.450-478. 木全訳 377-413 頁
(23) 例えば、林芳正・津村啓介『国会議員の仕事――職業としての政治』は、ウェーバーの『職業としての政治』を明示的に引用し、サブタイトルにもそれを入れているが、それでもメインタイトルは『国会議員の仕事』である。
(24) Weber, Politik als Beruf. 野口訳。
(25) Merkel, Rede.
(26) Gesinnungsethik の訳語としては Politik als Beruf の最初の翻訳である清水幾太郎訳 Max Weber, Politik als Beruf から基本的に「心情倫理」が用いられてきた。しかし、「心情」と訳すと、そのときの気持ちや感情というニュアンスが強くなってしまい、ある人格における持続的な価値志向という意味が見失われてしまうおそれがある。Gesinnung の英語の訳語として使われることが多い conviction も、「心情」とは訳しがたい言葉である。このため私は「信条倫理」という訳語を用いている。脇圭平訳の岩波文庫版でも、近年の改訂において、心情倫理から信条倫理へと訳語が変更されている
(27) Weber, Briefe, P. 986.
(28) 丸山眞男『超国家主義の論理と心理 他八篇』
(29) Schäuble, Balance halten.
(30) ウェーバーとオルド自由主義については野口雅弘『中立とは何か――マックス・ウェーバー「価値自由」から考える現代日本』の第五章「新自由主義者たちのウェーバー」を参照。
(31) Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung, P. 200.
(32) Weber, Politik als Beruf, P. 240-1. 野口訳 200-1 頁
(33) フェルスターの評論は Friedrich Wilhelm Foerster, Manifest für den Frieden にまとめられている。
(34) Young, Responsibility for Justice.
(35) Weber, Wissenschaft als Beruf, P. 98. 野口訳 64 頁.
(36) 信条倫理と責任倫理は、義務論（deontology）と帰結主義（consequentialism）に対応する、という説明がなされることがある。

リベラル」という言い方が定着してきた。ここでのリベラルは、アメリカの民主党に近いイデオロギー・ポジションを指し、再配分・ジェンダー平等・護憲（平和主義）という幅広い政策パッケージをゆるやかに含んでいる。日本の自民党の派閥の系列でいうと、自民党リベラル派は、軽武装・経済重視を掲げた吉田茂の路線を引き継ぐ政治グループ、とりわけ宏池会の流れを汲む勢力を指すことが多い。これに対して、ドイツで liberal を標榜する自由民主党（FDP）は市場経済を重視する新自由主義的な傾向が強い。日本とドイツとでは、「リベラル」という言葉の意味が大きく異なるので、注意が必要である。

(6) Schwentker, Max Weber in Japan.

(7) Ay. Faszinosum Max Weber. Max Weber Stiftung. Max Weber in der Welt: Schwinn/Bachmann. Max Weber revisited.

(8) マックス・ウェーバー没後一〇〇年の二〇二〇年に刊行されたウェーバーをテーマにした中公新書（野口雅弘『マックス・ウェーバー――近代と格闘した思想家』）でも、日本におけるウェーバー受容を扱っている。

(9) ウェーバーの政治理論についての私の解釈については Masahiro Noguchi, Kampf und Kultur をご覧いただきたい。

(10) 大河内一男『社会科学入門』54 頁

(11) Schwentker, Max Weber in Japan, P. 141. 野口訳 114 頁

(12) 大塚久雄については、さしあたり Masahiro Noguchi, „Max Weber und das Narrativ der fehlenden geistigen Grundlage des »modernen« Japans" を参照。

(13) 大塚久雄『社会科学の方法――マルクスとヴェーバー』；同『社会科学における人間』

(14) Weber, Politik als Beruf. 清水訳。

(15) 和辻哲郎『人間の学としての倫理学』

(16) Weber, Wissenschaft als Beruf. Politik als Beruf. 尾高訳・脇訳。

(17) 本多勝一『職業としてのジャーナリスト』

(18) 吉野源三郎『職業としての編集者』

(19) 嶋田博子『職業としての官僚』

(20) 村上春樹『職業としての小説家』

(1) 本稿は、二〇一三年一月十九日に Deutsch-Japanische Gesellschaft (DJG) in Bayern e.V. と Japan Zentrum der LMU München の共催で、ミュンヘンの国際交流センター（IBZ）にて行われた講演会の原稿に、大幅に加筆したものである。このときの講演のタイトルは「ドイツと日本の政治家の鏡に映ったマックス・ウェーバー「仕事としての政治」(1919)」(Max Webers „Politik als Beruf" (1919) im Spiegel deutscher und japanischer Politiker:innen) であったが、今回日本語で書き直すにあたって表題にように変更した。ミュンヘンでの講演会を企画してくださった Prof. Evelyn Schulz と今回 Kleine Reihe に執筆の機会を与えてくださった Prof. Gabriele Vogt に、この場をお借りして心から御礼申し上げたい。

(2) Politik als Beruf というタイトルでウェーバーに講演を依頼したのは、バイエルン自由学生同盟の学生たちであった。このとき、ウェーバーはすぐには承諾しなかったが、彼に断られたらクルト・アイスナーに講演を依頼すると迫られて、渋々この依頼を受けた、との証言がある (Immanuel Birnbaum, Achtzig Jahre dabei gewesen, P. 80-81; 安藤英治『回想のマックス・ウェーバー――同時代人の証言』133–134 頁)。この講演のテクストでは一度もアイスナーの名前は出てこない。しかし、ウェーバーがアイスナーを強く意識していたことは間違いない。

(3) ミュンヘンでの晩年のウェーバーについては Friedrich Wilhelm Graf/Edith Hanke, Bürgerwelt und Sinnenwelt: Max Webers München を参照。

(4) 例えば、メルケルの後任として首相になる前年に、オーラフ・ショルツは雑誌『シュピーゲル』のインタビューを受けている。そのタイトルは「オーラフ・ショルツ、マックス・ウェーバーを読む」であった (Dirk Kurbjuweit, „Olaf Scholz liest Max Weber")。日本でも、新聞の企画で、政治学者の姜尚中が何人かの政治家とウェーバーの講演をめぐって対談している。その第一回目の対談相手は、自民党の石破茂であった（石破茂・姜尚中「政治の器量 ウェーバー再考①」）。

(5) ドイツ語圏の読者には、「自民党リベラル派」という表現について、いくぶん丁寧な説明が必要であろう。戦後日本の政党政治では、一九五五年以降一九九〇年代になるまで、自由民主党（自民党）が基本的に単独で政権を担当していた。このため自民党には、さまざまな矛盾する理念や利害を持つ政治家が含まれていた。オットー・キルヒハイマーの言葉を使うならば、この政党は典型的なまでに包括政党（catch-all party）であった（キルヒハイマーについては野口雅弘『包括政党』以前のオットー・キルヒハイマー」を参照）。日本政治では「保守対革新」という図式が長らく用いられてきたが、冷戦構造の崩壊以後、一九九〇年代から「保守対

	ドイツ語（オリジナル）	
1904	»Objektivität«「客観性」論文（雑誌）	
1904/05	Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus プロテスタンティズムの倫理と資本主義の精神（雑誌）	
1915	Konfuzianismus und Taoismus（雑誌）	
1917	Wissenschaft als Beruf 仕事としての学問（講演）	
1919	Politik als Beruf 仕事としての政治（講演）	
1930		
1936		
1938		
1939		
1940		
1946		
1949		
1951		

	英訳	日本語訳
	Protestantische Ethik (trans. by Talcott Parsons)	
		職業としての学問、「客観性」 プロテスタンティズムの倫理と 資本主義の精神 職業としての政治 儒教と道教
	Science/Politics as a Vocation “Objectivity” The Religion of China	

ストを読むことで、彼らは権力行使を慎む姿勢を再確認していった。

二〇二二年二月の、ロシアによるウクライナ侵攻以来、ドイツでも日本でもしばしば時代の転換（Zeitenwende）が語られている。安全保障に対する人びとの関心は高まり、防衛予算も増大している。とりわけ日本では、タカ派として知られる高市早苗が首相になることで、こうした傾向が強まっている。この状況については、さまざまな議論がありえる。しかし、一つ確実なことがある。この状況にあって、自民党リベラル派の価値が見失われつつあるということである。「有事」が　日常的に語られるようになると、権力に対する繊細な感覚はどうしても鈍くなる。たしかに、ジレンマ、緊張、自制という観点だけでは、制度改革を論じることはできない。そうした限界はある。しかし、権力との向き合い方という視点での考察が必要な局面はある。[52] 今のような時代状況だからこそ、自民党リベラル派によるマックス・ウェーバーの読み方にあらためて光を当てる意味があのではないか。本稿はこうした問題関心から書かれたものである。

ただ、このジレンマをどの観点から眺めるかによって、立場は異なってくる。責任を掲げて防衛力の強化を主張する立場になることもあれば、権力を自制的に行使することを主張する立場になることもある。ヘルムート・シュミットは前者であり、古賀誠ら、日本の自民党リベラル派は後者であった。

自民党リベラル派は、冷戦構造を背景として、日本社会党左派のように非武装中立を唱えるわけではなく、また自民党タカ派のように改憲と軍備増強を強く主張するわけでもなく、その間でバランスをとろうとした。古賀誠はテレビのインタビューで、ふたたび「悪魔」と言う言葉を使いながら、次のように述べている。

悪魔とも握手してね、それを達成するというのも「責任倫理」だと言ってるんですね、マックス・ウェーバーは。しかし、その悪魔の言う通りになったら本末転倒で、それは許せませんよねと。[50][51]

目的と手段の緊張関係をつねに考え、目的のためにはどんな手段を使っても許されるという「本末転倒」は避けなければならない。権力を持っているときほど、権力を慎重に扱うべきである。自民党リベラル派の姿勢は彼らのウェーバー理解に反映され、ウェーバーのテク

結語

マックス・ウェーバーの「仕事としての政治」を引用する政治家の多くは、「硬い板」の一節を引用する。[48]例えば、安倍晋三がそうであった。彼は衆議院本会議で靖国参拝をめぐる責任を問われたとき、ウェーバーに言及しながら「今後とも、私は、マックス・ウェーバーが「職業としての政治」の中で最後に説いたように、情熱と判断力の二つを駆使して、どんな事態に直面しても断じてくじけない政治家でありたいと考えております」と答弁している。[49]

この答弁で安倍は、信条倫理と責任倫理の関係についても述べている。しかし、彼の力点はやはり「どんな事態に直面しても断じてくじけない」というほうに置かれている。こうした解釈とは異なり、ドイツのSPD右派のヘルムート・シュミットと日本の自民党リベラル派は、平和主義と武力行使のジレンマにアテンションを向けた。平和構築のためには一定の暴力ないし軍事力が必要である。しかし、軍事力の行使は平和主義の原則を損なうことになりかねない。手段として暴力を使う政治の論理と倫理的な平和主義の論理はどうしても対立してしまう。一つの最適解があるわけではない。政治のアクターはこのジレンマを何らかの形で引き受けなければならない。このジレンマを引き受ける点で、SPD右派と自民党リベラル派は共通していた。

このインタビューで記者が古賀に「権力の怖さを一番実感した時」を尋ねると、「それは今です」と、彼は答えている。[45] 安倍政権のもと、集団的自衛権の限定的行使容認と自衛隊の活動範囲の拡大が決定された。記事が掲載されたのは、その直後の時期であった。

もう一度、古賀のウェーバー理解に戻りたい。ウェーバーが「悪魔」の一節を語るとき、その言葉が向けられていたのは、信条倫理的平和主義者たちであった。彼はフェルスターに対して、「善からは善だけが、悪からは悪だけが生じる」とは限らず、しばしばその逆であると述べた。[46] 平和を平和的手段によって実現しようとしても、どうにもならないことがある。暴力によってしか解決できない課題がある。「こんなこともわからない人は、政治的にはお子さまにすぎません」。[47] ウェーバーはこのように平和主義者を切り捨てる。

少なくともこの文脈で、ウェーバーが政治家に求めているのは、権力行使を控えることではない。彼が求めているのはむしろ、「冷静さ」や「距離への情熱」をもって、必要なかぎりで軍事力を行使することである。この点で、権力を行使する責任を強調したシュミットはウェーバーの議論を引き継いでいる。これに対して古賀は、権力を握っている側が権力行使を自制することのほうに力点を置いて、ウェーバーの政治理論を理解している。

理的パラドクス」を抱え込まざるをえないことを強調している。かつての日本社会党左派は自衛隊を憲法違反の存在だと主張していた。彼らは暴力にともなう倫理的パラドクスを否定する信条倫理に立脚していたとも言える。[43]

これに対して古賀は、倫理的パラドクスを引き受ける。そして暴力ないし軍事力の行使のみならず、権力一般に目を向けつつ、彼はこの箇所から権力行使を自制することの大切さを結論として導き出す。「権力というものは、それはね、怖いことですよ。我慢も辛抱もやめて、決めてしまえば決まる、という場面はいくらでもあるわけですから。でも、ヴェーバーの言うように激情だけではだめだ、冷めた頭脳でいなければいけない、と自分を戒めたことが何度もあります」と、彼は述べる。[44]この記事の見出しは「権力は怖いもの、自戒何度も」となっている。

自由民主党は日本の保守政党であり、平和条項である憲法九条を改正し、防衛力を強化することを主張する議員を多く含んでいる。安倍晋三元首相などはその代表であった。これに対して古賀は護憲派として知られている。彼の父は戦争中、もっとも凄惨な戦場で、「死の島」とも呼ばれたフィリピンのレイテ島で亡くなっている。彼は保守の政治家として、戦争に反対し続けた。古賀が権力行使にきわめて慎重な姿勢を示し、そこに力点を置いてウェーバーを理解するのも、彼の政治信条とつながっている。

バー理解のほうにある。ここでは、著名人が自分にとって大事な本を語る「思い出す本 忘れない本」という特集で、古賀が『職業としての政治』について語っているインタビュー記事を取り上げたい。[39]

古賀によれば、初当選した際に、自民党の先輩議員からこの本を渡されたという。その先輩議員というのは、自民党ハト派の派閥である宏池会の田中六助であった。彼はたびたびウェーバーの話をすることで知られており、「保守本流」を定義するのにもウェーバーを引き合いに出していた。[40]

田中はこのとき古賀に「これを何十回でもいいから読みなさい」と言ったという。そして古賀は実際に「もう何百回と読みました」と述べている。先述の大島は、小渕恵三が首相のとき、国対副委員長として古賀国対委員長のもとで働いていた。自民党が単独過半数を割る状況で、難しい調整が必要とされる時期であった。そのとき「古賀さんは手元にマックス・ウェーバーの『職業としての政治』をいつも置いていた」と、大島は証言している。[41]

このインタビューで古賀は、ウェーバーの講演から「悪魔の力と手を結ぶ」という一節に注目している。該当するのは、次の箇所である。「政治を行う者は、悪魔的な力と関係を結ぶのです。そして、この悪魔的な力は、暴力行為のなかになら、どこにでも潜んでいる」。[42] ウェーバーは政治が暴力という手段を使うものであるということ、そしてそうであるがゆえに「倫

て読んでいたのか。格好付けていたのかもしれません」。[37]

大島は「格好付けていた」と語っている。これは日本の保守系の政治家特有の謙遜なのかもしれないし、実際にそうであったのかもしれない。いずれにしても、彼の話は、ウェーバーの本が日本の政界に流通していたことがわかるエピソードである。そして、もう一つ、指摘しておきたいことがある。日本の政治家でウェーバーの本を好んで引用する人の多くが、自民党のリベラル派に属しているということである。ドイツのヘルムート・シュミットがSPD右派であったとすれば、日本でウェーバーに言及するのは、主として自民党リベラル派であった。さきほどの大島もハト派の三木武夫元首相の派閥の系譜に属していた。

おそらく歴代の自民党の議員の中でも、もっともマックス・ウェーバーに言及してきたのは、古賀誠であろう。ドイツの読者で彼の名前を知っている人は少ないに違いない。古賀は三十年以上にわたって衆議院議員を務め、運輸大臣などを歴任した。しかし、彼が活躍したのは、そうした表舞台というよりも、自民党内、そして政党間の交渉や調整においてであった。彼は自民党の国会対策委員長、そして幹事長として活躍した。[38]海外のメディアで古賀が取り上げられることが少なかったのも当然である。しかし、このことは日本政界で彼が果たした役割が小さかったということを意味しない。

もちろん、本稿の関心の所在は、古賀の政治活動やキャリアではなく、彼のマックス・ウェー

こうした多様な解釈の可能性がある中で、ヘルムート・シュミットの解釈はかなりのところウェーバー自身の意図に沿ったものであると言える。シュミットはウェーバーの信条倫理を彼の時代の平和運動と重ねて理解し、それに対して責任倫理を対置した。

第三章　日本の政治家の場合

日本の国会での審議でも、ウェーバーはよく引用されている。国会会議録検索システムでは、一九四七年の第一回国会からすべての会議録が検索可能になっている。これで検索すると、マックス・ウェーバーの名前が出た回数は、二〇二五年十二月二十七日現在で、百三十三回ということがわかる。相手が知らない人名や書名を引用しても無意味なので、この引用回数の多さは、日本の国会議員の間でウェーバーについての一定の知識が共有されているということを示唆している。

大島理森は自由民主党の政治家で、二〇一五年から二〇二一年まで衆議院議長も務めた。衆議院議長の在職期間は歴代最長である。彼は『日本経済新聞』のインタビューで、次のように述べている。「気に入った本は何冊も買って周囲にあげたりします。昔はマックス・ヴェーバーの『職業としての政治』を「これを読め」と若い人に配ったりしましたが、自分でもわかっ

ユ条約とワイマール憲法を見据えながら提示されている。こうした意味での責任によっては、核兵器や原子力発電を論じることはできない。

しかし、すでに述べたように、責任倫理についての彼の発言は、さまざまな政治状況にあって、それに応じて議論することができる。アイリス・ヤングの「正義への責任」は、構造的不正義を将来に向けて共同的に解決することを求める。[34] こうした議論は、ウェーバー自身の意図を大きく超えている。それに加えて、国民国家を前提とした彼の議論は、グローバル・ジャスティスの理論家たちにとって、まさに批判の対象である。しかしそれでも、ヤングの理論をウェーバーのテクストと関連づけることはできる。一見すると何ら罪のない、私たちの日常が誰かの犠牲によって成り立っていることに注意を向けるヤングの責任論は、「都合が悪い事実」と向き合い、[35] 価値の対立を引き受けることを求めるウェーバーの「価値自由」論と接続可能である。

あいまいさは長所でもあり、短所でもある。ウェーバーにおける責任概念の多義性は政治家にとっては都合がよいかもしれない。自分の状況に引き付けながら、かなり自由に引用できるからである。しかし、議論の厳密さが求められる研究者にとっては、やはり好ましいものではない。控えめに述べても、それは扱いにくい。現代の規範的政治理論の研究者がウェーバーから離れるのにも理由がある。[36]

シュミットは、ウェーバーを参照しつつ「現実主義的」に核兵器について議論した。政治における暴力行使の問題を直視しようとする立場を現実主義と呼ぶならば、ウェーバーもシュミットもこの枠に入る。しかし、両者には時代の違いがある。一九二〇年に死去したウェーバーは、広島・長崎以前の人である。核戦争が全人類を滅亡させることができる時代にあってもなお、彼が一九一九年の講演のような仕方で責任倫理を論じるかどうか。この点については議論が分かれるだろう。

ウェーバーは行為の結果に対して責任を負うことを政治家に求めた。この点については争う余地はない。しかし、このときの結果とは何を指すのかについてはあまりに広い解釈の余地がある。福島第一原発の事故のあとも、日本政府は基本的に原子力発電を推進している。この政策が「現実的」であるとも主張されている。たしかに、原発に頼ることで現在のエネルギー需要に対応することは、一つの責任の果たし方ではあるかもしれない。しかし、将来の世代に対して、この路線が責任を果たすものなのかどうか。この点については、かなり疑わしいようにみえる。

ウェーバーのテクストからこうした問い対して一義的な答えを導き出すことはできそうにない。一九一九年一月に「仕事としての政治」について話したとき、彼は第一次世界大戦の敗戦とドイツ革命の展開を意識して責任について考察している。彼の責任倫理はヴェルサイ

のウェーバーの講演は、当時の急進的な平和主義者を批判することを一つの目的としていた。ウェーバーは「仕事としての政治」で、当時ミュンヘン大学の哲学者・教育学者であったフリードリヒ・ヴィルヘルム・フェルスターに言及している。ウェーバーが信条倫理という言葉を用いたとき、その倫理が該当する一人はフェルスターであった。ウェーバーは次のように述べている。

> ぼくの同僚にF. W. フェルスターがいます。その信条の純粋さから、個人的に彼のことを尊敬していますが、もちろん政治家としては無条件にダメです。彼の著作に書かれていますが、善からは善だけが、悪からは悪だけがでてくるというシンプルなテーゼによって、フェルスターはこの困難を回避できると信じています[32]。[33]

フェルスターは急進的な平和主義者として、ミュンヘンの革命政府を率いていたクルト・アイスナーの外交にも関与していた。これに対してウェーバーは、戦争への抵抗が自動的に平和をもたらすわけではないと考えていた。このようなウェーバーの立場は、核装備反対派に対するシュミットの立場と対応している。SPD右派のシュミットの立場は、ウェーバーの責任倫理と親和性が高かった。

は彼のウェーバー論を展開している。ウェーバーとオルド自由主義の関係についても、それなりに議論の余地がある。[30] しかし、この場合にも、政治家としてのショイブレの政治的スタンスがそのウェーバー理解につながっていることが確認できる。

政治家によるウェーバーへの言及をアド・ホックに挙げていけばキリがない。そろそろ本題に入りたい。ドイツの政治家で、マックス・ウェーバーについてとりわけ深く理解していたのは、一九七四年から一九八二年まで西ドイツの連邦首相を務めたヘルムート・シュミットである。彼はウェーバーだけでなく、イマヌエル・カントやカール・ポパーなどにも言及する、非常に知的な政治家として知られていた。首相退任後、シュミットは Die Zeit の共同編集者としても活躍した。

とりわけ核装備をめぐる議論において、シュミットはマックス・ウェーバーに言及している。シュミットは平和運動の活動家の思考を信条倫理（Gesinnungsethik）として特徴づけ、核装備の問題は「責任倫理（Verantwortungsethik）のカテゴリーでのみ応答されうる」と主張した。[31] もちろん、彼は単純に核兵器を称賛しているわけではない。彼が強調したのは、信条倫理的な平和主義だけでは、現実的に平和を守ることはできない、という点であった。この文脈で彼はウェーバーを引き合いに出した。

シュミットによる責任倫理の理解は、オーソドックスなものであると言える。一九一九年

しかしながら、妥協をキーワードにしてウェーバーの責任倫理を理解することについては、議論の余地があるかもしれない。第二次世界大戦後の日本の政治学は、決定の主体が不明確なまま、「ずるずる」と無原則に現状追認していったことへの反省から始まった。[28] こうした観点を重視する人は、責任倫理の名のもとで妥協を強調することに慎重になるだろう。結果に対する責任を引き受けようとするほど、妥協を拒否する必要が出てくる場合もありうる。妥協をめぐる評価は状況と対象に大きく依存する。このため、責任と妥協は必ずしも直結しない。しかしこうした論点はあるものの、二〇一九年のメルケルの講演には、彼女の政治スタンスと呼応するウェーバー理解が明確に現れていた。

キリスト教民主同盟（CDU）の重鎮で、財務大臣や連邦議会議長を歴任したヴォルフガング・ショイブレも、マックス・ウェーバーについて書いている。二〇一九年一月十七日付の『フランクフルター・アルゲマイネ』に、彼は論説「バランスを保つ。情熱・責任感・目測能力――マックス・ウェーバーが今なお私たちに語りかけるもの」を寄稿している。[29] ここで彼は社会的市場経済との関係で、ウェーバーを論じている。ウェーバーを社会的市場経済、あるいはオルド自由主義の系譜で解釈することは、日本ではまず考えられない。しかし、ウェーバー自身のテクストというよりも、ドイツでウェーバーを受容してきた人たちの思想がこうした系譜に近かった、ということは事実である。このような知的伝統を背景として、ショイブレ

二〇一九年は「仕事としての政治」の講演から一〇〇年、二〇二〇年はウェーバー没後一〇〇年であった。このため、とりわけドイツの政治家からウェーバーの名前が出ることが多かった。

例えば、アンゲラ・メルケルである。二〇一九年一月のダボス会議における演説で、当時首相であった彼女はマックス・ウェーバーを引用した。メルケルはこの演説で、多国間主義よりもナショナリズムを優先する傾向を問題にした。この文脈で彼女は、ウェーバーの「責任」に言及し、「妥協とは、政治家による責任ある行為の結果である」と述べている。[25] この演説は、主としてドナルド・トランプ大統領のアメリカ第一主義に向けられている。アメリカの国益を露骨に主張しながら非協調的に振る舞うことに対して、メルケルは責任の名のもとで妥協を訴えた。

たしかに、信条倫理と比べれば、[26] 責任倫理には妥協の可能性がより多く含まれる。「政治家は妥協すべきものであり、妥協しなければならない。しかし、私の仕事は学者だ」。[27] ウェーバーはくりかえしこのように述べ、学問と政治を厳しく区別している。彼の政治家論において、妥協は不可欠な要素である。

きている。もちろん、職業は国勢調査など、行政の文章では依然として用いられている。しかし、一般の人びとの日常的なキャリア形成という文脈では、この言葉の使用頻度は確実に下がっている。社会の流動化によって、一生涯にわたり一つの業界・業種で生きていく蓋然性が低くなってきたことが、職業という言葉を使いにくくさせている一因である。この言葉はどうしても固定的な印象を与える。大学生が就活（就職活動）などで読む本やジャーナルの記事では、「やりがいのある仕事」「成長を実感できる仕事」など、職業ではなくむしろ仕事という表現が用いられる傾向にある。政治家についても同様である。[23]

こうしたこともあり、私はウェーバーの二つのベルーフ・レクチャーを『仕事としての学問 仕事としての政治』というタイトルで翻訳し、新訳を刊行した。[24]職業ではなく、仕事を使うというワード・チョイスについては当然のことながら、賛成の意見も反対の意見もある。仕事という言葉は英語のjobの訳語としても用いられることも多いので、職業よりもかなり軽い印象を与えてしまうという難点もある。しかし同時に、仕事は、事（柄）に仕える、というコミットメントの意味合いを持ちうる言葉でもある。拙訳では後者の点を強調している。

ここで訳語の優劣をつける必要はないだろう。以上は、あくまでウェーバーのベルーフ講演の日本語訳をめぐる補足的な説明である。

ドイツ語版のタイトルはSchriftsteller als Beruf ではなく、Von Beruf Schriftsteller となっている。日本語で職業といえば、中学校の教員、IT技術者、看護師、ラーメン屋、土地家屋調査士などになる。末尾に「員」「者」「師」「屋」「士」などが付くことが多い。これに対して、ウェーバーの講演はベルーフとしての「科学者」や「政治家」ではなく、ベルーフとしての「学問」、そして「政治」である。「職業としての」という書名が日本であまりに定着しているので疑われることは少ないが、日本語の「職業としての」とドイツ語の als Beruf の間にはいくぶんズレが存在する。

もともと神から呼びかけられる（Berufung）というベルーフの意味は、日本の知的伝統においては、理解するのが容易ではない。ベルーフの訳語として「天職」が使われることがある。大塚久雄による翻訳『プロテスタンティズムの倫理と資本主義の精神』では、ベルーフの訳語として職業と天職が文脈に応じて使い分けられている。[21] たんなる営利活動を超越した規範的な意味を含むという点で、天職はそれなりに適切な訳語であると思われる。しかし、「天」という儒教的な概念を入れることをめぐっては異論がありえるだろう。調和的な秩序を想定する天の概念は、現世支配や現世改造と結びつくベルーフとは必ずしも一致しない。少なくともウェーバーは、両者の対立関係を強調していた。[22]

こうした難しさに加えて、職業という日本語の言葉の使い方については、別の問題も出て

にして政治を語るウェーバーも、そして友と敵の区別によって「政治的なもの」を定義するシュミットも、日本における一般的な政治理解からすると、相当に異質なものであった。間柄（Zwischenmenschlichkeit）に注目する和辻哲郎の『人間の学としての倫理学』など、広く読まれていた当時の文献と比較すれば、この異質性は明らかである。[15]

一九三〇年代の最初の翻訳以来、ウェーバーの二つのベルーフをめぐる講演は『職業としての学問』と『職業としての政治』というタイトルで親しまれてきた。現在では両者ともに、ドイツのレクラム文庫に対応する岩波文庫から刊行され、ロングセラーになっている。[16]

ウェーバーの翻訳の影響もあり、日本語の本のタイトルには「職業としての」が用いられることがよくある。『職業としてのジャーナリスト』、[17]『職業としての編集者』、[18]『職業としての官僚』など、[19]実際にかなりたくさんの著作が存在する。

ドイツでもよく知られている小説家の村上春樹も『職業としての小説家』を書いている。[20]この本は小説ではなく、小説の書き方を論じたエッセーである。その内容も興味深いが、私の関心はもちろん、「職業としての」という表現のほうにある。村上がウェーバーを読んでいるのかどうかは定かではない。しかし、こうした書名を付けるとき、村上ないし彼の担当編集者がウェーバーの邦訳タイトルを意識しなかったはずはない。

村上のこのエッセイも、他の彼の作品同様にドイツ語に翻訳され、刊行されている。この

の「価値自由」がイデオロギー的なプロパガンダへの批判の論理として使われた。当時のドイツでは、批判的知識人の多くがアメリカに亡命した。テオドール・アドルノ、マックス・ホルクハイマーら、フランクフルト学派の人々、そしてハンナ・アーレントなどはいずれもアメリカで研究を続けることになる。これに対して日本では、ウェーバーを読むことが「国内亡命」の意味をもった、とシュヴェントカーは指摘する。[11] ウェーバーの著作は、権威主義体制と戦争に対する抵抗の論理として受容された。

こうした事情から、日本ではリベラルおよび左派の知識人がマックス・ウェーバーを肯定的に読むという伝統が形成された。カール・マルクスとマックス・ウェーバーは、しばしば二者択一的に理解されるが、日本では両者を結びつけようとする研究が蓄積されてきた。日本のウェーバー研究の先駆者である大塚久雄も、マルクスとウェーバーを架橋しようとした経済史家であった。[12] 彼が一般向けに書いた二冊の岩波新書は、いずれもマルクスとウェーバーを主題としている。[13]

本稿の主たる考察対象である Politik als Beruf も、一九三九年に「職業としての政治」というタイトルで翻訳された。興味深いことに、ウェーバーの「職業としての政治」は、カール・シュミットの「政治的なものの概念」とセットで、『政治の本質』という論集に収められて出版された。[14] 戦時体制下で、政治権力と危機の問題が強く意識されていた。権力を中心

ウェーバーは一九二〇年に死去した。ドイツでは、危機のワイマール時代にあって、彼の業績は忘れられていく。これに対して日本では、一九三〇年代にウェーバーのテクストが精力的に読まれるようになった。一九三七年に北京近郊で起きた盧溝橋事件から、日中戦争が始まる。戦時下にあって、学問の自由は制限されていく。大学でマルクス主義の文献を研究することもしだいに難しくなっていった。日本でウェーバーが発見されたのは、まさにこの時代であった。

『独逸社会政策思想史』などの著作で知られる経済学者の大河内一男は、戦後になって戦中の事情を回顧しながら、次のように述べている。

人びとはマルクスの線から一歩後退してウェーバーの線に就いた。それは現象的には明らかに、社会科学に対する「没価値」的な〔…〕「客観性」を代表するものであったが、しかも実質的には、戦争批判の最も有力な形態であり、〔…〕しかも社会科学的立場を守ろうとするための、いわば最低条件であった。だから、ウェーバーの線を守れ、あるいは、ウェーバーの線まで出ろ、というのが、当時社会科学に従うものの合言葉であった。[10]

マルクス主義的なアプローチによる政府や戦争への批判が封じられた状況で、ウェーバー

の著作の受容については、日本のウェーバー研究がその読み方の幅の拡大に貢献してきた。ヴォルフガング・シュヴェントカーのMax Weber in Japan（邦訳『マックス・ウェーバーの日本』）以来、[6]日本語以外の言語圏の人びとにも、日本で特有の仕方で展開されてきたウェーバー研究が知られるようになった。そして、シュヴェントカーの研究を起点として、さまざまな国や学派におけるウェーバー受容の研究が活況を呈してきた[7][8]。

ウェーバーの政治理論についても、日本における彼の著作の受容についても、本稿では詳しく論じることはできない[9]。ここでは、日本における「仕事としての政治」の受容に対象を絞ることにする。まずは翻訳の歴史を整理し、そのうえで「としての職業」という日本語の表現について考えてみたい。

ウェーバーの著作の翻訳について興味深いことは、ほとんどのウェーバーの著作が英語よりも先に日本語に翻訳されたということである。下記の【年表】で示されているように、ウェーバーの主要著作は、一九三〇年代に日本語に翻訳された。これに対して英訳が出るのは、主として第二次世界大戦後のことである。唯一の例外が『プロテスタンティズムの倫理と資本主義の精神』であった。この有名な著作は、一九二五年から一九二七年にかけてハイデルベルクで国民経済学を学んだ社会学者タルコット・パーソンズによって、一九三〇年に英訳された。

は批判の対象になる。しかし、その隙間ゆえに読者は自分に引き付けて、その文献を読み、考え、その人なりのコメントを書き加える。古典的文献は、活字となったその文献のテクストだけでなく、その後の時代の多様な読み方によって深みや豊かさを獲得する。とりわけ、ウェーバーの著作で最も有名な『プロテスタンティズムの倫理と資本主義の精神』には、隙間がある。そしてこの論文が古典になったのは、この隙間と、それに由来する多彩な解釈ゆえである。

本稿では、ドイツと日本の政治家がいかに講演「仕事としての政治」を読んできたかを扱う。まず第一章では、日本における「仕事としての政治」の翻訳と受容についての関連情報を提供する。それに引き続いて、第二章と第三章では、ドイツと日本の政治家がどのようにウェーバーを読んできたかを検討する。ドイツと日本の政治家によるウェーバー読解を比較することで、とくに自民党リベラル派の読み方に注目が向けられることになるだろう。[5] この系譜について考察することが、本稿の主題である。

第一章「仕事としての政治」の翻訳と受容

古典は多様な読み方を許すがゆえに古典になる、と先ほど述べた。マックス・ウェーバー

は、アイスナーや若い劇作家のエルンスト・トラーなど、具体的な何人かの顔を思い浮かべながら、ベルーフとしての政治について語った。[2] この講演は「政治とは何か」についての一般的な考察であると同時に、時局的な発言でもあった。このテクストを理解するには、その時代の文脈についての最低限の知識が欠かせない。[3]

それにもかかわらず、このテクストは歴史的文脈から離れて、別の時代の文脈で、またドイツ以外の国の事情を背景として、実にさまざまに読まれてきた。厳密なアカデミズムの論理からすれば、そうした諸々の解釈は誤読ということになるかもしれない。しかし、生産的な誤読とでも呼べるものがないわけではない。誤読であるかもしれないが、その読み方には独自の意味があるような、そうした解釈が生み出されることもある。

さらに、解釈や強調点が異なるというのは、別の利点を持つ。そうした差異に注目することで、テクストの読み手の側の思考や論理を考察することができる、というのがその利点である。政治家による読解には、しばしばその政治家の政治信条や政界でのポジションなどが反映されやすい。新聞や雑誌のインタビューなどで、「仕事としての政治」[4]をどのように読んでいるかが問われることがあるが、この質問には十分な理由と意味がある。

そもそもある文献が古典となるには、なんらかの隙間が必要である。隙間があるせいで、その文献の一義的な解釈は難しくなる。今日の学術研究の規範からすると、このような隙間

日独の政治家とマックス・ウェーバー
― 自民党リベラル派の Politik als Beruf[1]

野口雅弘

はじめに

マックス・ウェーバーの講演 Politik als Beruf（「仕事としての政治」「職業としての政治」）は、社会学者や政治学者だけでなく、広く一般にもよく知られている。この講演は新聞の論説などでも言及されることがあるし、このテクストの一節を引用する政治家も少なくない。とりわけ責任倫理と信条倫理（心情倫理）、政治家に必要な三つの資質として挙げられる情熱・責任感・目測能力（判断力）、そして講演の最後で用いられる「硬い板に穴をあける」という表現などはとくに有名である。

しかし、この講演は、実はそれほどわかりやすくはない。ウェーバーがこの講演を行ったのは、一九一九年一月二十八日のミュンヘンであった。前年の十一月にキール軍港の水兵が蜂起したことから、ドイツ革命が始まった。ミュンヘンでも、バイエルン人民共和国が樹立され、クルト・アイスナーが初代首相に就任していた。アイスナーはこの講演の一カ月後、右翼の青年によるテロで命を落とすことになる。こうした濃密な政治状況にあってウェーバー

文献

［欧文］

Effinowicz, Ruth: Die Grenzen des Kollektivs. Japanische Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie. In: Kurishima, Tomoaki/Wolff, Daniel/Kaspar, Johannes (Hrsg.): Individualität und Kollektivität. Deutsche und japanische Perspektiven auf Recht Kultur und Rechtskultur. Tübingen 2025, P. 127–147.

［邦文］

週刊文春（2020年7月30日）『Go Toキャンペーン受託団体が二階幹事長らに4200万円献金』、https://bunshun.jp/articles/-/39127。

高橋雅人（2017）『多元的行政の憲法理論』法律文化社。

丸山眞男（1961）『日本の思想』岩波書店。

(1) ドイツの「行政の民主的正当化論」によれば、ドイツ基本法二十条二項にいう民主主義原理の憲法要請からして、人的・組織的正当化と事項的・内容的正当化が「十分な正当化水準」を満たさねばならない。この考え方によれば、一方の正当化が不足する場合、他方の正当化が濃密であれば、水準を充足する。本来、内閣の決定は、閣議に基づくものだとすれば、閣議に参加する各大臣が決定することが求められる。であれば、その前提となる専門家が実質的に決定している事態は、閣議を空洞化し、決定の主体を、民主的正当性のない前方の専門家にずらしてしまっているのではないか。民主的正当化については、高橋雅人『多元的行政の憲法理論』（法律文化社、二〇一七年）。

(2) 一九九七年には、最高裁は愛媛県が神社に対して行った玉ぐし料等の奉納を違憲とした。最大判平成九・四・二民集五一巻四号一六七三頁。

(3) もちろん、Ruth Effinowitz, Die Grenzen des Kollektivs P.127ff. が示すように、自粛要請に日本人が従順に常に服従するというわけではなく、一方で「反マスク運動」もあり一様ではないことは留意する必要がある。

(4) 一兆六七九四億円となる旅行・飲食などの需要喚起事業のための予算投入を行い、「Go To トラベル」の業務は、業界関連団体によって構成された「ツーリズム産業共同提案体」に委託された。後に、この団体に名を連ねる団体から、二階ら自民党議員三十七名に少なくとも総額四二〇〇万円の献金が行われていることがわかった。「Go To キャンペーン受託団体が二階幹事長らに四二〇〇万円献金」週刊文春二〇二〇年七月三十日号 https://bunshun.jp/articles/-/39172

(5) 専門家の組織の側の問題でもあった。組織改編として、専門家会議が廃止された後にできた新型コロナウィルス感染症対策分科会は「判断・発信するのは政治家で、専門家は助言に徹する」という基本的スタンスを継承していた。これにより、コロナ対策で人流を抑えるより、経済を優先したい政権を動かすことができなかった。専門家が政府に助言しても、不人気な決断を下す責任を大臣間で押し付け合って、結局素早い対応ができなくなっていた。

(6) オリンピック・パラリンピックの開催についても、分科会は二〇二一年三月頃、政府が政策判断を行いやすくするため新たな感染指標を提示したが、菅首相は東京五輪開催を優先し、具体的説明や判断を避けた。最終的に開催は IOC 副会長の発言により事実上決定された。

(7) 丸山眞男『日本の思想』（岩波書店、一九六一年）三八・三九頁。

おわりに

本稿では、日本政治における専門家関与の構造的問題を、ポピュリズム化の文脈と法的統制の課題として検討した。危機のたびに、政治が外部専門家の助言を受けて意思決定を行う手法は定着してきた。そのこと自体は、合理的統治を支える知的基盤として一定の意義をもつ。しかし他方で、その過程が制度的に不透明である場合、政治的責任の所在が曖昧化し、民主的統制が損なわれる危険を内包する。専門家の知見を政治決定に活かしつつ、それが「責任回避の装置」として機能しないよう、制度的な枠組みを整備しなければならない。その方向性として、①専門家関与の透明性の制度化と、②専門家関与に対する司法審査の厳格化という二つのテーゼを提起した。

専門知の政治的利用をめぐる課題は、単に科学技術政策や感染症対策にとどまらず、現代国家がいかに「知」と「民主主義」の緊張関係を制度的に調停するかという根本問題に関わる。いま必要なのは、外圧や権威に依存する日本の政治構造を超え、説明責任と透明性を制度として埋め込み、主体的な政治を構成する規律である。本稿で提示した二つのテーゼは、そのための第一歩としての枠組みである。これをいかに具体的な立法設計と憲法解釈に接続しうるか――それは今後の課題となる。

私は、今後の制度設計に向けて二つのテーゼを考えている。第一に、重要な政策形成過程に専門家が関与する場合、その透明性を徹底的に高めること。具体的には、専門家の選任基準、所属・利益関係、報酬・予算の開示、議事録・意見書の公開および最終決定に対する政府の応答理由（レスポンス・ステートメント）の明示、といった制度的要件を法令上明確に位置づける必要がある。これにより、専門知が政治過程に与える影響を可視化し、国民的統制の射程に置くことが可能となる。第二に、そのような専門家関与の適法性について、司法が厳格な審査を行う体制を整えることである。専門家選任・助言過程における手続的瑕疵の審査密度を高めることで、政府が専門家の意見を採否する際の合理的理由づけを要請することにより、法治国家原理に基づく統治の正当性を回復することができる。このことは、専門知の活用を抑制するのではなく、むしろ政治判断の合理性を高め、ひいては民主的正当性を高める制度的補完として位置づけられるべきである。これらをどのように法律構成として理論化すべきかは、今後の課題として残されている。

このような取組みは、近年高まっている「科学への不信」や「フェイク情報」の拡散という問題を踏まえても、極めて重要である。政府が「知」といかに向き合うか――それは、ポピュリズムが勢いを増す今日、民主政国家の存立に関わる決定的課題である。

2 外部の専門家の事実上の影響

私的諮問機関は、法律上の根拠がないため、自由で柔軟な存在として機能してきた。しかし、日本においては、まさにその「融通無碍さ」や「柔軟さ」が、政治の無責任を誘発する危険をはらむことを、これまでの事例が示している。したがって、その簡便性と機動性という利点を保持しつつも、政治的責任の回避に利用されない制度的仕組みを構築する必要がある。

国家は、専門家の関与に関する情報――いかなる委員会において、どのような基準で、誰を、どれほどの予算で起用しているのか――を公開し、意思決定過程を透明化すべきである。政府の活動が党派的であること自体は、選挙を通じて民主的に正当化されうる。しかし、その決定が民主的統制の及ばぬ「見えない外圧」の存在によって実質的に左右されることは、民主主義原理から説明できない。政治的ブラックボックスを開き、その過程を明らかにすることで、無責任の統治構造から脱却しなければならない。

ドイツでは、民主主義原理（基本法第二十条第二項）に反する国家行為は違憲とされるが、日本では同様の客観法原理に基づく違憲審査は制度上認められていない。だからなおのこと、民主的正当性を欠く専門家の活動を政府の行為として引き取り、責任を問いうる体制を監視・検証する仕組みが必要である。

た外圧に押される過程そのものを可視化し、透明化することではないか。そうすることでこそ、民主的な政治過程の健全性を確保できるのではないかと思う。

専門家の位置づけに関していえば、ドイツでは外部専門家の選任や監督に民主的な統制を及ぼしつつ、「協議の場（Forum）」を積極的に設けるべきだという考え方が有力である。これにより、リスク認識が広く共有され、政策への社会的受容性が高まり、さらに知識の多元性を尊重する意思決定が可能になるという。理論的にはきわめて説得的であり、民主主義の成熟を支える制度的工夫といえる。

しかし、問題はそれが日本の政治文化において実効的に機能しうるかである。「協議」を形式的に行ったとしても、実際の決定は別の要因によって左右される余地は残る。また、日本社会は、こうした協議による「調和」をあえて法的に規律しなくとも、一定の自発的秩序が成立する文化でもある。外出自粛が強制なく進み、マスク着用が自然に定着した事実は、そのことを雄弁に物語っている。

したがって、日本における課題は、ドイツ型の制度を模倣することではなく、こうした自発的調和の文化を前提としつつ、外圧や専門知との関係をいかに可視化し、民主的説明責任の体系の中に位置づけるかという点にある。そこに、立憲主義の次なる課題があると考えるのである。

問題の本質は、統治の枠組みを定めた憲法の運用が、その根本原理に反している点にある。このような逸脱を防ぐためには、政治的意思決定に対して法的な歯止めを設ける制度が不可欠である。今日の議論の主題に戻るならば、それは私的諮問機関を法的に規律し、専門家の位置づけと政府の責任の所在を明確化する組織法・手続法上の整備にほかならない。ドイツの制度的取組みはその一つの参照点を提供している。この点は今後さらに研究を要する課題であるが、最後にその基本的構想を提示して、考察を閉じたいと思う。

1 日本の課題

日本は、西洋型の憲法思想を移入して近代国家を形成してきた。したがって、民主的責任を政府に帰属させ、その意味で主体的な政治的決定を政府に求めるという構造は、本来、日本においても当然の前提である。

しかし、制度としてそう設計されていても、実際の政治運営は必ずしもその理念に沿っていない。これまで見てきたように、アメリカや国際機関、あるいは専門家といった外部的圧力が実質的な決定を左右してきた。もちろん、政治家はそれに抵抗しようと努力しながらも、結局は押し切られてしまう——それが現実だろう。だとすれば、むしろ重要なのは、こうし

第三章 問題への取組み

思い起こせば、大日本帝国憲法の下にも、法的根拠をもたない元老や重臣が「超憲法的」に存在し天皇を「輔弼」していた。輔弼とは、天皇の意思を推しはかり、同時に助言を与えることでその意思に具体的内容を与える行為である。そこには、互いに依存しあう「もちつもたれつ」の関係が成立しており、結果として、天皇も元老も主体的決断を回避し、いずれも政治的責任を負わないという「無責任の政治構造」へと傾く危険を内包していた。[7]

権威というブラックボックスに政治的決定を委ねる「日本の政治構造」は、まさにこの無責任の構造の延長である。たとえ形式上、西洋的立憲主義の理念を取り入れた日本国憲法が存在しても、その運用を誤れば、旧来の政治構造がたちまちに再演される。すなわち、認識・責任・秩序形成のいずれの主体も、意思決定への参加意欲を失い、統治の実質が空洞化するのである。

本来、日本国憲法は明治憲法の反省のうえに運営されるべきものだった。しかし現実には、法的根拠を欠く組織が政府の意思決定を担ぎ上げ、決定主体としての自律性と責任主体としての明確性を失わせている。そこに再び巨大な「無責任の政治構造」が出現する危険が潜んでいる。

人事の統合的指導権を得た。しかし、コロナ禍においては、形式的には権限を備えながらも、首相の危機認識と政策判断が遅れ、制度の実効性は十分に発揮されなかった。

安倍政権が突如終わりを告げた後、菅政権期においても、経済優先の政策判断が続き、「Go Toキャンペーン」や東京オリンピック開催をめぐる対応では、専門家の助言が軽視された。[5] ここでは、説明責任の要請が十分に機能せず、政治がその判断の合理性を国民に対して説明する義務を果たさなかった点が問題である。[6] 専門家の意見に従うか否かは、最終的には民主的正当性をもつ政治の決定に委ねられるべきである。しかし、政治がその判断過程を透明化し、合理的理由を示して専門家意見を採否するのでなければ、統治の信頼は維持されないのである。

コロナ禍が示したのは、統治構造の権限集中よりもむしろ、専門知と政治責任を接続する制度的枠組みの欠如であった。専門的助言を政治決定に適切に組み込みつつ、その採否の説明を政府の責務として制度化する必要がある。

であった。その提言には拘束力がなく、政府はその意見を恣意的に利用する余地をもっていた。専門家が前面に立つ構図は、政治に対する信頼を補う一方で、説明責任の構造を空洞化させた。専門家会議の廃止後も、感染症対策分科会は助言に徹する方針を維持したが、政治がその助言を実質的な政策判断に転化する仕組みは確立されなかった。結果として、政治は科学的知見の選択的利用によって責任を回避し、専門知が民主的決定過程の外部化を促すという逆説が生じたのである。

しかし、その問題を反省した専門家が表立った発信を控えると、今度は政治の迷走が顕在化していった。この間隙に、観光業界と結びつきの強い政治勢力が影響力を強め、「Go To キャンペーン」が推進された。[4] 感染拡大への懸念を無視して事業が実施され、結果として感染の「第二波」を招いた。尾身は単独で記者会見を開き、帰省自粛を呼びかけたが、政治と専門家の協働体制はすでに崩壊していた。

3 政治責任への還流不全—統治の側面

一九九〇年代の統治構造改革は、阪神・淡路大震災で露呈した政府の危機対応能力の欠如を教訓に、官邸への権限集中を進めたものであった。その成果として、首相は行政管理・予算・

2 説明責任の空洞化―手続的側面

政府は慌てていた。二〇二〇年二月二十九日、日本政府は専門家の意見を聴取しないまま、全国の小中高校に対する一斉休校を要請した。期間は春休み明けまでの一か月とされ、科学的根拠よりも政治的判断が先行した措置であった。当時すでに小中学生が感染拡大の主要経路でないことは明らかであり、この合理性を欠いた決定は、保護者の就労や地域生活に大きな混乱をもたらした。

さらに政府は、全国への布製マスク配布など、象徴的ではあるが実効性の乏しい政策を打ち出した。品質不良による回収問題も生じ、国民の信頼を著しく損ねた。ここにおいて、緊急時における政策決定の透明性と説明責任の欠如、すなわち統治権の行使に対する民主的統制の緩みが顕著に現れたのである。

四月七日、政府は七都府県に緊急事態宣言を発出し、従来の「クラスター対策」から行動制限を中心とする政策へと転換した。この際の首相記者会見には外部専門家の尾身茂が同席し、政策の科学的根拠を説明した。形式上は政治の判断であるが、実質的には専門家の説明が国民への説得を担い、政治的責任の所在が曖昧化した。同月十六日、緊急事態宣言は全国に拡大されたが、政策の中心に位置したのは、法的根拠をもたない私的諮問機関「専門家会議」

感染拡大が社会的危機として認識されるきっかけは、横浜港に停泊したクルーズ船内での集団感染である。二〇二〇年二月十四日、厚生労働省は「新型コロナウィルス感染症対策専門家会議」を設置した。これは、厚労省が大臣の私的諮問機関として設置したものであった。（後に、法的根拠をもつ公的機関として新型インフルエンザ等対策有識者会議の下に設けられた「新型コロナウイルス感染症対策分科会（新型インフルエンザ等対策特別措置法第十五条に基づく公的諮問機関）」が設置され、助言体制の制度化が図られている）。当初この機関はクルーズ船対策を目的として活動していたが、やがて政府全体への助言機関へと発展した。この頃、厚労省は感染対応に追われ、的確な対策を提示できずにいた。パンデミック対応の経験を有する官僚も欠いており、当初は専門家への主導権移譲を避けようとしたものの、専門家会議の意見を大臣が追認する形で政策を進めるしかなかった。この段階では、政府の「諮問」という手続は形骸化し、専門家主導で対策を進める体制が確立していった。

この専門家主導のイメージを決定的としたのは、WHO 西太平洋地域事務局長として SARS 対策を指揮した尾身茂が、同年二月二十四日、NHK の夜のニュースに出演した後、続けて、専門家会議による記者会見を厚労省で開いたときだった。これを機に、専門家会議の発信力と求心力は急速に高まり、逆に官邸の影響力は低下した。危機管理や安全保障を政権の強みとみなしていた安倍政権の大きな転換点となり、以後、政権の勢いは明らかに衰退していった。

第二章　危機における専門知―コロナ禍

この十五年の間に、日本では二度の「緊急事態宣言」が発出された。第一は二〇一一年の原発事故、第二は二〇二〇年以降の新型コロナウイルス感染症の拡大である。両者はいずれも、国家が専門家といかに向き合い、危機下でいかに統治の正当性を維持するかという根本問題を突きつけた。本書の性質上、以下ではコロナ禍に論及する。

1　パンデミック初動における専門家と政治のねじれ―制度的側面

新型コロナウィルス感染症が拡大し始めた当初、日本政府を率いていたのは、強権的な政策決定・遂行を特徴とする第二次安倍政権であった。同政権は、新型コロナウィルス感染症への対策としては、専門家の扱いをめぐって早くもつまずいていた。実はこれに先立つこと、に先立つこと、二〇〇九年の新型インフルエンザ流行時に、医師免許を有する医系技官が官僚機構の中核として、民主党政権下でパンデミック対策に当たっていた。二〇一二年に自民党が政権に復帰後、これらの技官たちは出世コースから外されていたのだった。その結果、コロナ発生時、政治と医療の連絡役を担う医系技官が官僚機構内に不在であり、外部の専門家が政策決定の中心に直接関与する構図ができたのだった。

ここに見られるのは、専門家の知見が政策を合理化するという前提のもとで、法がその過程を審査するという新しい関係である。しかし同時に、憲法学はその逆のリスクにも目を向けねばならない。すなわち、専門家の知見が偏って利用される場合、または政治が専門家の判断を無批判に受け入れる場合には、政治的決定の主体性が失われ、民主的統治が空洞化する危険が生じる。この二重のリスク――専門知の歪曲と専門知への過剰依存――こそが、現代立憲国家におけるセンシティブな憲法的課題である。

の組織はこの枠組みの中で正当化されると同時に、その権限の行使も制約を受けるのである。

したがって、政策判断に専門家が関与する場合には、その決定過程が民主主義原理および法治国家原理に反しないよう、法的統制の仕組みを検討しなければならない。憲法学の課題は、専門知の活用を否定することではなく、むしろ、専門家の学問の自由保障に十分留意しつつ、その権威が政治的責任を曖昧にすることを防ぐ制度的方策を構想することである。

もっとも、従来の日本およびドイツの公法学は、長らく「組織」の問題に十分な関心を払ってこなかった。しかし一九九〇年代以降、ドイツにおいては「組織法（Organisationsrecht）」が憲法価値を具体化する中核的領域として注目され、国家の機能的正当性を支える基礎的研究分野として発展してきた。この潮流は、政治と専門知の関係を憲法的に再構成するうえで、日本の憲法学にとっても大いに示唆的である。

実際、日本の司法も近年、立法過程や行政過程における合理性審査を強化しつつある。かつては立法府の広範な裁量が容認され、司法の統制は限定的であったが、今日では最高裁判所が立法裁量を統制し、違憲判決または違法判決を下す事例が増加している。その背景には、立法過程や行政過程における合理的意思形成の重視がある。すなわち、政策形成段階で専門家の知見をいかに活用し、その判断をどのように反映させたかが、司法審査における重要な評価要素となりつつあるのである。

ては、日本の政治文化がもつ長所と短所を冷静に見極め、その欠点を制度的に補正しうる法的枠組みを構築することが必要である。外圧や権威による政治を超え、市民的討議と説明責任に基づく統治を実現すること――それこそが、日本政治におけるポピュリズム的変容を乗り越えるための、法の次なる使命となる。

3 専門家関与をめぐる憲法的課題

では、このような日本独特の政治構造について、憲法学からはいったい何を語りうるのだろうか。政治と専門家の関係を法的にどのように位置づけ、どのような規律の可能性を見出すことができるのか。ここで念頭に置くのは、現行憲法の基本原理に即した分析であり、憲法の基本構造の内側から、専門家の役割を位置づけ、かつ統制する方途を探るものである。

ここでは、政治的支配の正当性を、伝統やカリスマ、超越的権威に求めるのではなく、市民自身の意思に求めるという基本的な民主的原理を確認することが出発点となる。憲法とは、まさにこの民主的原理と法治国家原理を制度的に体現し、政治権力を正当化すると同時に制限する規範である。憲法は国家機関の構成を詳細に定めるものではないが、民主的に正当化された意思決定が、法治国家原則に従って行われるよう制度設計を要請している。国家機関

例である。これらは、政治が自律的原理を欠き、外部の「権威」に寄生して意思決定を行う結果として現れる現象である。

この「空虚な政治」のあり方を、三島由紀夫は死の直前（一九七〇年）に鋭く指摘している。彼は、「戦後民主主義とそこから生ずる偽善というおそるべきバチルス」が生き続けているとし、「日本はなくなって、その代わりに、無機的でからっぽな経済大国が極東の一角に残るだろう」と述べた。三島の否定した「戦後民主主義」は、実際には、自由や平等という理念を経済的豊かさへと置き換えた擬制の自由であった。教育の平等と経済的成功が幸福の条件とされる社会は、確かに整然として見えるが、公共的討議の精神を失った「民主主義の空洞化」である。今日、経済的繁栄が失われた後に残るのは、その「からっぽさ」だけである。

こうした構造は、戦後民主主義の理念が空洞化した後も形を変えて持続している。安倍政権期に顕著であった「忖度」は、民主的討議の外側に形成された「空気」という無形の圧力であり、まさに現代日本におけるブラックボックスとして機能した。そしてコロナ禍で観察された社会的同調や自粛圧力は、この「空気」と連続する一方、混乱した政治の局面において自律化した社会の自己規律となった。[3] 加えて近年では、世界的に拡大する右翼的ポピュリズムが、「民意」の名を借りた新たな外圧として政治を覆う危険をはらんでいる。

このような日本の政治構造を前提とするならば、課題は明らかである。現実的な方向とし

2 民主主義の空洞化

本稿がいう「民主主義の空洞化」とは、意思決定の正当性を外部権威に委ねることで、議会における熟議と説明責任が制度の外に押し出される過程を指す。日本政治の背後には、「権威」に寄りかかり、外部からの圧力に屈する政治構造という特徴が控えている。日本の政治はしばしば、民主的討議や制度的責任の外側に存在する何らかの「外圧」によって動かされてきた。

大日本帝国憲法の時代には、天皇という絶対的権威がその中心にあった。戦後には、GHQをはじめとするアメリカからの外圧が政治の方向を決定づけた。その後も、経済団体、宗教団体、特定の学者など、さまざまな「権威」が政治の外部に位置しながら実質的影響力を及ぼしてきた。こうした構造は、日本政治に「中心の不在」とも呼ぶべき特質を刻印している。政治には一貫した軸がなく、時に経済合理性に傾き、時に遺族会や宗教勢力の意向に動かされ、さらにはその時々のアメリカ政権の意向に従属する。複数の外部ファクターが同時に作用する結果、政治は「守るべき一線」を見失い、長期的には国民からの信頼を失っていく。このような構造の影で、ときに前近代的な要素が噴出することもある。戦前の国家神道を想起させるような、神社への公的関与――合祀、地鎮祭、玉串料や献灯料の公費支出[2]――がその一

このように、選挙で選ばれた議員ではなく、首相に任命された専門家が政治の中枢的決定を担うという構造が定着した。議員→首相→専門家委員という連鎖は、民主的正当性を著しく薄める過程そのものであった。[1] 専門家の助言が政策合理性に資することは否定しないが、その制度的枠組みいかんによっては、政治の責任主体性を希薄化させ、むしろ政治的判断の回避を助長する危険を孕むのである。

本稿が問題視するのは、専門家が政策形成に関与すること自体ではない。その関与のあり方が、いかなる政治構造のもとで制度化され、どのように政治の責任の所在を変容させているかという点である。小泉政権における「国民への直接訴え」と「専門家政治」の結合は、まさに日本型ポピュリズムの制度的特徴を体現していた。専門知を媒介とした政治の自律性と責任の空洞化――これこそが、以後の日本政治が抱え続ける構造的問題の原点である。

権限集中×直接正当化の二重構造を制度化した。こうして「国民との直接的なつながり」を媒介としたリーダーシップが形成され、これが日本型ポピュリズムの特徴的手法となった。

当時、首相権限の強化に伴う国会軽視の問題は指摘されていたが、それは野党の議席減少や発言力低下という選挙結果の反映にすぎないともいえた。自民党が選挙で大勝したことで、形式上の民主的正当性は十分だったように映る。しかし、代表制民主主義の観点からすれば、ここには重大な制度的病理が潜んでいたのである。小泉政権は、国会における熟議を基礎とせず、首相の方針に近い有識者＝「専門家」を招集して、重要政策を審議・実質的に決定する体制を築いたからだ。その象徴的な組織が「経済財政諮問会議」である。

経済財政諮問会議（内閣府設置法に基づく首相直属の合議制機関）とは、経済財政運営と予算編成の基本方針を審議・調整し、毎年「経済財政運営と改革の基本方針（骨太の方針）」を取りまとめる場である。議長は首相、構成員は官房長官・経済財政担当相などの関係閣僚と複数の民間議員（有識者）であり、官邸主導の政策調整の中核を担う。たとえば、この機関は特に予算編成過程において中心的役割を果たした。同会議は「調査審議」を経て「答申」として「骨太の方針」を提示し、これを基礎に翌年度予算の全体像が閣議決定された。首相および会議委員が経済政策を構想し、それを実現するための予算案がここで一元的に形成され、政治の意思決定は官邸主導で統合されていったのである。

第一章　日本政治の構造的問題

1　現代版日本型ポピュリズム

日本政治のポピュリズム化は、突発的に生じたものではない。その現代的な型を最も鮮明に示したのは、小泉純一郎政権だった。二〇〇一年に発足した小泉政権は、一九九〇年代に実施された政治改革および行政改革の制度的成果を背景に成立している。公職選挙法の改正により導入された小選挙区制は、与党・自民党において候補者公認権を握る党執行部への権力集中をもたらし、さらに行政組織改革によって首相権限が制度的に強化された。これらの改革により、内閣の政策調整機能は首相官邸に集約され、政治の進行は明確に「官邸主導型」へと転換した。小泉政権は、この制度的環境を最大限に活用し、強化された首相権限を駆使して独自の政治スタイルを確立したのである。

しかし、この「強い首相」像の背後には、党内基盤の「弱いリーダー」という現実があった。つまり、小泉政権は元来、党内での支持基盤が決して強固ではなく、むしろ脆弱であった。そこで、党内基盤の脆弱性を民意で補填し、直接的承認によって党内抵抗を抑圧するという、

この背後には、日本の政治が元来抱える「構造的問題」が潜んでいる、と考えられる。ここでは、政府に専門家が関与する際に生じる制度的・構造的問題を、日本の政治構造の特質から明らかにする。ここで「専門家」とは、政府が政策決定を行うにあたり、その判断の参考として専門的意見や助言を提供する科学者、研究者、文学者、医師など、自然科学および人文社会科学の知識人を広く含む概念である。

結論を先取りすれば、次のように言える。すなわち、日本政治はしばしば「権威」あるいは「外圧」というブラックボックスを通じて決定される傾向にあり、その結果として政治の責任主体性が希薄化し、無責任の構造が形成されている。専門家の政府への関与は、本来、合理的意思決定を支えるはずのものであるにもかかわらず、逆に政治の責任を拡散させ、政治が自己の判断を回避する口実として機能する危険をはらんでいる。

本稿の構成は次のとおりである。Ⅰでは小泉政権における「国民への直接訴え」と「専門家政治」の接続を、日本型ポピュリズムの制度的原型として位置づけ、「外圧／権威」に依存する政治構造を歴史的に素描し、空洞化した民主主義の問題系を整理する。Ⅱでは政府によるコロナ禍の対策を中心に、専門知と政治責任の乖離過程を事例的に検証する。Ⅲでは、私的諮問機関の法的規律を軸に、専門家関与を民主的正当性の回路に接続する組織法・手続法の原理を提示する。

日本政治における専門家の関与と無責任の構造

高橋雅人

はじめに

ポピュリズムの激しい波が、欧米のみならず日本にも押し寄せている。島国ゆえ移民問題の規模は欧米に比して限定的なはずの日本においてさえ、この潮流は例外ではない。ポピュリズムは、ときに科学的に立証された事実すら「民主的」な勢いで覆し、新たな「事実」をつくり出す。過激なフェイク情報は情動を駆動し、政治空間を席巻する。従来――少なくとも建前上は、そしてその建前を整えること自体が政治の責任とされていた――政治は科学的知見に基づき、合理的判断を下すべきものとされてきた。しかし、いまやその前提が根底から揺らいでいる。

ここに、専門知の危機を見て取ることができる。日本がこのような状況に陥った背景には、既存政治の頼りなさや、既成政党への不信があることは疑いない。だが、より深層的な要因として、日本政治が近年いくつかの重大なリスク事態に直面してきた経験を指摘できよう。特に注目すべき転換点は、近年日本が経験した二大危機――原子力災害と感染症パンデミック――である。これらの混乱期において、日本政治は専門家との適切な関係を構築できず、法もまたその関係を十分に規律し得なかった。

(1)安倍晋三 内閣総理大臣 二〇〇六～〇七年および二〇一二～二〇年
(2) 一八六八～一九一二年
(3) Florack, Martin, Korte, Karl-Rudolf, Schwanholz, Julia (Hg): Coronakratie. Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten. FaM: Campus, 2021. https://www.campus.de/buecher-campus-verlag/wissenschaft/coronakratie-16531.html
(4) オラフ・ショルツ（Olaf Scholz）連邦首相 二〇二一～二〇二五年
(5) アンゲラ・メルケル（Angela Merkel）連邦首相 二〇〇五～二〇二一年
(6) 二〇二一年九月二十六日の連邦議会選挙の結果を指しています。
https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021.html
(7) 岸田文雄 内閣総理大臣 二〇二一～二〇二四年
(8) 菅義偉 内閣総理大臣 二〇二〇～二〇二一年
(9) 田中角栄 内閣総理大臣 一九七二～一九七四年
(10) 一九八三年、ロッキード事件の収賄罪により懲役四年の実刑判決を受けた。
(11) 中曽根康弘 内閣総理大臣 一九八二～一九八七年
(12) 小沢一郎 自由民主党総書記 一九八九～一九九一年
(13) 細川護熙 内閣総理大臣 一九九三～一九九四年
(14) 森喜朗 内閣総理大臣 二〇〇〇～二〇〇一年
(15) 小泉純一郎 内閣総理大臣 二〇〇一～二〇〇六年
(16) 麻生太郎 内閣総理大臣 二〇〇八～二〇〇九年
(17) 二〇二三年十月八日に行われたヘッセン州議会選挙を指します。
https://wahlen.hessen.de/endgueltiges-ergebnis-der-landtagswahl-in-hessen
二〇二三年十月八日に行われたバイエルン州議会選挙を指します。 https://www.landtagswahl2023.bayern.de/

GV: 最後に、このパネルディスカッションを、前向きで希望のある言葉で締めくくることができたことを、大変嬉しく思います。最後になりますが、もう一度中野先生、そしてコルテ先生、そして通訳のラプシュさんにも心から御礼申し上げたいと思います。皆さま、本日は本当にお疲れ様でした。

現在のドイツにとっての二つの最大の課題は、移民問題とエネルギーの安定供給です。不法移民の問題については、来年の春までに完全に解決すると頃までは至らなくても、その数が減少し、また、エネルギーについても、安定的に供給でき、可能であればもっと安価に人々の手に届くようになれば、国民も「この連立政権もしっかりとした課題解決能力があるではないか」と信頼を寄せるようになるかもしれません。そうなれば、同じ連立政権にまた投票する、という可能性も無きにしもあらずだと思います。また、インフレも現在は再び下がってきていますし、経済成長も少し見込めるような状況になってきています。賃金も上昇し、一部の国民にとっては減税の措置も取られています。連邦憲法裁判所の判決によって、本来は気候変動対策に充てる予定だった予算が使えなくなってしまったという問題も生じていますが、もしかすると、二〇二五年の選挙イヤーには、奇跡的にやはり使えるようになるかもしれません。こうしたいい結果が重なれば、二〇二五年以降も今の連立政権が維持できる、ということも十分に考えられるのではないかと思います。

今後、新たに過激的な人たちが選ばれるというパターンは、現時点のドイツ社会を見ている限り、考えにくいのではないかと、私は思っています。今日ここにいらっしゃる皆さんの顔を見ても、前向きに物事を考えておられるように感じますし、そういった雰囲気の中で、過激な方向に一気に走るということは、あまり起こらないのではないかなと思います。

にあるとは思いますが、とにかくゆっくりとですが、着実に前に進んできた経験がある社会だと思います。ドイツ人は、あまりヒーローを好まない。そして過激的なところがあるとすれば、「過激的に普通な人」を選ぶ、というところが一つの特徴かもしれません。事務所の係員のような、ごく普通に仕事をこなしていく人を選ぶ傾向があるのではないかと思いますが、そういった傾向が地道、に地味に続くのがいいのかもしれません。

また、選挙結果にもそのような動向が表れていると思います。（最近ドイツでは、バイエルン州とヘッセン州で、州議会選挙が行われました。[MR]）[17]これは同じ週末に行われましたが、ドイツのための選択肢（AfD）という極右政党も、もちろん支持率が高かったのですが、結果的には中道的な政権が再び発足することになりました。やはり中道がしっかりと、引き続き政権の中心を担うという結果になりましたので、引き続き人々は中道を選ぶ傾向もある。少なくともそこに一定の期待を寄せている部分があるのではないかと思います。

今、ドイツの連邦政府はちょうどハーフタイムに来ているわけですけれども、ハーフタイムの結果というのは、大体いつも悪いものです。ドイツ国民は、課題を解決する能力を持っているリーダーを選びたがります。そのため、今ある大きな課題を、この連立政権がしっかりと解決してくれるということが分かれば、二〇二五年の連邦議会選挙においても、現政権を引き続き選ぶ、という結果になる可能性も十分にあるのではないかと思います。

そういう人たちは結構いるなという感じはあるので、何年かかるか分からないですが、そういう方向に少しずつ向かっていく可能性を信じていかないと、逆にオルタナティブとしてはおそらくどんどん無責任な強権的な政治が強まっていく。さらに危機が深まれば深まるほど、強まっていくという危険性がやはりあります。それを防ぐために、そういう動きを考える人たちが一定数はいるかなというふうに思います。

KRK：今のお話を伺って、将来に向けた信頼やオプティミズムのカムバックの気配を感じました。民主主義というのは、自然に「起こる」ものではなく、我々一人一人が形成するものだという点について、私も全く同感です。自由でいられるかどうかというのも、結局は私たち自身にかかっているのだと思います。だからこそ、引き続き自由を謳歌できるために、何をしていかなければならないのかを考えていく必要がある、という点でも、私も同じ意見です。ドイツは、非常にゆっくりとした、ゆったりとしたスピードで物事を進めていく国だと思います。それゆえに、首相が割と長い期間、政権を担い続けるという傾向が、これまでも見られてきました。ショルツ首相もその通りになるのかというのは、まだ分かりませんが、少なくとも現時点では、これまでの伝統を引き継ぐようなパターンが見られるように思います。ドイツのパターンというのは、中道であり、中間であり、そしてレベルも中級というところ

するリーダーが危機を解消していき、実際にはさらに政治が右傾化するという、よりトップダウンでより民主的ではない政治につながっていく可能性がとても危ない、というふうに私は思っています。そのことを訴え始めており、大丈夫かなと思っています。

もう一つのシナリオは、そういう形で破滅に向かっていく前に、おそらくドイツが強権的なリーダーに従って破滅を迎えたという経験から、戦後、退屈な民主主義をずっとコンセンサスを作ろうとしながら目指してきたというところに学んで、私は日本から見ていてドイツの民主主義の強さの一つの大きな地盤になっているのは中間団体、アソシエーションの強さだと思うんですね。それが日本ではやっぱりまだまだ弱く、さらに弱まってしまっています。イメージとしては、日本の方がおそらく新自由主義的な孤立化というものがかなり進んでしまっている現状があります。ただ、やはりそういった市民運動や、あるいは政党や、大学もそうですが、中間団体が自由の砦だと思うので、そこを築き直していくという形で、目覚ましい奇跡のようなものは起きないけれども、政治は自分たちのものなのだから少しずつ、妥協をしたりその時その時の合意を作りながら、完璧ではないし、かなり退屈な作業ではあるけれども、よりお互いがリスペクトし合いながら共存できるような社会を、政治を作っていくという方向に向かっていく可能性もあるかなとは思っています。また、私自身も個人としてそういった運動とずっと関わってきているので、そういう意味では絶望はしていないですね。

の見通しについてお話しいただければと思います。

KN: シナリオが二つあると思っています。一つは残念ながら可能性が高いため、何とかそれを止められないかなと思っているのですが、

一九八〇年代から日本は保守政権の危機が訪れると新自由主義を標榜する、いわゆる改革派の強いリーダーが出てきて保守の危機を救う、ということを繰り返しているんですね。それはロッキード事件で田中有罪判決[9]が出たときの中曽根民営化[10]改革、労働組合[11]も大きく弱まっていくということがその段階で起きました。

そのあとにリクルート事件というのがあったときも、結局小沢一郎[12]主導で細川元[13]首相の時に小選挙区制を導入して政府の力を強めていくという、選挙に勝てば企業を経営するようにトップダウンでできる、というような行政改革も進められていったということが起きました。

さらに一九九〇年代の終わりに、森元[14]首相が今も記録として残っている八％という内閣支持率まで落ちた後に、同じ森派から小泉元[15]首相が出てきて「自民党をぶっ壊す」と言って自民党を大きくしたということがありました。そして、次に安倍元首相や麻生元[16]首相というような人たちを育ててバトンタッチしたということがあったため、今回も同様ですね。

岸田政権の危機、そして自民党の裏金事件の大きな問題というなかで、強権的な改革を標榜

ムというのがせいぜいでという中で、やはりかなり対立が深まったというのは色んな運動であると思うんですね。つまり、公共スペースでこのように顔を合わせて話せば、そんなに極論にはいたらないところが、かなり強い意見あるいは感情的なぶつかり合いというものになってしまったのです。今コロナが終わっても、やはり中々集会をやっても人がそこまでは集まらない。その中でやはりこじれた人間関係も相当あるというのが実態だと思うので、オルタナティブとなるような違う政治コミュニケーションのあり方というのはまだあまりうまく見つかっていない。

GV: そろそろ時間も迫ってきましたけれども、最後にお二人には、ぜひ前向きな姿勢で今後を見据えたお考えについてお聞きしたいと思います。岸田政権の支持率が毎週のようにどんどん下がってきている状況ですが、ドイツ政府の支持率も高いとは言い難い状況です。両国とも現政権が十分な同意を得ることが難しい局面に来てしまっている。そうしたなかで、我々は今どんな立ち場にあり、今後はどのようなことが期待できるのか、そして今後の政策にはどんな可能性があるのかについて、ご意見をお聞かせいただければと思います。また、政権交代に対する希望もあまりみられず、少なくともドイツでは CDU/CSU が政権を担えばもっと良くなるというふうに見ている国民も少ないと思います。こういった点も踏まえて、今後

要するに、経験が全然違うわけですね。豊かな家であれば、これは学生もそうですが、オンラインで授業を受けていても、集中できて、Wi-Fiも心配いらず、コンピューターも持っている上に、むしろ電車に乗らないで済むといったようすでした。このようによく学べた人もいれば、一方で、バイトもなくなり、Wi-Fiもなく、コンピューターも自分では持っていないというような子もいたわけですから、まったくその経験が違うというのは、どこの国でもあったと思います。もしかしたら、日本の場合はそれがかなり強く出たということがあったかもしれないですね。

そういう中で、やっぱり「政府が何もしてくれない政治には期待をしない」というのは日本ではコロナで始まったことではないですが、強くなったかもしれない。そういうことがあったため、岸田元首相は[7]、安倍元首相・菅元首相[8]という二代にわたって、あまり国民生活に関心がない人たちに対してのオルタナティブとして、「聞く力」ということを最初言っていたわけです。結果的に、今あれから二年が経ち、大変支持率が下がっているということは、やっぱり彼も特権的な支配階級の一員であり、一般の人たちの暮らしには興味がない、というふうに受け止められているというのが大きいだろうと思うのですね。

その一方で、市民運動や野党の側も、やはり人と会わないでオンライン上でということで、例えば集会やデモもできない、あるいはやりとりがあるとしてもそれはツイッターの上やズー

また、連帯感の強さというものも挙げられると思います。我々が自主的に距離を取ったり、連帯の意をお互いに対して示したことによって、今回の危機を克服できたと思います。

もう一つ、危機後の教訓として重要だったのは、自由に対する評価が大きく変わってきたことです。これほど自由というものを高く評価した時代は、個人的にはなかったと思います。私は西ドイツで育ってきましたので、自由を勝ち取らないといけないというような状況を経験したことはありませんでした。自由は、最初から与えられていたものでしたが、コロナ禍において初めて、自由や様々な権利を奪われるという経験をしました。連邦政府によって‐最も妥当な措置として‐行動の自由や集会の自由が制限されましたし、教授としても教鞭を執る自由を失い、オンライン授業へと切り替えざるを得ませんでした。そのため、今後は、「誰が、いつ、自分の自由を奪っていくのか」、あるいは「一旦奪われた自由が、果たして完全に戻るのか」といったところに、より深く目が向けられるようになると思います。

KN: 先ほど、日本の場合はコロナ対応で家庭に押し付ける、ということを言ったのですが、これはどういうことかというと、結局やはり女性に負担がすごく重くのしかかるということ、さらにはもちろんシングルマザーだったり、貧困だったり、単身者の家にとても負担が強くかかるということで、そういう意味で社会の中における分断というのが一層強まりました。

度胸があって、人々に非常に安定感を与えていたにもかかわらず、引き続き政権は握れないと言って辞退してしまったので、メルケル元首相に一番似ている人物としてショルツ首相が選ばれました。しかし結局は、メルケル元首相よりも割とさばさばしていて、はっきりと物を言わないような人物が残った、という印象があります。

また、若い有権者たちは、緑の党（Bündnis 90 / Die Grünen）と自由民主党（FDP）を最も支持していました。自由民主党の方は、ドイツではいち早くロックダウンを制限・解除すべきだというふうに訴えていて、おそらく若い人々は我々よりもその自由をまた早く取り戻してほしかったため、自由民主党への支持が厚かったのではないかと思います。今回の連立政権が発足した背景としては、やはりコロナ対応をめぐる様々な政策があったと思います。[6]

また、危機からの脱却という、危機を克服した後の局面に関しては、選挙結果にも反映されていると思います。それ以外に、どのようにして強靭な民主主義が成長していくのかという問いも重要です。その答えとしては、やはり説明学的なツールが必要だと思います。危機を克服できたのも、様々な知識があったおかげだと言えると思います。専門知識がなければ、もっと多くの死者が出ていたというのは確かですので、「聞いてくれれば何でも説明するよ」という姿勢が、政府の強みになり得ると思います。また、それが今の政権、そして今後の政権にとっても課題になってくるのではないでしょうか。

質疑応答

聴衆からの質問：今日のお話を聞いて改めて、コロナ危機が民主主義にとって、そして社会の連帯感にとって何を意味したのかという点について考えました。そのなかで、特に危機に入っていくときと、危機からまた脱却する時点が非常に興味深いのではないかなと思いました。その危機のモードに入り込むのは一つの難しさですが、危機を克服した後、また新しい通常に戻るというのも結構色々と課題を秘めているのではないかなと思いました。わたし、個人的にも、また色んな規制が解けて、自由に身動きが取れるようになったときに、本当にこういうことをしてもいいのかと、少し不安に思ったことを覚えています。この危機を克服して、また新しい日常に戻ることに関して、政治の方からはあまり準備をしてもらえなかったという印象を受けました。これはもしかしたら、特に日本において、今、さらなる信頼喪失にもつながっているのではないかなと思いました。一度危機のときにきちんと対応してくれなかった、そしてニューノーマルへの準備もしてくれなかった、人々は今もまだ孤立してしまっているというような感覚に落ちているのではないでしょうか。

KRK：ドイツの場合、最終的に首相として残ったのがショルツ氏でした[4]。メルケル元首相は[5]

GV: コルテ先生、ありがとうございました。今のお話は、なぜ今ドイツにおいてポピュリズムが台頭し、過激な思想や意向を持つ政党が支持されるに至っているのかを説明する上でも、一つの手がかりになるのではないかと感じました。次に中野先生の方から、今の話を受けて日本との比較の観点、特に国民と国家の関わりや政府の行動について、両国の違いにも言及していただければと思います。

KN: 今コルテ先生がおっしゃったようなことは、日本にもかなり当てはまるというか、コロナに対する政府の対応は違うところがあったとしても、結果的に今の民主主義の抱える課題としては、非常に重なっているなというふうに思いました。日本の場合はもちろん他の危機、その後のいわゆる中国脅威論などが強いものだと思いますが、そういったようなものを煽ることによって求信力を高めようとしているわけです。一方で、特に比例代表制を通じて、かなりポピュリスティックな、あるいは反科学的なことを掲げるところも含めて、やはり票が分散する傾向があります。もともと日本の市民社会は、ドイツの市民社会ほど強くなかったという言い方もできると思いますが、明らかに分断状況が強まったというのもあると思うので、そういう意味ではかなり危ない流動的な状況があるかなというふうに思います。

みんなコロナ以降はけっこうピリピリした状態が続いている人も多いのではないかと思います。それによって国民と政府は対話不全にも陥っているとも言えると思います。

「回転ドア効果」という言葉がありますが、回転ドアを通ることによって素早く建物の中に入ったり外に出たりできるわけです。この回転ドアをドイツの建築用語で「孤立化設備」というふうに説明する用語があります。まさにそういう孤立化や個人化がコロナによってドイツでも引き起こされたのではないかと思います。生き抜くためには孤立しないといけないことから、人々は自粛し、孤立化していきました。本来なら民主主義は対話によってどんどん強化されるものですし、情報交換・意見交換を通じて強みを増してくるものですが、こうした孤立化によって、人々が個別に行動し、考えを持つようになってしまい、それをまた一つにまとめるような要素がいまだ十分に見受けられないのも現状だと思います。

また、国民と政治との間の共鳴というものがなくなってしまっていると思います。互いの言葉や考え方が共鳴されないと社会としてのまとまりがなくなり、統治もしにくくなり、国民も所属意識を持てなくなってしまいます。そのため、パンデミック後の政治の課題としては、国民との共鳴の糸を再びつなぎ直すことにあると思います。これまで社会が比較的強固であった一因として、強い中道政権の存在が挙げられます。しかし、その中道がどんどん分散しつつあるので、そこをまたしっかりとまとめなおすというのが今の課題だと思います。

早く辞めた人だったと思いますね。それはそれなりに理由があったというか、政府はやはりそういう意味では支持をされていなかったというのが顕著になったというのが日本のケースかなというふうに思います。

GV: 日本の政府は逆に国民にあまり医療機関に来てほしくない、関わってほしくないというような対応を取っていたというふうにおっしゃっていましたが、それを受けて、ドイツ政府は国民に対してどのような対応を取っていたのでしょうか。

KRK: ドイツでも政治離れというのは進んでいますが、一方で逆に政治家による国民離れといえる現象も見られると思います。ベルリンの政府でのバブル、あるいはミュンヘンでの政治家のバブルにも見受けられるようなことかもしれませんが、このような動向は今後も続くものだということを念頭におきつつ、本のタイトルをあえて「コロナクラシー」[3]としました。このような距離感のある民主主義は、今でも見受けられると思います。国民と国家の間の距離が大きく開いてしまっていることは、実際の研究結果にも表れています。多くの人々は、やはりコロナの間孤立してしまった。誰も自分の声を聞いてくれない、誰も自分の発想に耳を傾けてくれないと感じるようになってきたと思いますし、社会の雰囲気もあまり良くなく、

それまでは自粛をして対応するというのがあったので、私の印象だと、日本は割と先進国・G7の中でもコロナのケースが少なかったということが言われ、いわゆる成功だというふうに言われていたのです。しかしおそらく日本の国内で政府のおかげと思っている人はほとんどいない。むしろいちかばちかという感じで日本人が自分たちでマスクをしたり、手を洗ったり、家庭で対応して、というようなことをやっていたというのがあるため、こんなにも国が当てにならないというところがやっぱりあったのだろうなというのは思います。

最後に一言だけ、日本は一度もハードなロックダウンということをしなかった国で有名なわけですが、緊急事態宣言というかなりソフトな行動自粛の要請というものがシステムとして作られました。しかし、それも世論としてメディアなど、あるいはSNSなどで一般市民が、いい加減緊急事態宣言を出せと、あるいは野党の側が緊急事態宣言を出すということを政府に要求して、政府が遅れて緊急事態宣言を出すということが三、四回もありました。いずれにしても結局は政府がそういう意味で、おそらくドイツで伺っている話とだいぶ違って、先手を打つとか、あるいは監修的に、あるいはシグナルを送るということがほとんど機能せずに、むしろ世論の方が自分たちで何とかしなければいけないという形で対応していたというのが現実じゃないかなというふうに思います。そして二〇二〇年の八月に、安倍さんにとってもコロナ対応の問題は本人には負担になったということがあって、おそらく先進国の中で一番

あるいは医療制度、そして日本の国、国家を守ろうとしているということがあって、そこを守らないといけないから家庭で対応して国の負担にならないでほしい、ということが大きな方針としてあったと思うのですね。その中で不安を感じるだろうから、例えば「アベノマスク」を配るという奇妙な政策があり、これも大変不人気でした。さらにPCRテストについては、例えば私は今日に至るまで一回もPCRテストを受けたことがないのですね。そういうことが日本では可能というか、よくありました。PCRテストを拡めるつもりが一切なかったということです。コロナウイルスにかかっていそうだったら、あるいは抗体検査で危ないのであれば家にいなさい、というようなことで科学的にやろうということよりは、国家のリソースを増やしたり負担にかかるようなことはしたくない。ですからワクチン開発も、日本もドイツほどではないですが、伝統的にはもちろん医療分野も含めて科学先進国であるはずですが、結局ワクチンの開発は行われませんでした。そのための資金の投入も国家はしなかったのです。ワクチンを手にしたのも遅かったし、新自由主義改革で特に二〇〇〇年代以降、保健所というものの数が大変少なくなっているということもあるため、ワクチンを接種させたくても中々進みません。つまり地方の自治体の方でその体制がないのでワクチンを受けたい、受けさせたくても受けられる体制ができるまでとても遅かったのです。そのため、一度始まったらもちろんある程度、スピードは一回目、二回目は追いつき始めましたけれど、とにかく

そこでまず、第一線目の防御を敷いて、それで突破されてしまったら医療機関、国の世話になってほしいと、そういうような対応でした。その後も続いていくパターンの一つがそこでまず見えたというのがあったと思います。

失望したことは、日本の国家の能力というものがここまでなくなっているんだということで、やっぱり驚いたというのがあったのですね。明治以降[2]、日本の官僚制国家の役割というのは、無知で近代化されていない国民を近代化していく、そしてその中には公衆衛生の概念を伝えていく、ということも国家の役割として非常に重要なものとしてありました。それで、その内務省というものが戦前はあり、内務省は今日の厚生労働行政も担っていたのですが、学校においてその親の教育も含めて、「髪を洗いましょう」や「爪を切りましょう」、そういったことが場合によっては内務省、つまり警察官、交番、日本の有名なそういったところを通じて、日本の隅々まで近代的な公衆衛生概念が広がりました。日本は衛生的な国だというふうに今思われているわけですが、かつては別にそうではなかったわけで、近代的なそういった嗜みや行動規範、衛生基準というものを国家から国民に教えていくという形でやってきた伝統がありました。それにもかかわらず、それを保守の安倍さんが全く分かってないということが、とても今日の日本らしいとは思うんですが、やはり少し驚きました。

このことはワクチンとも関わってくるのですが、とにかく日本政府の対応としては医療機関

おそらく、安倍さんの発想としては政府が何か対応しないわけにはいかない。そして、子どもたちの行動によって感染が拡大する、という理屈なのだと思うのですが、一方で、経済への影響を考えると、企業活動を止めるという判断はできない。そういう状況の中でいきなり学校を閉じる、ということを言ったわけですね。

ただ、これは大変評判が悪かった判断でした。おそらく皆さんの多くもそうだと思うのですが、いきなり月曜日から子どもが学校に行かなくなる、というふうに言われると、親がとても困るわけです。これは安倍さんのように保守的な人たちからすると、お母さんが家で面倒を見ていればいい、という発想なんだと思いますが、およそ現実とかけ離れているということで不評だった、というのが一つあります。要は、この人たちは現実の日本社会というものが分かってないんじゃないかというふうに思わせるものがありました。

これに限らず、日本の場合、いわゆる有名になった「自粛」というアプローチの仕方が実際に意味していたものは、「家庭でやってください」というものです。それが政府の方針だったのですね。実際に政府に近い専門家たちの中でも、「うちで治そう」というスローガンでキャンペーンを展開したり、あと、政府の公式な方針として医療機関に負担をかけないために、発熱しても最初の四日間は家で様子を見てください、というような形で、自粛ということの実態としては、いわゆる家庭というものがあって、そこで対応してほしいということでした。

きなかったのです。ドイツ語の綴りで言えば、たった三文字の違いですが、この危機的状況においては、極めて大きな意味をもたらしました。

GV: 様々なアイデアを出していただき、ありがとうございました。次に中野先生、日本におけるガバナンスはいかがだったのでしょうか。日本もまた、船乗りのような冒険心を持ち合わせていたと言えるのでしょうか。

KN: そうですね、やはり共通しているところと、かなり違うところがあるのかなと思いました。共通点としては、日本は海洋国家でありながら、後発の近代国家であるという点です。ドイツはより地方分権的な連邦性の伝統というのがやはり今日に至るまで根強いと思うのですが、日本の場合には、明治以降極めて集権的な体制を作ってきたので、ドイツでエタティズムということをおっしゃっていましたが、国家主義的な点ということに関しては、ある意味日本の方がドイツよりも伝統的にはもしかしたら強いぐらい顕著な傾向がある、というのが一点目です。そういう伝統があるにも関わらず、日本の政府のコロナ対応で非常に私が驚き、そしてまた失望したのが、パンデミック初期の二〇二〇年三月下旬、ある金曜日に当時の安倍首相[1]が記者会見を開いて、翌週の月曜日から学校を一斉休校とする、ということを表明したことでした。

いうフェーズに入っていました。

一つ、このコロナ危機の中で、各国政府の対応の違いが顕著に表れたのが、ワクチンの例だと思います。各国がワクチン政策をどのように進めてきたかという比較は、非常に面白いと思いますので、ぜひ日本の場合についても後ほどお伺いしたいと思います。アングロサクソン系の国々では、接種できるものはとにかく接種しましょうといった、「液体があれば効果の有無を問わず、とにかく注射器で打ってしまえ」、といった冒険的なアプローチが顕著だったと言えるでしょう。このような対応の一例として、船乗り的な冒険心に富んだ国民性を持つとされるイギリスが挙げられるでしょう。

それに対して、ドイツ国民はあまり冒険的な精神を持っておらず、割と慎重派だと言えると思います。リスクを好まず、安定を第一に考え、不安定なことはできるだけ回避しようとする国民性があるため、まずはしっかりとワクチン接種センターを整備するところから始まりました。ドイツのエンジニア精神ならではのアプローチだったと思いますが、結果として、すべての自治体に立派なワクチン接種センターが建設されました。おそらく各センターは、消防法にもきちんと準拠していたでしょう。

しかし、接種センターは整っても、ワクチンそのものは不足していました。「優先的」にワクチン接種を受ける体制は整えることができても、「速攻的」にワクチン接種を進めることはで

く評価された時期は、これまでになかったかと思います。本当に一夜にして、政治、そして政治家は、危機対応の誘導者に留まらず、実際に命を救ってくれる救済者として受け止められるようになりました。それゆえ、政府の方針にきちんとついていこうという意志も、初期の段階では国民の中にしっかりとありました。

私たちは、「スーパー・エタティスト」とも呼び得る、超国家主義者でもあると思います。お上の言うことに従い、それを１００％信頼し、企業も含め、国が自分たちを救ってくれるという考え方に、気持ちよく乗るということにも慣れてきていると思います。

また、お互い距離を置いたり、マスクを着用したり、ステイホームという要請に我々もしっかりと自主的に従ったという点は、政府がいちいちコントロールすることなく実現したものでした。その意味で、コロナ危機は、連帯という意識が非常に強く現れた危機だったと思います。

我々が強い政府よりも好んでいるのは、強い行政です。だからこそ、私が「監修的ガバナンス」と呼んでいるガバナンスのあり方にも、喜んで従ったとも言えるでしょう。この「監修的ガバナンス」とは、政府が様々な情報を非常に透明な形で国民に提供し、その上で判断を下し、それに国民がついていくというようなシステムです。単に政府がいくつかのアイディアを出すだけではなく、もっと明確な要請や呼びかけを行うことで、国民もそれに応じると

KRK: 危機が頻発する状況の中で、もはや政府は危機モードから脱却できない段階に来ているように思えます。そのため、危機そのものが特別なのか、あるいは我々が危機を認識する考え方、その認識のあり方自体が特別なものなのか、ということをまず考えたいと思います。また、我々の認識の中には政府の判断も含まれていますが、この政府の「判断モード」というのがどんどん変化してきています。具体的には、これまで以上に迅速な対応を迫られ、実際の決断もますます早い段階で下されるようになってきました。それは国民としても慣れてきていることですし、期待もしていることです。その結果、政府は危機の時代において非常に迅速に判断を下さないといけない。そして優先順位も素早くつけないといけない。これが、この危機の時代における政策判断の特徴だと思います。

コロナ危機を振り返ってみますと、これは見えない敵との戦いだったと言えると思います。しかも、単に見えないだけではなく、それまで未知であった敵との戦いであり、どのようにアプローチすればよいのかという前例がありませんでした。そのため、極めて未知の世界に突入しなければならなかったことが特徴的だったと思います。そんな中で、政府は新たな死者が出ないよう、様々な判断を下さないといけなかったというのが、対応の難しさでもあったと思います。

この政府の行動には、様々なフェーズがあったと思います。まず、政府がこれほど人々に高

永続的危機における統治　―　ドイツと日本の視点

カール＝ルードルフ・コルテ（KRK）と中野晃一（KN）によるパネルディスカッション。司会進行はガブリエレ・フォークト（GV）、日独逐次通訳はラプシュ麻衣（MR）が担当した。
リリク・カビネット・ミュンヘン、二〇二三年十二月十八日

GV: 本日は、複数の危機が重なり合う時代において、政府のガバナンスがどのような有り方を取り得るのかを中心に議論したいと思います。様々な政府行動のバリエーションがあるなかで、まずコルテ先生にお伺いしたいことは、先生が「監修的ガバナンス（Kuratiertes Regieren）」と呼んでいる概念を簡単にご説明・ご紹介いただき、「要請的呼びかけ」の持つ可能性についても少し言及していただければと思います。
また、中野先生は、当時の日本政府の行動に批判的なご意見も寄せられていたかと思いますが、日本政府の役割について、危機を乗り越える上での位置づけや、主に自粛要請を中心とした対応に関する個人的なご意見を伺いたいと思います。

文献

Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main 1986.

Eder-Ramsauer, Andreas: Ein populistischer Moment? Populistische Parteien und die Wahlen 2024 und 2025. In: Chiavacci, David/Wieczorek, Iris (Hrsg): Japan 2025. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. München 2025, P. 39–61.

Effinowicz, Ruth: Die Grenzen des Kollektivs. Japanische Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie. In: Kurishima, Tomoaki/Wolff, Daniel/Kaspar, Johannes (Hrsg): Individualität und Kollektivität. Deutsche und japanische Perspektiven auf Recht Kultur und Rechtskultur. Tübingen 2025, P. 127–147.

Foucault, Michel: Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernmentalität II. Frankfurt am Main 2006.

Foucault, Michel: Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernmentalität I. Frankfurt am Main 2006.

Gadebusch Bondio, Mariacarla/Hengerer, Mark Sven/Kölbel, Ralf/Lepsius, Susanne (Hrsg): Techniken der Responsibilisierung. Historische und gegenwartsbezogene Studien. Hannover 2023.

Kagan, Robert A.: Introduction. Comparing National Styles of Regulation in Japan and the United States. In: Law & Policy 22/3–4 (2000), P. 225–244.

Knill, Christoph/Kruck, Andreas/Rittberger, Berthold/Seelkopf, Laura/Zangl, Bernhard: Failing through success? How stable liberal orders become self-destabilising. In: Journal of European Public Policy (2025), DOI: 10.1080/13501763.2025.2580519.

Korte, Karl-Rudolf: Transformatives Regieren in Zeiten der Krisenpermanenz. In: Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management 15/2 (2022), P. 413–429.

Kramer, Paul Johann/Vogt, Gabriele/Farrer, James: COVID-19 and the Restaurant Business in Japan. The Social and Economic Dimensions of Public Health Self-Governance. In: Contemporary Japan (2026), DOI: 10.1080/18692729.2026.2688323.

Peters, B. Guy/Pierre, Jon/Sorensen, Eva/Torfing, Jacob: A Research Agenda for Governance. Cheltenham 2022.

Prusa, Igor: Scandal in Japan. Transgression, Performance and Ritual. London 2023.

Rosa, Hartmut: Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung. Frankfurt am Main 2019.

Vogt, Gabriele/Qin, Sian: Sanitizing the national body. COVID-19 and the revival of Japan's 'Closed Country' strategy. In: Asian and Pacific Migration Journal 31/3 (2022), P. 247–269.

(1) Korte, Transformatives Regieren, P. 414.
(2) Peters et al., Research Agenda und Knill et al., Failing through success?.
(3) Korte, Transformatives Regieren, P. 413.
(4) Kagan, Introduction.
(5) Prusa, Scandal.
(6) Beck, Risikogesellschaft.
(7) Effinowicz, Grenzen des Kollektivs.
(8) Gadebusch Bondio et al., Techniken der Responsibilisierung.
(9) Foucault, Geburt der Biopolitik und Foucault, Sicherheit, Territorium, Bevölkerung.
(10) Rosa, Resonanz.
(11) Eder-Ramsauer, Populistischer Moment?.
(12) パンデミック抑制措置をめぐり、高い「レスポンシビライゼーション」のもと、私的領域で生じた利害対立がどのように調整されたか、とりわけ日本の外食産業の現場での実態については、以下の研究で実証的・分析的に検討されている：Paul Johann Kramer et al., 2026, „COVID-19 and the Restaurant Business in Japan. The Social and Economic Dimensions of Public Health Self-Governance", Contemporary Japan.
(13) コロナ禍の日本では、「自粛警察」（直訳すると「自己抑制警察」）と呼ばれる現象がみられた。これは、「自粛」という行動規範に反する、いわば逸脱したとみなされる近隣住民の行動を積極的に指摘した市民のことを指す。そうした行動をとった人々に対し、近隣住民が直接非難や注意を向ける場合もあったが、実際には第三者への通報や告発という形をとるケースのほうが多くみられた。自粛警察および関連する言説については、以下も参照のこと：Gabriele Vogt und Sian Qin, 2022, „Sanitizing the national body: COVID-19 and the revival of Japan's 'Closed Country' strategy", Asian and Pacific Migration Journal.

担っているのか、その力学をより具体的に理解することを可能にしている。[12]

これは現代民主主義において、責任が二重的で、潜在的に矛盾をはらむ役割を果たしていることを示している。一方で責任は不可欠なものである。責任の帰属が可能でなければ、有効な民主的統制も説明責任も、ひいては政治的正統性も成立しない。しかし他方で、複雑化した社会やポピュリズムの台頭という条件のもとでは、責任それ自体が政治的争点となりうる。このことは、とりわけ責任の所在が政治の不透明な領域のなかで見えにくくなったり、あるいは本来政治が担うべき責任が社会全体へと過度に移される場合に顕著となる。その結果、社会におけるヴィジラントな実践が過度に強まり、そこから新たな社会的緊張が生み出される可能性もある。[13] しかし理想的には、近隣レベルの相互のヴィジラントな実践こそが、市民を公共空間や公共生活の形成に主体的に関与させ、自己の社会的影響力を実感できる責任ある参画を可能にする。そしてそれは、責任をもって行動する公職者たちと並び、現代の諸課題に対応しうる、警戒的な民主主義を支える第二の強固な柱となる。日本は、このような責任形成の統合に関して、歴史的に形成されてきた社会構造を活用することができる。しかし同時に、日本もまた他の民主主義体制と同様、危機が常態化する現代に即して、これらの構造を適応させていくことが求められている。

まさにこの問題について議論している。日本とドイツの政治家たちがパンデミックという危機状況にどのように対応したのか、そして市民をどの程度危機管理者として位置づけ、社会全体の公益に対する責任を委ねたのかを考察している。野口は、ウェーバーの責任倫理と信条倫理に関する考察を提示し、これらが日独両国の政党政治において、政治家たちの行動指針としてどのように受け継がれてきたかについて論じている。高橋は、専門家主導の「ブラックボックス政治」のなかで、責任が次々と先送りされ、最終的にはその所在が見えにくくなっていく過程に焦点を当てている。国家が目先の危機対応に追われ続けている間に、民主主義はより深刻なシステム危機へと向かっていくことになる。最後にクラーマーは、日本におけるコロナ・パンデミックのポップカルチャー的表象に基づき、本書全体とヴィジラントな民主主義に関する総括的考察を提示している。

総じて本書の各論考は、日本の政治と法、さらには現代民主主義一般において、責任とは、対立を伴いながら形成され、そのあり方自体が絶えず問い直される動的な領域として捉えられる必要があることを示している。ガバナンス研究の視点が、こうした変化を理論的に理解することを可能にする一方、具体的な政治的展開の分析は、政党や統治構造に関わる実証的知見を提示する役割を果たしている。さらに、自己および他者への警戒をめぐる日常的実践への考察は、市民のレスポンシビライゼーションや、近隣レベルで人々がどのように責任を

を支える中核概念なのである。

しかし同時に責任は、民主主義の危機における泣き所でもある。政治的決定が過度に複雑で、テクノクラティックであり、あるいは不透明に見えるとき、人々の共鳴は失われ[10]、疎外感が生じる。市民は、権力は行使されているにもかかわらず、誰も本当の意味で責任を引き受けていないと感じるようになるのである。ポピュリズム運動は、しばしばまさにこの点を突く。彼らは、様々な制度や政治的手続き、専門家の言説のなかで見えにくくなった責任を、再び可視化できるかのような印象を与えようとする。その際ポピュリズムがしばしば用いるのは、責任の極端な単純化である。日本もまた、もはやポピュリズム的傾向と無縁ではない。二〇二五年七月の参議院選挙では、ポピュリズム政党が大きく議席を伸ばした[11]。こうした近年の日本における動向は、責任そのものが政治的争点となりつつあるという、民主主義政治のより広範な変容の一部として理解することができる。

本書における理論的・実証的分析は、将来にわたって持続可能な民主主義秩序のためには、現代社会の構造的複雑性と、政治や社会の担い手が直面する負担の増大の双方に配慮した責任分担の仕組みを構築する必要があることを示唆している。そのためには、制度改革だけでなく、責任がどのように形成され、交渉されるのかという文化的・コミュニケーション的実践についての省察も求められる。本書では、中野とコルテがパネルディスカッションを通じて、

点からは、これは間接統治の一形態と捉えることができる。政治が市民に自己規制を促すとき、責任は法への服従としてではなく、社会全体の課題として理解されるようになる。個人はその過程で「レスポンシビライゼーション」（責任化）[8]を経験し、自らを責任主体として認識し、集合的リスクを視野に入れながら自己の行動を調整することが求められる。パンデミックという持続的危機状況で見られた近隣レベルでのヴィジランスの実践が、政治的に取り込まれ、統治目的に活用された点にそれを見出すことができる。

このようにパンデミックは、リスク社会において責任がいかにして組織化されるかを示す典型的な事例でもある。そこでは、フーコーが論じたガバメンタリティ[9]に通じる自己統制的要素が強く作用している。責任とは単に、誰に法的権限があるかという問題ではない。将来的に批判されたり、責任を問われたり、社会から評価されたりする可能性を見越しながら、統治者と非統治者の双方が自己の行為を調整する構造として機能しているのである。民主主義理論における責任の意味は、個別の意思決定について誰が責任を負い、いかなる説明責任を果たすべきか、ということだけにとどまらない。民主主義は、政治権力が匿名化されないことを前提として成立している。選挙、議会による監視、調査報道、公共的議論、そして市民社会による批判は、政治的行為が責任の所在を明確にでき、かつ評価可能であることを前提としている。したがって責任とは、民主主義的正統性および良い統治（Good Governance）

コロナ・パンデミックは、日本の政治と法における責任を分析する上で特に示唆的な事例である。そこには、ベックのいうリスク社会の[6]特徴、すなわち、グローバルな相互依存、時間的緊急性、異なる価値の衝突、科学的不確実性、そして意思決定の責任所在を明確にすることの難しさといった、リスク社会の特徴が凝縮されている。そしてまさにそのような状況においてこそ、責任がいかに組織され、分配され、主観的に経験されるのかが明らかになるのである。日本の事例で特徴的であったのは、強制措置に関する法的制度設計が抑制的であった点である。緊急事態宣言は発令可能であったものの、政策は主に勧告や要請、間接的な統治手段に依拠していた。[7]包括的な抑圧的執行ではなく「自粛」（自己抑制）というスローガンのもと、市民の理解、協力、そして市民相互の自己および他者への警戒という形での社会的自己規制に依拠する体制が支配的であった。これにより、パンデミック対応の責任は大きく市民側に委ねられた。

この点は民主主義理論の観点からみて両義的である。一方では、市民の判断力への信頼の表れと解釈できる。他方では、法的に明確な義務から、道徳的かつ社会的に規定された期待へと重心が移行することを意味する。その結果、責任は内面化された義務という形態をとることになる。人々は適切に行動し、他者に配慮し、接触を控え、感染拡大防止に貢献することが求められるが、それらは必ずしも法的に強制されるものではない。ガバナンス研究の観

ガバナンスのモデルや実践、行政改革、そしてメディア化が進む政治への関心が高まる中、政治的決定の根拠を公に示す義務は著しく増大した。その結果、責任は恒常的なコミュニケーション上の要請ともなっている。すなわち、決定は単に下されるだけでなく、継続的に説明され、根拠づけられ、場合によっては世論の注目の中で修正されなければならない。このように複雑性が増す状況の中で、民主的ガバナンスの有効性は圧力にさらされ、国家機関に対する信頼の喪失が生じやすくなり、民主主義そのものもまた、あらゆる兆候を見る限り、その限界へと突き当たりつつある。[2] これは特に危機の時代、なかでも私たちが現在経験している「永続的な危機の時代」[3]においてとりわけ顕著である。

こうした変容は、特に日本という文脈において有効に分析することができる。日本では、西洋の法モデルに強く影響を受けた、形式的には近代的な個人責任の理解が存在する一方、政治実践においては、文化的に形成された道徳観や法意識が、[4]象徴的な責任表明、制度を介した意思決定過程、さらには公職者の辞任といった形で現れる。[5] 加えて日本では、公的評価や（期待される）謝罪が重視される点も特徴的である。こうした傾向は、メディアを通じた政治的コミュニケーションの過熱化によってさらに強められ、不祥事やスキャンダルへの対応は、責任表明の儀礼的実践へと展開していく。それは、深々としたお辞儀や涙ながらの釈明を伴う、あたかも宗教的な浄化の儀式を思わせるのである。

日本政治における責任
― コロナ・パンデミックという文脈での民主主義的変容

ガブリエレ・フォークト

はじめに

責任という問題は、現代の政治秩序および法秩序を構成する基本概念の一つである。民主主義体制は、政治的決定が誰に帰属するのかが明確であることを前提として成り立っている。市民は責任を問い、評価し、選挙を通じてそれを制裁することができなければならない。また、公職者は自らの行為について常に弁明しうる立場になければならない。しかし、この一見自明な民主主義の前提にはある問題が潜んでおり、それは近年ますます顕著になっている。ガバナンス構造および政治的意思決定プロセスが複雑化し、リスクがグローバル化し、公共コミュニケーションが加速するにつれて、政治的行為における責任の所在を明確にすることは一層困難になっている。その帰結として、市民と公職者の双方にとって、こうした課題に向き合い、公共の領域においても「変化のモード」[1]へと踏み出していくことがより強く求められている。

本書は、現代において責任という概念が深い変容過程にあるというテーゼに基づいている。

てくださったSFB1369にも、心より感謝申し上げる。

本書がこの二言語性を通じて、危機の時代における政治的責任の位置づけをめぐる日独対話に寄与し、地理的には離れていながら構造的・文化的に驚くほど近い両国において、公職者と市民の間の対話を一層深める一助となることを願っている。

ミュンヘン／東京、二〇二六年六月
ガブリエレ・フォークト／ポール・ヨハン・クラーマー

序章

本書には、二〇二三年から二〇二五年にかけてミュンヘンのルートヴィヒ・マクシミリアン大学（LMU）で開催された、日本の政治的責任をテーマとする講演発表が収められている。具体的には、中野晃一（上智大学）とカール＝ルードルフ・コルテ（デュースブルク＝エッセン大学）によるパネルディスカッション、ならびに野口雅弘（成蹊大学）と高橋雅人（九州大学）による二つの招待講演である。

特別研究領域（SFB1369）「ヴィジランス文化：変容・空間・技術」およびLMU日本センターには、これらの催しに対する多方面からの支援および本書刊行に至るまでの包括的な協力に対し、深く感謝申し上げる。

また執筆者の方々には、講演にとどまらず、そのテーゼやコンセプトをめぐって我々と密度の高い議論を重ねていただいた。こうした議論は非常に刺激的なものであり、我々に大きな喜びをもたらした。さらに、本書がこのような二言語版として成立したのは、翻訳者であるラプシュ麻衣、萩原イルカ、上杉真由美の卓越した言語能力によるものであり、ここに深く敬意を表する。本書に収録された各章の編集版作成にあたり多大なご支援をくださった Martina Heger 氏と稲葉クラーマー 仁美氏、ならびに「Kleinen Reihe」での刊行を可能にし

目次

序章 —— 7

日本政治における責任 ― コロナ・パンデミックという文脈での民主主義的変容 —— 9
ガブリエレ・フォークト

永続的危機における統治 ― ドイツと日本の視点 —— 18
カール＝ルードルフ・コルテ（KRK）と中野晃一（KN）によるパネルディスカッション。
司会進行はガブリエレ・フォークト（GV）、日独逐次通訳はラプシュ麻衣（MR）が担当した。

日本政治における専門家の関与と無責任の構造 —— 42
高橋雅人

日独の政治家とマックス・ウェーバー ― 自民党リベラル派の Politik als Beruf —— 65
野口雅弘

永続的危機におけるヴィジラントな民主主義 —— 99
ポール・ヨハン・クラーマー

Gefördert durch die
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)
Projektnummer 394775490 – SFB 1369





Dieses Buch ist als Open-Access-Publikation verfügbar
über LMU Open Access https://epub.ub.uni-muenchen.de
DOI: 10.5282/ubm/epub.137217



Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte
bibliografische Daten sind im Internet über
https://portal.dnb.de abrufbar.

Erste Auflage 2026
Wehrhahn Verlag
www.wehrhahn-verlag.de
Satz und Gestaltung: Wehrhahn Verlag
Satz (japanischer Teil): Hikaru Takata und Sofarobotnik.
Büro für Gestaltung
Druck und Bindung: Sowa, Piaseczno

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Europe
© bei den Autorinnen und Autoren, für diese Ausgabe
beim Wehrhahn Verlag, Hannover
ISBN 978–3–98859–208–8

永続的危機における政治的責任

―日独対話―

ガブリエレ・フォークト／ポール・ヨハン・クラーマー　編

永続的危機における政治的責任

―日独対話―

永続的危機における政治的責任

―日独対話―

ガブリエレ・フォークト／ポール・ヨハン・クラーマー　編

ウェアハーン社

ISBN 978-3-98859-208-8